Arbeiter-Zeitung

KPD.-Presse in Ketten

A

Donnerstag, 16. Februar 1933
15. Jahrgang Nr. 28

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich ... Wöchentl. 42 Pf. + ... Botenlohn = 2.20 M ... monatlich 2,15 Mk., ... zehngespaltene Millime... sammlungsanzeigen 6 Pf ... meterzeile oder deren Ra... Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr. ...ugspreis: ... 1,86 Mk. + 84 Pf. ...durch die Post bezogen ... Anzeigenpreis: Die ...raum 12 Pf., Vereins- u. Ver... ...preis: Die dreigespaltene Milli... ...egt 70 Pf. — Annahmeschluß in der ...

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 48902. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 489 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902.

Lebensmittelpreise steigen!

Fleisch, Schmalz und Margarine werden teurer! Werktätige, verstärkt den Kampf gegen die Preissteigerung!

Sofort bei Ankündigung der Erhöhung der Schmalzzölle hat auf dem Berliner Großhandelsmarkt ein Anziehen der Schmalzpreise eingesetzt, obwohl die neuen Zollbestimmungen erst mit dem 15. April in Kraft treten sollen. Bis jetzt ist eine Steigerung von zirka 10 bis 11 Mark pro Zentner eingetreten. Am 31. 12. 1932, vor der Kontingentierung, kam der Zentner Schmalz auf 49 Mark bis 50 Mark, am 8. Februar 1933, vor der Veröffentlichung der neuen Zollerhöhung, waren die Preise nur 46 bis 47 Mark, und nach der Veröffentlichung der neuen Zollerhöhung ab 15. Februar wurden im Großhandel bereits 57 bis 58 Mark verlangt und bezahlt. Die Bestände wurden den Großhändlern bereits aus den Händen gerissen. Aus Fachkreisen wird berichtet, daß die neue Schmalzzollerhöhung in vollem Umfang auf den Verbraucher abgewälzt werden wird.

Die Zollpolitik der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung hat ihre ersten Auswirkungen bereits gezeitigt.

Die letzte Nummer der „Fleischer-Verbandszeitung" teilt mit, daß bereits am letzten Dienstag die Preise für Schweinefleisch im Großhandel um 5 Pfg. pro Pfund Lebendgewicht gestiegen sind.

Das bedeutet zunächst, daß in den nächsten Tagen der Fleischpreis im Detailverkauf um mindestens 10 Pfg. pro Pfund steigen wird, was zu einer neuen gewaltigen Einschränkung des Massenkonsums führen wird.

Die zu erwartenden neuen Zölle auf Hülsenfrüchte werden unzweifelhaft ein Steigen der Preise für dieses wichtige Volksernährungsmittel zur Folge haben.

In den Kreisen der Kleinhändler rechnet man bestimmt damit, daß die Hitler-Regierung nach den Wahlen (!!) den von Schleicher verordneten Butterbeimischungszwang zur Margarine durchsetzen wird. Die Margarine-Industrie erklärt schon heute, daß eine Preissteigerung von zunächst 5 Pfg. pro Pfund unumgänglich ist. Da aber die Hitler-Regierung auch bestimmte Teile des Handelsvertrages mit Frankreich gekündigt hat und die Erhöhung der Zölle auch auf Palmöl und andere Oele, sowie eine Erhöhung der Zölle auf Margarine geplant ist, so bedeutet das ein weiteres Ansteigen der Preise für die Margarine!

Die in Aussicht genommene Zollerhöhung auf Baumwollwaren wird eine Preissteigerung für die „billigen" Industrieprodukte der Baumwollindustrie zur Folge haben.

Millionen Menschen in Deutschland hungern bereits! Die Hitler-Regierung hat ihren Vierjahresplan eingeleitet mit einer Zollpolitik, die die notwendigsten Lebensmittel des schaffenden Volkes verteuert. Neues Massenelend steht der deutschen werktätigen Bevölkerung bevor, während in den Scheunen und Speichern der Großagrarier und Großspekulanten ein ungeheurer Ueberfluß zu spekulativen Zwecken zurückgehalten wird oder der Vernichtung preisgegeben ist.

Alle Versprechungen der NSDAP., eine „Besserung der Lebenslage sofort herbeizuführen", erweisen sich jetzt als elender Bluff!

Eine furchtbare Enttäuschung muß diejenigen erfassen, die gläubig den Phrasen dieser Partei geglaubt haben.

Wir Kommunisten rufen diese Massen auf, gemeinsam mit dem gesamten werktätigen Volk am 5. März durch die Abgabe der Stimme für die Liste 3, der KPD., zu einem Massenprotest gegen die Politik der Hitler-Papen-Hugenberg zu gestalten.

Die Massen des werktätigen Volkes müssen aber darüber hinaus in der Einheitsfront aller Werktätigen die Voraussetzungen schaffen, um unter Führung der KPD., der einzigen antifaschistischen Partei, den Kampf gegen Teuerung, Not und Elend aufzunehmen.

Internationaler Kampfruf gegen Faschismus

Die Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland verschärft im raschen Tempo die imperialistischen Gegensätze zwischen Deutschland auf der einen, Polen und Frankreich auf der anderen Seite. Die Bourgeoisie dieser Länder entfesselt und verstärkt eine wilde chauvinistische Hetze, nutzt sie zur Ablenkung der Massen vom Klassenkampf aus und steigert fieberhaft alle Vorbereitungen zum imperialistischen Krieg.

Der aggressiven und räuberischen Politik des polnischen Imperialismus, der zur Annektion Danzigs und Ostpreußens treibt, und den maßlosen Kriegsrüstungen des französischen Imperialismus zur Erhaltung seiner Hegemonie in Europa und zur Sicherung des Versailler Systems, steht die chauvinistische Hetze, die militärische Aufrüstung und imperialistische Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie, der faschistischen Diktatur in Deutschland gegenüber. Schärfer als je zuvor bedroht ein neues imperialistisches Massenmorden die Völker Europas. In dieser Situation, angesichts der ernsten Kriegsgefahr, erklären die kommunistischen Parteien Polens, Frankreichs und Deutschlands ihre feste Entschlossenheit, das Banner des proletarischen Internationalismus um so kühner der chauvinistischen Hetze der Bourgeoisie entgegenzustellen, die brüderliche Solidarität des gemeinsamen internationalen Klassenkampfes der Arbeiter Deutschlands, Frankreichs und Polens und der übrigen Werktätigen dieser Länder zu entfalten und den

Kampf gegen den Feind im eigenen Land,

gegen die herrschende Klasse aufs höchste zu steigern.

Das offene Terrorregime des Faschismus, die Anschläge der faschistischen Machthaber in Deutschland gegen das deutsche Proletariat und seine Führerin, die KPD., richten sich zugleich gegen die Lebensinteressen der Arbeiter und Bauern Polens und Frankreichs. Die blutbefleckte Terrorherrschaft in Polen bedroht zugleich mit den polnischen Arbeitern und Bauern auch die Werktätigen der übrigen Länder. Die Kriegspolitik des französischen Imperialismus zur Sicherung des Versailler Systems bedeutet nicht nur Unterdrückung und Elend für die Werktätigen Frankreichs, sondern auch für die arbeitenden Massen der übrigen Länder.

Gegen den Chauvinismus, gegen Kriegsrüstungen und Militarismus, gegen die faschistische Terrorherrschaft der herrschenden Klasse gilt es, die internationale Aktion der proletarischen Massen und der von ihnen geführten Werktätigen in Stadt und Land auszulösen.

Wir entfalten in Deutschland, Polen und Frankreich das Sturmbanner des proletarischen Internationalismus.

Drei Länder, aber eine Fahne,

die rote Fahne des kämpfenden Proletariats.

Die kommunistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands und Polens rufen den Massen zu: Laßt euch nicht von euren Feinden im eigenen Lande, von der Klasse eurer Ausbeuter und Unterdrücker durch militärische Bestrebungen, Arbeitszwang, Kasernenhofdrill, Militärpflicht usw. vom Klassenkampf ablenken! Nicht der polnische Arbeiter und Bauer ist der Feind der Werktätigen Deutschlands oder umgekehrt. Nicht der deutsche Proletarier ist der Feind des französischen Arbeiters oder Bauern.

Blickt nach der Sowjetunion, wo es keine nationale Unterdrückung, keinen faschistischen Terror, keine imperialistische Kriegspolitik, keine Erwerbslosigkeit, keine Krise gibt. Das ist das Beispiel für die Arbeiter und Unterdrückten aller Länder!

Sozialdemokratische Arbeiter in Frankreich, Deutschland, Polen!

Brecht mit der klassenverräterischen Politik eurer Führer, brecht mit den Führern der II. Internationale, die die Kriegspolitik der Bourgeoisie unterstützen, dem Faschismus den Weg bahnen, die die Arbeiter vom Kampf, von der antifaschistischen Einheitsfront, fernhalten. Schmiedet die unüberwindliche kämpfende Einheitsfront des Proletariats.

Für euch alle, für die arbeitenden Massen in Frankreich und Polen, wie in Deutschland, gibt es nur einen Ausweg aus der Krise, nur einen Weg zur sozialen und nationalen Befreiung, nur einen Weg, der das Versailler System vernichtet, die Gefahr des imperialistischen Krieges bannt: Beseitigung des kapitalistischen Systems, Arbeitermacht und Sozialismus!

Kommunistische Partei Polens
Kommunistische Partei Frankreichs
Kommunistische Partei Deutschlands

Was ist zu tun?

Breslau, 16. Februar 1933.

Bevor die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung die neue Verordnung gegen die Kommunistische Partei und ihre Presse aus der Schleicherschen Schublade hervorholte, wurde unser Organ vom Breslauer Regierungspräsidenten, der dem Zentrum angehört, auf vierzehn Tage verboten. Die Gründe, die zu diesem Verbot führten, haben wir unseren Lesern und der gesamten Arbeiteröffentlichkeit in der Verbotsanzeige mitgeteilt. Der Unterdrückungsfeldzug gegen die kommunistische Presse hat sich seit dem Regierungswechsel am 30. Januar ungeheuer verschärft. Mit Hilfe der kautschukartigen Bestimmungen der neuen Pressenotverordnung sind bereits zwei Dutzend kommunistische Zeitungen in Deutschland teilweise bis zu vier Wochen verboten worden. Die „Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD., ist seit dem 30. Januar bereits zum zweitenmal verboten. Die heutigen faschistischen Machthaber glauben mit der Mundtotmachung der kommunistischen Presse ihre Politik gegen die werktätigen Schichten in Stadt und Land um so besser durchführen zu können. Dieses Ziel muß durch die kämpfende Einheitsfront verhindert werden.

„Gebt Hitler die Macht, dann wird er die Notverordnungen Papens sofort aufheben" — so versprachen die Naziführer den arbeitenden Massen. Jetzt aber ist Hitler Reichskanzler und die Naziführer denken nicht daran, ihr Versprechen einzulösen. Außer des Feldzuges gegen die kommunistische Presse, überhaupt gegen die revolutionäre Bewegung, war die erste Tat der Hitler-Regierung die Verteuerung von Schmalz, Speck und Fleisch. Das Pfund Schmalz soll um 20 Pfennig teurer werden. Das ist das Geschenk an die werktätigen Frauen, die mit den paar Mark, die sie für den Haushalt zur Verfügung haben, längst nicht mehr wissen, wie sie die Familie satt machen sollen. Die Papen-Regierung verteuerte das Salz, die Regierung Schleicher verteuerte die Margarine, die jetzige Regierung trifft die werktätige Klasse mit ihrer Zollpolitik noch viel schlimmer. Die Preissteigerung für Schmalz hat bereits eingesetzt, obwohl die neuen Zollbestimmungen erst mit dem 15. April in Kraft treten. Es wird den Reichen, die vom vollen Geldbeutel leben, nichts ausmachen, wenn diese Lebensmittel erneut verteuert werden. Aber für das gesamte arbeitende Volk ist es ein ungeheurer Schlag.

Damit den werktätigen Anhängern Hitlers die Augen nicht noch vor der Reichstagswahl übergehen, versucht man mit ein wenig „Wahlspeck" und „weißer Salbe" für sich Wahlpropaganda zu machen. Die bürgerliche Presse meldet, daß das Kabinett zur Frage der Papen-Notverordnungen Stellung genommen hat und daß beschlossen wurde, diese Notverordnungen nicht aufzuheben, sondern in einigen wenigen Punkten zu „mildern". Nach der Wahl soll der Angriff auf die Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse verstärkt werden. Die Kosten der Krise und der kapitalistischen Wahnsinnswirtschaft sollen nach wie vor auf die Schultern des arbeitenden Volkes abgewälzt werden. Und überall dort, wo die Betroffenen Widerstand leisten, soll dieser mit Blut und Eisen erstickt werden.

Die Regierung will in den nächsten Tagen oder Wochen schon den Generalschlag gegen die Kommunistische Partei und die proletarischen Massenorganisationen führen. Zur ideologischen Vorbereitung wird, wie wir aus bester Quelle erfahren, in

Antifaschisten Breslaus! Heraus zur „Messehof"-Kundgebung!

Hört was euch der Kampfgefährte von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Genosse Wilhelm Pieck in dieser ernsten Situation zu sagen hat. — Arbeiter der SPD., der SAP., Kameraden des Reichsbanners erscheint ebenfalls zu dieser Versammlung und holt euch Aufklärung, wie die Kommunisten zur Einheitsfront stehen

Macht Alarm in allen Arbeitervierteln / Alles am Freitag, den 17. Februar in den „Messehof"

Einlaß 18 Uhr — Beginn 20 Uhr — Eintrittspreise 40 Pfg., Erwerbslose 20 Pfg.

KPD., Bezirk Schlesien

dieser Woche in Riesenauflage ein zweiseitiges Flugblatt verbreitet werden unter der Ueberschrift: „Hauptparole: Großangriff auf Rot Front! Her mit dem Ausnahmegesetz gegen die Kommunistische Partei!" Das mit Lüge und Verleumdung arbeitende Flugblatt — wer bezahlt es? — wird im deutsch-evangelischen (!) Verlag gedruckt und ist fabriziert von dem bereits mehrmals öffentlich gestäupten, als Schwindler überführten Herrn Korodi, Leiter der sogenannten „Nationalen Abwehrstelle gegen bolschewistische Umtriebe". In Knallschrift brüllt es über die erste Seite: „Verbot der Kommunistischen Partei! Verbot der kommunistischen Presse! Verbot aller kommunistischen Organisationen! Fort mit den roten Staatszerstörern aus Reichstag und Länderparlamenten!" So lauten die vier Hauptpunkte des Ausnahmegesetzes gegen die Kommunisten, dessen Verkündung zu „einer eisernen, unumgänglichen Staatsnotwendigkeit geworden ist".

Der Schlag gegen die Kommunistische Partei wird geführt gegen die gesamte Arbeiterklasse, gegen alle, die unter das Joch der brutalsten, faschistischen Diktatur gezwängt werden sollen. Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei will man dem Massenkampf der Antifaschisten den Kopf, die Führung rauben. Das gilt es zu sehen.

Die Regierung holt zum Generalschlag gegen die Arbeiterschaft aus. Dieser Schlag muß erfolgreich pariert werden. Ihn gilt es abzuschlagen, um darüber hinaus durch die Entfaltung aller proletarischen antifaschistischen Kräfte in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Wohnblocks und draußen auf dem Dorfe, zur Gegenoffensive zu kommen. Arbeiter! Werktätige Bauern! Verteidigt eure Partei, die KPD., und ihre Presse!

Der faschistische Blutterror greift mit Riesenschritten um sich. Seit dem 30. Januar sind zahlreiche kommunistische, sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter von den faschistischen Mordbestien erschossen und erstochen worden. Allein in der Stadt Breslau sind vier Antifaschisten getötet worden. Die Getöteten sind Opfer der Hetze des Fememörders Heines. Heines kann seine Hetze ungehindert betreiben. In seinem Aufruf an die SA.-Männer Schlesiens vom 3. Februar wurde das Signal zum gesteigerten Terror gegeben. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Die Straße gehört uns; das Marxisten- und marxistenfreundliche Gesindel hat nichts mehr auf der Straße zu suchen. Der Gegner darf in den vier Wochen überhaupt nicht mehr zur Besinnung kommen." Der Breslauer Polizeipräsident, der Mitglied der Staatspartei ist, war mit einer der ersten, die dem revolutionären Proletariat das Recht zum Demonstrieren auf der Straße genommen haben. Er glaubte, sich damit bei den neuen Machthabern anbiedern zu können. Das half ihm alles nichts, auch er mußte, wie so viele andere „republikanische Stützen", gehen.

Das Breslauer Proletariat hat bei den gewaltigen Aufmärschen an den Gräbern ihrer von faschistischer Mörderhand getöteten Klassengenossen den wachsenden Einheitsfrontwillen demonstriert. Sozialdemokratische, SAP.-, kommunistische und Reichsbannerarbeiter sind gemeinsam an den Gräbern, trotz der Hetze und Sabotage der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, aufmarschiert. Diese Führer haben unsere Angebote zum gemeinsamen Kampf, zu Proteststreiks gegen den faschistischen Mordterror, mit verstärkter Hetze gegen die KPD. und ihre Führung beantwortet. Wenn die Arbeiterklasse den blutigen Provokationen und Mordüberfällen der Nazis ein Ende machen will, dann muß sie nicht erst an den Gräbern der gemeuchelten Klassengenossen zusammenstehen, sondern muß in den Betrieben und Stempelstellen zur antifaschistischen Einheitsfrontaktion schreiten. Vor allem muß sich die Arbeiterschaft Einheitsfrontorgane schaffen, welche die Kämpfe der Arbeiterschaft organisieren und leiten!

In den Betrieben, wo die faschistische Diktatur Löhne abbaut, die Arbeitsbedingungen verschlechtert, faschistische Werkspitzel gegen die Proleten hetzt. Dort Einheitsausschüsse schaffen!

In den Elendswohnungen, wo die Werktätigen die Miete nicht zahlen können. Dort Einheitsausschüsse schaffen!

Auf den Stempelstellen, im Kampfe für die Forderungen der Erwerbslosen nach kostenloser Herausgabe der Lebensmittel- und Kohlenvorräte. Dort Einheitsausschüsse schaffen!

In den Arbeitsdienstlagern der Jugendlichen gegen die faschistische Willkür. Dort Einheitsausschüsse schaffen!

Kleine Bauern, Pächter, Landarbeiter — Einheitsausschüsse gegen die Angriffe der Junker.

Die Masse der Arbeiter muß in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Wohngebieten, auf dem Lande diese Einheitsfrontorgane wählen und kontrollieren.

Und wer soll in diese Einheitsfrontorgane gewählt werden?

Nun, die aktivsten und besten Arbeiter und Arbeiterinnen! Sozialdemokraten, christliche, freigewerkschaftliche, kommunistische und parteilose Arbeiter!

Der Gedanke zur Schaffung von Einheitsfrontorganen muß alle Schichten der Werktätigen erfassen, als praktische Verwirklichung des großen und tiefen Verlangens nach der Einheit des Proletariats im Kampfe gegen die faschistische Diktatur!

In den Gewerkschaftsversammlungen, sowohl der Zahlstellen, als insbesondere in den betrieblichen Gewerkschaftsversammlungen ist die Bildung von Einheitsfrontorganen eine der wichtigsten Forderungen der Stunde. Die Wahl oppositioneller Betriebsräte, die Wahl oppositioneller Arbeiter zur Besetzung des betrieblichen Vertrauensmännerkörpers und aller wählbaren Funktionen in den Gewerkschaften ist eine wichtige Voraussetzung, um den Gedanken der Einheit aller Arbeiter zu verwirklichen.

Hinter den Einheitsausschüssen müssen die Massen der Werktätigen in aktiver Bereitschaft stehen. Die Delegierten-Konferenzen, insbesondere in den Betrieben, geben Gelegenheit, bis in die letzte Abteilung die besten Kollegen zu Delegierten zu wählen, die bei jedem konkreten Fall zusammentreten, mit dem Einheitsausschuß beraten über die konkreten Kampfmaßnahmen zur Abwehr jedes faschistischen Angriffs auf die Arbeiterklasse.

Verwirklicht den Gedanken der Einheitsfront, schafft Einheitsfrontorgane, redet nicht fruchtlos über „Nichtangriffsrakte", sondern bildet die praktische Einheitsfront im täglichen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, dann wird die geschlossene Kampfeskraft des unbesiegbaren Proletariats und aller Werktätigen jeden faschistischen Angriff abwehren und den Weg freimachen, um die Massen heranzuführen an den Kampf für den Sozialismus!

Am 5. März demonstriert millionenfach euren Kampfeswillen für den Sieg der Liste 3!

Goerings Anerkennung an sozialdemokratischen Regierungspräsidenten

Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtber.) Reichskommissar Goering hatte, wie die „Berliner Volkszeitung" vom 16. Februar schreibt, am 14. Februar eine Aussprache mit dem SPD.-Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Bergmann, und sprach ihm seine Anerkennung aus. Mit Rücksicht auf die besonders schwierigen Verhältnisse in seinem Bezirk, besonders im Ruhrgebiet, bat er ihn, sein Amt weiterzuführen, was der SPD.-Regierungspräsident auch zusagte.

Der Dank der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung an den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergmann wird auch die sozialdemokratischen Arbeiter schnellstens zu der Erkenntnis bringen, daß der Kampf gegen den Faschismus nicht mit den sozialdemokratischen Führern, sondern gegen diese unter Führung der KPD. geführt werden müsse.

Die neuen Männer

Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtber.) Nach den zahlreichen Beurlaubungen und Entlassungen verschiedener Polizei- und Regierungspräsidenten in Preußen sind gestern abend die neuen Ernennungen für die freigewordenen Posten bekanntgegeben worden. In Berlin ist der nationalsozialistische Abgeordnete Konteradmiral a. D. von Levetzow zum Polizeipräsidenten ernannt worden. Auch dien übrigen Ernennungen betreffen zum übergroßen Teil frühere Offiziere mit führenden Polizeifunktionen. Die neuen Männer sind durchweg in der NSDAP. oder bei den Deutschnationalen organisiert oder stehen einer der beiden Parteien zumindestens nahe.

Zu den Umgruppierungen im preußischen Polizeiwesen schreibt das „Berliner Tageblatt" vom 16. Februar: „Im Anschluß an die Konferenz, die am Dienstag bei dem kommissarischen Leiter des Ministeriums des Innern, Goering, stattfand, hat die Londoner „Times" behauptet, Goering habe Anweisung gegeben, für die Bewaffnung der SA. und des Stahlhelms und für ihre Verwendung als Hilfspolizei. Aus Kreisen der kommissarischen Regierung in Preußen wird hierzu erklärt, eine Bewaffnung der Verbände sei nicht beabsichtigt, es sei zwar zulässig, im Notfalle eine „Notpolizei" aus besonders geeigneten Kräften zu bilden, diese Frage sei aber nicht aktuell."

Katastrophe auf der Luisengrube

Raubbau verursacht Pfeilerbruch und begräbt 10 Bergleute

Hindenburg, 16. Februar. Am Dienstag gegen 19,30 Uhr ging auf dem Ostfeld der Königin-Luisengrube auf der 340-Meter-Sohle O III der Pfeiler Nr. 63 zu Bruche, und durch die niedergehenden Kohlenmassen wurden 10 Bergleute verschüttet und eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig, und bis zum Dienstagabend hatte man einen Toten und drei mehr oder weniger schwerverletzte Kumpels geborgen. Hauer Alfons Schewiolla, der Füller Julius Groß wurden schwerverletzt und der Wagenstößer Burek mit leichteren Verletzungen geborgen. Der Wagenstößer Michael Gralla wurde tot zu Tage gefördert. Die anfänglich noch zu hörenden Klopfzeichen der übrigen eingeschlossenen Bergleute sind verstummt, so daß mit dem Tod dieser Kumpels gerechnet werden kann.

Die Ursache dieser erneuten Grubenkatastrophe ist wie das vor einigen Monaten auf den Delbrückschächten erfolgte Unglück auf den Raubbau im oberschlesischen Bergbau zurückzuführen. So wie auf den Delbrückschächten der beanstandete Bunkerabbau der Kohle zur Katastrophe führte, war gleichermaßen der raubmäßige Abbau der Kohle im Pochhammerflöz die Ursache zur Katastrophe. Man hatte den Pfeiler 40 Meter lang vorgetrieben, den man bei den auf Pochhammerflöz vorherrschenden Abbaumöglichkeiten normalerweise nur höchstens 20 Meter weit vorwärts treiben durfte. Infolge des übermäßigen Vorwärtstreibens des Pfeilers übte das Hangende einen ungeheuren Druck aus, so daß die Verzimmerung diesen Druck des Hangenden nicht auszuhalten vermochte und der Pfeiler zu Bruche ging, während die Zuführungsstrecken offen geblieben sind.

Am Freitag vergangener Woche verunglückte erst ein Kumpel auf diesem Pfeiler und schon vor drei Tagen machten die Kumpels den Abteilungssteiger aufmerksam, daß die Verzimmerung splittere und nachgebe und sich ein starker Druck des Hangenden bemerkbar mache. Statt nun die Arbeit an diesem gefährdeten Pfeiler einzustellen, gab der Abteilungssteiger Pakosch (selbiger hatte an dem Katastrophentag Urlaub) Anweisung, durch Zimmerlinge Zwischenkappen einzubauen, die eine vollkommen unzulängliche Maßnahme gegen die Gefahr des Zubruchegehens des Pfeilers war. Wie Kumpels mitteilen, hat man schon Pfeiler bis zu 60 Meter vorgetrieben und bei dieser Raubbaumethode ist es nur dem Glück zu verdanken, daß noch keine Katastrophe eingetreten ist. Die Antreiberei und verschärfte Ausbeutung steht auch in diesem Preußagbetrieb Luisengrube in der höchsten Blüte. 28 Wagen Solleistung fordert man pro Mann, so daß die Kumpels gezwungenermaßen, um die Solleistung zu erreichen, nur nach Kohle wühlen müssen, ohne Zeit zu haben, auf ihre eigene Sicherheit bedacht zu sein. **Ein raffiniertes und ausgeklügeltes Ausbeutungs- und Raubbausystem für den Profit der Zechenbarone treibt die Kumpels in den Tod.**

Drei Tage lang war es den Verantwortlichen der Grubenverwaltung bekannt, daß der Pfeiler gefährdet ist. Mit leichtsinnigen und unzulänglichen Zimmerungsmaßnahmen antwortete man auf die Gefahr und setzte Kumpelleben aufs Spiel. Wieder wird man von „unabwendbaren" Gefahren im Bergbau faseln. Die Grubenflagge wird auf Halbmast gehißt, Hungerrenten werden für die Hinterbliebenen ausgeworfen, Beileidstelegramme flattern und Trauerreden werden gehalten und in einigen Tagen ist alles wieder vergessen. Aber nicht für die Bergarbeiter! Die Katastrophen der jüngsten Zeit auf Karstenzentrum-, Delbrück- und Luisengrube sind für die Bergarbeiter Signale für ihren Kampf um wirkliche Grubensicherheit.

Die freigestellten, die Befahrung ausübenden reformistischen Betriebsräte haben auch auf der Luisengrube ständig alles in Ordnung und wie das Befahrungsbuch ausweist, „Alles in bester Ordnung" befunden.

Kumpels der Luisengrube! Brecht hervor aus dem dunklen Schacht! Her mit den Betriebsrätewahlen und schafft euch in der Betriebsvertretung eine Führung, die bereit und gewillt ist, den Kampf um die Grubensicherheit vorwärts zu treiben, im gleichzeitigen Kampf um die Herabsetzung der mörderischen Solleistung und Beseitigung der Antreiberei bei Sicherung von ausreichenden Löhnen!

Mangelhaftes Grubensicherheitswesen fordert Todesopfer

Dienstag abend um 19 Uhr 37 Minuten ging in der Abteilung O III Ostfeld der Luisengrube in der 340-Meter-Sohle Pochhammer-Redenflöz ein Pfeiler zu Bruche. Zehn Bergleute wurden von der Außenwelt abgeschlossen. Drei davon wurden im Laufe des heutigen Tages in schwerverletztem Zustande gerettet.

Die Ursache des Grubenunglücks liegt unzweifelhaft in der Nichtbeachtung der bergpolizeilichen Vorschriften durch die Grubenverwaltung und in der von ihr durchgeführten Antreiberei. Ueber dem Bruchpfeiler liegt das Redenflöz, das mit dem Pochhammerflöz verwachsen ist und insgesamt eine Mächtigkeit von über 10 Meter Kohle hat. Schon vor einer Woche machte sich Druck von der Firste bemerkbar. Anstatt den Pfeiler einzustellen und zu verzimmern, hatte man während der Förderung den Pfeiler stärker belegt und die Zimmerung mit der Förderung zugleich betrieben. Der Pfeiler war insgesamt mit 10 Mann belegt. Der Ortsälteste war gerade dabei, Sprengstoff zu holen. Erst seit drei Tagen wurden Zwischenkappen eingebaut. Wenn man bedenkt, daß der ganze Abbau über 40 Meter lang war, über 5 Meter breit und eine Höhe von 5 Meter hatte, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung von der schwebenden Last, die auf diesem Pfeiler ruhte, vorstellen. Hinzu kommt noch, daß die stehenden Kohlenlagen des Pochhammerflözes und die milde Kohle des Redenflözes eine der Hauptursachen waren, gegen die das schwache Holz der Stempel und Pfähle bei normalem Einbau der Kappen von 1,10 Meter nicht standhalten konnten. Dazu ist nicht notwendig, daß ein Gebirgsschlag einsetzt, denn durch das Einbrechen der Pfähle muß der ganze Pfeiler in Unordnung geraten und zusammenbrechen. Daß durch das Einstürzen dieser gewaltigen Kohlenmassen auch ein Gebirgsschlag erfolgen muß, ist selbstverständlich.

Unzweifelhaft trifft die Schuld hier die Grubenverwaltung und besonders den dort tätigen Bergverwalter Wilczek, der anstatt sich um die Grubenbaue zu bekümmern, Rußlandhetze betreibt.

Ihm treu zur Seite steht der Steiger Krolitschek, einer der größten Antreiber des Ostfeldes. Die Sollzahl wurde der Kameradschaft in den letzten Tagen, wie uns die Kumpels berichten, um sechs Wagen erhöht. Daß bei einer solchen Antreiberei die Bergleute keine Zeit haben, den Bau ständig zu beachten, ist eine Selbstverständlichkeit. Wie uns die Kumpels berichten, hat der Betriebsrat, der die Abteilung befahren soll, mindestens ein halbes Jahr diese nicht mehr befahren.

Die Kameraden der Luisengrube müssen zu dieser Lage sofort Stellung nehmen und in einer Belegschaftsversammlung fordern, daß solche Mißstände, wie sie in der Abteilung O III waren, beseitigt werden. Am Tage der Beerdigung müssen alle Kumpels der Luisengrube als Protest die Arbeit ruhen lassen und sich restlos an der Beerdigung beteiligen.

Durch Organisierung des Kampfes um die täglichen Forderungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, können solche Unfälle zum Teil beseitigt werden. Mit solchen Betriebsräten, wie sie zurzeit auf dem Ostfelde tätig sind, mit einem Rudel, Franosch und Sieronski, muß die Belegschaft bei der Betriebsrätewahl endgültig abrechnen.

Wählt proletarisch — heißt wählt kommunistisch!

Die Führer der Sozialistischen Arbeiterpartei treten auch in dieser ernsten Stunde als Agenten der Wels-Partei auf. Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur durch die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung benutzen die Rosenfeld-Seydewitz-Eckstein und Ziegler nicht etwa zur Sammlung aller kampfbereiten Arbeiter und Werktätigen für den sofortigen aktiven Kampf zur Niederringung des Faschismus, sondern zu einem neuen Manöver, dem proletarischen Volksentscheid. Dieser von ihnen vorgeschlagene Volksentscheid soll durchgeführt werden durch eine Unterschriftensammlung. Durch Unterschrift sollen die Arbeiter den Willen bekunden, daß sie von den zentralen Leitungen verlangen, daß diese sofort zusammentreten, um gemeinsame Aktionen zur Bekämpfung des Faschismus zu beraten und durchzuführen.

Die jetzige Situation erfordert nicht proletarischen Volksentscheid, sondern aktiven Kampf gegen den faschistischen Mordterror, gegen alle Anschläge der kapitalistischen Klasse. Und hierzu ist die Einheitsfront der Tat in den Betrieben und Stempelstellen notwendig. Die Ansätze zum Kampf sind immer wieder sabotiert worden. Die Führer des ADGB. und der SPD., die für die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung eintreten, wollen nicht die Einheitsfront, die die proletarische Diktatur und somit den Sozialismus zum Ziele hat. Die SAP.-Führer, die immer und immer wieder die Parole unter die Arbeiterschaft bringen, „Zwingt die Bonzen!", haben zur Reichstags- und Landtagswahl die Parole „Wählt proletarisch! — Kämpft für den Arbeiterblock!" herausgegeben. Diese Agenten von Wels wagen nicht, offen aufzutreten und ihre proletarischen Anhänger aufzufordern, am 5. März sozialdemokratisch zu wählen. Wir sagen den proletarischen Anhängern der SAP., daß es nur eine antikapitalistische und antifaschistische Partei, die KPD., die Partei Lenins, Liebknechts und Luxemburgs, gibt. Und deshalb wählt am 5. März kommunistisch, weil ihr dann proletarisch wählt. Keine Stimme der Sozialdemokratie, deren Führer heute noch die Einheitsfront der Tat sabotieren und damit Hilfsdienste für die Festigung der faschistischen Diktatur leisten.

Potempa-Prozeß am 20. März

Gleiwitz, 14. Februar. Der Termin des zweiten Potempa-Prozesses, der in der nächsten Schwurgerichtsperiode zur Verhandlung kommt, ist nunmehr auf den 20. März festgesetzt worden. In dieser zweiten Verhandlung überd ie bekannten Vorfälle in Potempa haben sich die nachträglich verhafteten beiden SA.-Leute Golombek und Dutzki zu verantworten. Das Gericht tagt unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Himml in derselben Zusammensetzung wie seinerzeit im ersten Prozeß. Die bereits zu Zuchthausstrafen verurteilten ersten Angeklagten werden in diesem Prozeß kommissarisch vernommen werden.

Vier Tote in einer Woche in Breslau

Mit dem verstärktem Einsetzen des faschistischen Terrors seit Ende Januar, hat auch Breslau bereits in der ersten Februarwoche vier Tote zu beklagen.

Vor in Krafttreten des Verbots unserer Zeitung, haben wir bereits berichtet, daß der Steinrammer Max Waßner am 31. Jan. durch eine Polizeikugel getötet wurde. Wohl versuchte die bürgerliche Presse die Erschießung dieses Arbeiters so hinzustellen, als sei derselbe aus den Reihen der Demonstranten erschossen worden, wogegen wir aber bereits durch einen Augenzeugen diese Behauptungen widerlegt haben. Wir sind nun des weiteren in der Lage, durch nachfolgenden Bericht Klarheit zu schaffen, auf welche Art und Weise der Gewerkschaftskollege Waßner sein Leben lassen mußte.

Der Steinsetzer Adolf Kettner erklärte uns folgendes:

Ich traf den Steinrammer Max Waßner, welcher ein Arbeitskollege von mir ist, am Dienstag, dem 31. Januar, vormittags gegen 12 Uhr, auf dem Ring. Im Gespräch mit ihm erzählte er mir, daß er auf den Königsplatz gehen wolle, weil er dort einen Kollegen erwartet, mit dem er wieder zu Hause gehen wollte. Wir begaben uns nun gemeinsam auf den Weg nach dem Königsplatz. Wir gingen vom Ring die Nikolaistraße linke Seite entlang. Als wir an die Ecke Büttnerstraße kamen, in die Nähe der Pommerschen Meierei, beobachteten wir, wie ein Arbeiter von einem Polizeioffizier niedergeschossen wurde, worauf sich mein Kollege Waßner umdrehte und dem niedergeschossenen Arbeiter, welcher auf dem Pflaster lag, aufzuhelfen. In demselben Moment wurde von diesem Polizeioffizier mit dem Revolver ein weiterer Schuß abgegeben, welcher meinen Kollegen Waßner in die Herzgegend traf. Nur dadurch, daß ich mich in dieser bedrängten Lage sofort in die Tür des Meiereigeschäfts zwängte, bin ich von einem Schuß verschont geblieben.

Zu dem Bericht der Polizei-Pressestelle möchte ich folgendes erklären:

Nicht aus den Reihen der Demonstranten ist der Schuß gefallen, welcher meinen Kollegen tötete, sondern mit eigenen Augen habe ich gesehen, wie die Polizeioffizier, welcher vorher auf einen anderen Arbeiter geschossen hatte, den nächsten Schuß gegen meinen Kollegen richtete. Mein Kollege Waßner hatte mit der Demonstration nichts zu tun, sondern nur durch Zufall, indem wir wie oben schon angegeben, die Nikolaistraße nach dem Königsplatz wollten, kamen wir auf die Büttnerstraße. Auch habe ich beobachtet, daß ein Arbeiter eine Patronenhülse der Polizei gefunden hat, wodurch feststeht, daß nicht die Arbeiter, bzw. die Demonstranten, sondern die Polizei geschossen hat. Die „Volkswacht" behauptete, daß Waßner Mitglied der Eisernen Front sei, auch dieses entspricht nicht den Tatsachen, sondern er gehörte als Steinarbeiter lediglich dem Steinarbeiterverband an. Politisch war Wahsner genau so wie ich Parteilos.

Steinrammer Max Waßner auf der Totenbahre.

Ueber die Verhältnisse, unter welchen dieser Kollege in diesem kapitalistischen Profitsystem zu leben gezwungen war, wird uns von seiner im Greisenalter von 75 Jahren stehenden Mutter folgendes berichtet:

Mein Sohn Max ist am 20. 11. 81 geboren. Schon in seiner frühen Jugend mußte er genau so wie seine Mitbrüder der proletarischen Klasse auf alles verzichten, was dazu angetan gewesen wäre, sein Leben menschenwürdig zu gestalten. Nach Verlassen der Schule erlernte er den Schlosserberuf, und nachdem sich in dieser Branche keine Arbeitsmöglichkeit mehr für ihn bot, ging er vor 9 Jahren in den Steinsetzerberuf über und seit 8 Wochen war er erwerbslos. Da ich Witwe bin, und meine anderen Kinder selbst nur von einer kärglichen Wohlfahrtsunterstützung ihr Leben fristen müssen, war mein Max der einzige, welcher, weil er ledig war, mich restlos ernähren mußte. Meinen Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung beantworteten die Wohlfahrtsbehörden folgendermaßen:

Auf das Schreiben vom 23. 8. 32 teilen wir Ihnen mit, daß nach unseren Feststellungen eine Unterstützung nicht gewährt werden kann, weil durch das Familieneinkommen unsere Richtsätze weit überschritten sind. Ihr Sohn Max, der lt. Auftrage beim Arbeitgeber einen mtl. Nettoverdienst von 138,00 Mk. hat, ist nach der Fürsorgepflichtverordnung verpflichtet, zu Ihrem Unterhalt beizutragen.

Kreisstelle I.
J. A.: Unterschrift (unleserlich) Oberstadtsekretär.

Noch nicht genug dessen, daß mich mein Sohn ernähren mußte, sondern auch diejenige Unterstützung, welche ich während der Erwerbslosigkeit meines Sohnes erhalten habe, sollte meinem Sohn Max von dem Lohn in Abzug gebracht werden, was durch ein Schreiben der Fürsorgebehörde hervorgeht. Nachfolgend dieses Schreiben:

Herrn Max Waßner, hier, Gr. Dreilindengasse 10, II.

Ihre Mutter wird durch Gewährung laufender Unterstützung aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Da Sie nach § 1601 BGB. dem Unterstützten gegenüber als Sohn unterhaltspflichtig sind, machen wir unter Hinweis auf § 21 a Absatz 2 der Fürsorgepflichtverordnung davon Mitteilung, daß wir berechtigt sind, die durch den Unterstützungsfall entstehenden Kosten von Ihnen anzufordern, soweit Sie zur Erstattung der Kosten in der Lage sind.

J. A.: Unterschrift (unleserlich).
Kreisstelle I.

Geplagt von frühester Jugend bis zu seinem 52. Lebensjahr, wo er von seinem kargen Verdienst seine Mutter vollkommen ernähren mußte, und die während seiner Arbeitslosigkeit an die Mutter gezahlte Unterstützung ebenfalls noch von seinem Lohne bezahlen sollte, endete sein Leben, indem er von einer Polizeikugel ahnungslos des Weges kommend, dahingestreckt wurde.

Der Bäcker Richard Kuhnert

Der Genosse Kuhnert wurde ebenfalls ein Opfer einer Polizeikugel anläßlich der Vorgänge am 31. Januar auf der Büttnerstraße. Mit einem schweren Beckensteckschuß wurde er ins Krankenhaus gebracht, an dessen Folgen er am Sonnabend, dem 4. Februar, erlag. Kuhnert war gewerkschaftlich im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband organisiert. Er stand im frühen Alter von 29 Jahren und hinterläßt eine Frau und ein sechsjähriges Kind. Trotzdem der Kollege Kuhnert noch nicht in die Reihen des Millionenheeres der Erwerbslosen gehörte, indem er als Bäcker bei Aushilfsarbeiten bei der Edeka-Bäckerei beschäftigt war und bei dieser Kurzarbeit ein Wochenlohn von 10,80 Mark verdiente, war bei diesem Verdienst seine Lebenslage nicht besser gestellt als die eines Erwerbslosen. In seinem frühen Alter mußte er sein Leben lassen ohne die Verwirklichung des Sozialismus, für die er mit in den Reihen des Kampfes stand, zu erleben. Hierbei sei noch zu bemerken, daß es anläßlich der Beerdigung dieses Kollegen, welche am Donnerstag, dem 9. Februar, unter starker Beteiligung der Breslauer Arbeiterschaft stattfand, zum Einschreiten der Polizei kam, die gegen die Arbeiter mit dem Gummiknüppel vorging und mehrere Verhaftungen vornahm.

Von einem SA.-Mann erdolcht!

Das vierte Opfer war der Reichsbannerkamerad und Student an der Breslauer Technischen Hochschule Walter Steinfeld. Ueber die viehische Ermordung desselben wurde uns folgendes mitgeteilt: Steinfeld ging am Sonntag, dem 5. Februar, um 14.20 Uhr die Kaiser-Wilhelm-Straße in Richtung Reichspräsidentenplatz entlang. Auf diesem Wege kam ihm ein SA.-Mann entgegen, der mit zwei anderen SA.-Leuten in der Nähe des Reichspräsidentenplatzes gestanden hatte. Nach einem anscheinend sehr kurzen Wortwechsel mit Steinfeld ging der SA.-Mann wieder zu seinen beiden SA.-Helden zurück, während Steinfeld noch ein Stück weiterlief, aber in der Lothringer Straße zusammenbrach. Er wurde ins Wenzel-Hancke-Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zeit an den Folgen mehrerer Dolchstiche, welche er in die Brust und in den Unterleib erhalten hatte, verstarb. Steinfeld erlitt dasselbe Schicksal wie der Jungarbeiter Hanisch, der ebenfalls vor einigen Wochen von der SA. auf viehische Art und Weise erdolcht wurde. Der Vater von Steinfeld ist Bankprokurist in Breslau.

Als drittes Opfer ist der Funktionär des Roten Massenselbstschutzes, der Genosse Lux von der Lohestraße 61, zu verzeichnen.

Der Genosse Lux, welcher von Beruf Maurer war, hinterläßt eine Frau und eine Pflegetochter. Er war gleichzeitig Kriegsbeschädigter und erwerbslos. Infolge von Streitigkeiten mit einem Mitbewohner in seinem Hause ging der Haß dieses Kollegen, welcher genau so wie Lux dem Baugewerksbund angehörte, so weit, daß dieser eines Tages, als sich Lux in der Nähe der Kreisleitung der Nazis auf der Taschenstraße befand, die SA., welche dort untergebracht ist, aufhetzte, auf Lux einen Ueberfall durchzuführen. **„Dieser ist einer von der Kommune, den könnt ihr mal anständig besorgen!"** Mit dieser Aufforderung wandte sich der betreffende an die Nazis, die auch dann gegen Lux in der rohesten Weise vorgingen. Lux erlitt daraufhin in seiner Wohnung einen Bluterguß, so daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Im Krankenhaus stellte sich zu seinen Verletzungen noch eine Lungenentzündung ein, so daß Lux am 4. Februar gestorben ist.

Der Rote Massenselbstschutz verliert in Lux einen sehr aktiven und opferbereiten Funktionär, der trotz seines Kriegsleidens und seines Alters (45 Jahre) stets in den vordersten Reihen des antifaschistischen Kampfes stand.

*

Vier Tote in einer Woche in Breslau, zwei von ihnen getötet durch die Kugeln der Polizei, zwei erdolcht durch die vertierten Heines-Garden, das zeigt der Arbeiterschaft, wie der Arbeitermord im Zeichen des faschistischen Terrors gesteigert wird. Die Breslauer Arbeiterschaft und mit ihr die gesamte Arbeiterschaft von Schlesien muß aus dieser Tatsache die Lehre ziehen, daß sie den schärfsten Protest entfalten muß gegen die wachsende faschistische Terrorwelle. Die neuesten Ereignisse in Eisleben und die erneuten Ueberfälle der letzten Tage in ganz Deutschland auf die Arbeiterschaft durch die faschistischen Terrorgarden müssen für das schlesische Proletariat Ursache sein, mit allen Kräften die antifaschistische Abwehrfront zu schaffen. **Kein Betrieb, keine Stempelstelle, kein Häuserblock ohne Selbstschutzstaffel des Roten Massenselbstschutzes!**

Was sich am Sonntag in Eisleben oder in irgendeinem anderen Ort ereignete, das kann sich morgen in Breslau oder einem anderen Ort in Schlesien wiederholen. Nicht abwarten dürfen die sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeiter, sondern sofort müssen die Arbeiter der SPD. und des Reichsbanners mit den Kommunisten und den parteilosen Arbeitern die Einheitsfront herstellen. Die Arbeiter der Eisernen Front müssen erkennen, wie unser Genosse bei der Beerdigung des Kollegen Waßner sehr richtig sagte: **Nicht erst an der Totenbahre muß die Einheitsfront geschlossen werden, sondern sofortige Einheitsfront ist notwendig, um jedes weitere Ermorden von Klassengenossen zu verhindern und die Arbeitereinrichtungen vor der Zertrümmerung der faschistischen Mordgarden zu schützen.**

Deshalb, Arbeiter von Breslau, ohne Unterschied der Partei, erscheint restlos zur Pieck-Kundgebung am Freitag, dem 17. Februar, um 20 Uhr im Messehof, wo euch der Kampfgefährte von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den Weg zeigen wird, den die Arbeiterklasse in geschlossener Einheitsfront gehen muß, wenn sie nicht durch den faschistischen Terror weiter blutig niedergeschlagen werden will.

Appell an alle Mitglieder des DMV.

Die allgemeine Lage, die verschärften Terrorangriffe des Faschismus gegen die gesamte Arbeiterklasse — allein in Breslau wurden in einer Woche vier antifaschistische Klassengenossen getötet — der systematische Angriff auf die Lebenslage der beschäftigten und erwerbslosen Arbeiter, der Abbau der sozialen Rechte, die tagtäglichen Unterdrückungsmaßnahmen mittels Demonstrationsverbote, Versammlungsverbote und Pressekneblungen, zwingen auch euch Kollegen, in dieser ernsten Stunde alles zu tun, um im gemeinsamen und geschlossenen Kampfe dem Faschismus Einhalt zu gebieten. **Die Breslauer Metallindustriellen rüsten zu einem neuen Angriff auf eure Hungerlöhne und -Akkorde.**

Die heute abends stattfindende Vertreterversammlung der Ortsgruppe Breslau des Deutschen Metallarbeiterverbandes darf an diesen Dingen nicht vorüber gehen, oder nichtssagende Beschlüsse fassen. Sie muß in eurem Interesse konkrete Beschlüsse zur sofortigen Formierung der Einheitsfront in den Betrieben und Stempelstellen fassen. Der Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen jede betriebliche Verschlechterung eurer Arbeitsbedingungen kann nur erfolgreich sein, wenn er auf der Basis der Einheitsfront organisiert und geführt wird. Deshalb müssen in allen Betrieben und auf den Stempelstellen Aktionsausschüsse zum Kampf für eure Forderungen geschaffen und in allen Betrieben und Wohngebieten der Massenselbstschutz zur Verteidigung des Arbeiterlebens und des Arbeitereigentums gebildet werden.

Unserem Vorschlag auf Wahl von Aktionsausschüssen machen wir euch deshalb, weil die Vergangenheit zur Genüge bewiesen hat, daß mit Ziegler und den übrigen Führern des DMV. ein siegreicher Kampf nicht geführt werden kann. Wir erinnern euch daran, daß es Ziegler war, der mit den Arbeitgebervertretern eine f. e Lohnabbauvereinbarung getroffen hat, obwohl er vor Abschluß derselben sich sehr radikal gebärdete und vom schärfsten Kampf gegen das Unternehmertum sprach. Wir fragen euch Kollegen:

Wird Ziegler gegen den neuen bevorstehenden Lohnabbauangriff den Kampf organisieren?

Nein! Warum nicht? Weil die Führer der Gewerkschaften und auch Ziegler heute noch die Rolle als Aerzte des kranken Kapitalismus spielen.

Wir richten an die Kollegen Vertreter den Appell, heute Abend nur die Interessen der Metallarbeiterschaft wahrzunehmen und unsere Vorschläge zu beschließen und aktiv an der Durchführung derselben teilzunehmen. In diesem Sinne, Kollegen, vorwärts zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung der Akkordpreise und der Arbeitsbedingungen, gegen den faschistischen Blutterror, gegen Preissteigerungen, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Neue Balladen von Johannes R. Becher

Als 124. Band der Universum-Bücherei, der bekannten Buchgemeinschaft der Werktätigen, erscheint soeben ein neues Buch von Johannes R. Becher, das seine schönsten Gedichte und Balladen der letzten Jahre vereinigt. Das Buch gehört zu den wichtigsten Neuerscheinungen der proletarischen Literatur und sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen. Um der großen Not Rechnung zu tragen, die es den meisten Werktätigen nicht ermöglicht, Geld für Literatur zu erübrigen, hat die Universum-Bücherei sich entschlossen, dieses Buch nur als Werbeprämie herauszugeben. Jeder Leser kann es gratis erwerben, wenn er der Universum-Bücherei ein neues, ständiges Mitglied zuführt. Die Adresse der Universum-Bücherei ist: Berlin NW. 7, Schiffbauerdamm 15. Werbematerial von dort kostenlos!

Eine ernste Pflicht des Tages:

Alle Litobleute schicken sofort alles verfügbare Geld an die ihnen bekannte Adresse ein und geben heute noch die Materialbestellungen auf!

BL. Schlesien (Lit.).

MASCH Marxistische Arbeiterschule

Achtung! Neue Kurse für Russisch, Esperanto und Stenographie!

Heut, 20,30 Uhr, Kursus: Russisch für Anfänger. Freitag, 19 Uhr, Kursus: Esperanto; 20,30 Uhr, Kursus: Stenographie.

Meldungen werden noch an den beiden Tagen ab 18 Uhr in den Schulungsräumen der „Masch", Wallstraße 21, III., entgegengenommen!

Der Vortragsabend: „Das Parteiprogramm der SPD." fällt infolge der Messehofversammlung aus. Das Stattfinden desselben zu einem späteren Zeitpunkt, wird in der Zeitung bekanntgegeben.

Schule der Werktätigen.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Walter Sucha; Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Cailam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Geschäftliches.

Zirkus Kapitän Schneider. Heute, Donnerstag, Première des neuen sensationellen Zirkus-Programms. Als besondere Attraktion sind Hagenbecks tanzende, jonglierende und musizierende Elefanten zu erwähnen. Im Rahmen des reichhaltigen Programms wird Kapitän Schneider auch seine Quo-vadis-Löwen zeigen und vorführen. Täglich zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 8,15 Uhr, bei billigsten Eintrittspreisen schon ab 30 Pfg. Für Erwerbslose ist ein Einheitspreis von 30 Pfg. für alle Wochentags-Nachmittagsvorstellungen eingeführt.

Eine Fülle von Verwendungsmöglichkeiten bieten der Hausfrau Maggi's Fleischbrühwürfel. Das stundenlange Auskochen des Fleisches der Brühe wegen ist nicht mehr nötig, denn Maggi's Fleischbrühwürfel geben nur durch Auflösen in kochendem Wasser augenblicklich beste Fleischbrühe. Diese kann man als Trinkbouillon ohne oder mit Ei verwenden sowie zur Herstellung von Fleischbrühsuppen mit Einlage wie Reis, Grieß, Nudeln, desgleichen zum Kochen von Gemüsen und Hülsenfrüchten. Auch zur Bereitung von Soßen aller Art, zum Verlängern vorhandener Suppe oder Fleischbrühe sind sie sehr zu empfehlen. Es ist also gut, stets einen gewissen Vorrat dieser kleinen hilfsbereiten Küchengeister im Hause zu haben.

Sturm unter der werktätigen Grenzbevölkerung gegen Hitler

Erbitterung der Hitleranhänger über Nichterfüllung der großen Versprechungen / SA. zieht die Uniform aus / Verachtung der sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber der SPD.-Führung / Reichsbannerführer grüßt mit „Heil Hitler" / Entfacht den Sturm im Grenzland gegen jede Unterdrückung, gegen jeden Terror, für die Wahl der Liste 3, Kommunisten

Die nationalistische Verhetzung ist unter der Grenzbevölkerung an der schlesisch-polnischen Grenze besonders stark. Diese Tatsache hat seine Ursache in der ungeheuren Verelendung der Arbeiterschaft und aller Werktätigen in diesem Gebiet infolge der Abschnürung der Industrie in diesen Gebieten von den früheren Absatzgebieten durch den Versailler Schandvertrag. Aus diesem Grund ist die Stellungnahme und die Stimmung unter diesen Bevölkerungsschichten über die Kanzlerschaft Hitlers von besonderem Interesse. Unser Arbeiterkorrespondent in Guhrau berichtet uns über diese Stimmung, daß sie sehr geteilt ist. Die werktätigen Hitleranhänger sprechen ihre Verwunderung darüber aus, daß Hitler sein Programm, wie es bisher in den Versammlungen verkündet wurde, umgestellt habe und keinerlei Verfolgung des Judenkapitals, keinen Abbau der Ministergehälter und Staatspensionen angeordnet habe, sondern sich jetzt mit dem Stahlhelm und den Deutschnationalen in eine Regierung begeben hat.

Die Nichterfüllung der in zahlreichen Versammlungen angekündigten großen Versprechungen, ruft bereits eine Verbitterung unter den Anhängern Hitlers hervor.

Allerdings hoffen dieselben noch immer, daß Hitler seine Versprechungen in Bälde verwirklichen wird. Der Verzicht auf das Kanzlergehalt Hitlers wird von einem Teil der Hitleranhänger als Bluff bezeichnet. Die radikalen Anhänger von Hitler sprechen davon, daß die Nichterfüllung der großen Versprechungen den Bolschewismus herbeiführen. Nur die jungen unberechenbaren Elemente denken noch nicht weiter über die jetzige Stellung Hitlers in einer Regierung mit Hugenberg und Papen nach.

Der Polizeiterror ist im Kreis Guhrau ungeheuer scharf. Die Versammlungen der KPD. werden verboten. Die Landarbeiter sind zum großen Teil nur gezwungenermaßen bei Hitler, weil sie sonst bei den Krautjunkern keine Beschäftigung erhalten würden. Trotzdem haben von der SA. viele ihre Uniform ausgezogen und beteiligen sich an keinen Veranstaltungen mehr.

*

Unter der Mitgliedschaft der SPD. herrscht eine gedrückte Stimmung.

Die ehrlichen Arbeiterelemente in der SPD. sprechen mit Verachtung über die Führer der SPD. und sind für die Einheitsfront mit den Kommunisten.

Nur die „Groschenbonzen" (solche die für ihre Tätigkeit einige Pfennige Entschädigung erhalten), propagieren die Lüge der SPD.-Führer, daß die KPD. an der Kanzlerschaft Hitlers schuld sei und fordern die Anhänger der SPD. auf, auch weiterhin ruhig auszuhalten, Hitler werde sich schon abwirtschaften. Der Kreisleiter des Reichsbanners in Guhrau, Weber, biedert sich schon in der erbärmlichsten Weise der Hitlerpartei an. Auf der Straße begrüßt er die Hitlerleute offen mit „Heil Hitler". Dadurch erhofft er auch dort finanzielle Vorteile zu erhalten.

Weber beschreitet damit nur den Weg, den auch italienische Gewerkschafts- und SPD.-Führer beschritten haben, die zur Partei des offenen Faschismus hinübergewechselt sind.

Umso entschiedener müssen die SPD.-Arbeiter mit der Führerschaft der SPD., die im Frühjahr 1932 die Parole herausgab: „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler" brechen. Es ist eingetroffen, was die Kommunisten schon damals gesagt haben: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler," denn niemand anders als der Reichspräsidenten-Kandidat der „Eisernen Front", Hindenburg, hat Hitler zum Reichskanzler berufen.

*

Die Schilderungen der Stimmungen unter der werktätigen Grenzbevölkerung zeigt, daß die Situation zur Gewinnung dieser Schichten für den Kommunismus, soweit diese noch im Lager der Sozialdemokratie oder der Hitlerpartei stehen, äußerst günstig ist. Die jetzige Regierung versucht das Zustandekommen der Einheitsfront der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zum Kampf gegen jede Ausbeutung und Unterdrückung zu verhindern.

Um so intensiver muß die tägliche Kleinarbeit aller klassenbewußten Arbeiter sein, um die Arbeiter und Bauern zu einer gemeinsamen Kampffront gegen die faschistische Diktatur für die Arbeiter- und Bauernrepublik zusammenzuschweißen. In diesem Sinne werden die Kommunisten auch unter der Grenzbevölkerung den Wahlkampf für die Kommunisten, für die Liste 3, durchführen.

Der Wille zur Einheitsfront der Tat in den Betrieben im Waldenburger Revier

Große Diskussionen setzten in den Betrieben im Waldenburger Revier ein, als bekannt wurde, daß am 30. Januar Hindenburg den Führer der NSDAP., Hitler, mit der Bildung der neuen Reichsregierung beauftragt hatte. Wir führen hier die Diskussionen mit sozialdemokratischen Arbeitern von der Melchior-Grube, der Fuchs-Grube und der Porzellanfabrik Thielsch zusammen.

Fast alle Arbeiter waren empört über die Berufung Hitlers und erwarteten, daß von ihrer Partei und Gewerkschaft etwas unternommen würde. Sie hatten das Vertrauen zu den kommunistischen Klassengenossen und der Kommunistischen Partei, daß sie mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern gemeinsam den Kampf gegen die faschistische Regierung aufnehmen werden. Zur selben Zeit hatten aber die SPD.- und Gewerkschaftskollegen das feste Vertrauen zu ihren Führern, daß sie zur „rechten Zeit" zum Kampf rufen werden. Ein SPD.-Funktionär der Melchior-Grube erklärte nach dem Rücktritt Schleichers auf die Frage eines kommunistischen Arbeiters, was er tun würde, wenn Hitler drankommt:

„Nun, dann treten wir in den Streik."

Der Kampfwille war jedenfalls unter den Arbeitern vorhanden und ist heute noch da. Solange sich aber die Arbeiter auf den Ruf der reformistischen Führer verlassen, werden sie verlassen sein und den stärksten faschistischen Terror über sich ergehen lassen müssen. Ein geringer Teil von SPD.-Arbeitern diskutierte von vornherein so, daß erst abgewartet werden muß, was die Hitler-Regierung tun werde. Das ist die Parole der Gewerkschafts- und SPD.-Führer: „Mit Kühlheit und Besonnenheit abwarten." Und das ist für die Arbeiterschaft das Verhängnisvolle. Außer diesen wenigen Kollegen, die „abwarten" wollen, sind die größten Teile der Mitgliedschaft der SPD. und der freien Gewerkschaften enttäuscht über das Versagen ihrer Führer. Allein hat die Enttäuschung keinen Wert, wenn die sozialdemokratischen Klassengenossen nicht für die nächste Zukunft lernen und wieder auf die Parolen ihrer Führer warten.

Eine große Erbitterung ist jedenfalls unter den Arbeitern zu verzeichnen gegen die Hitler-Regierung, umsomehr, als die ersten vierzehn Tage scharfe Maßnahmen und faschistischen Terror gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und deren Einrichtungen brachten. Das Verlangen nach einer Einheitsfront der Tat, wird unter den SPD.-Arbeitern immer stärker. Wir reichen euch die Bruderhand!

Einheitsfront gegen faschistische Diktatur

Der Faschismus stößt auf der ganzen Front vor! Löhne werden abgebaut — das Tarifrecht ist bedroht — den Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfängern droht neuer Abbau — neue Zölle verteuern die Lebensmittel — die braunen faschistischen Horden morden Arbeiter und zerstören Arbeitereigentum.

Sozialdemokratischer, christlicher, kommunistischer, parteiloser Arbeiter! Bildet Einheitsausschüsse in den Betrieben, auf den Stempelstellen! Organisiert den Massenselbstschutz in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Wohngebieten.

Entfaltet die proletarische Massenkraft, die den Faschismus niederringt — die Werktätigen zum Sozialismus führt!

Das Elend in Schlesien wird immer größer!

349 710 Arbeitslose in Niederschlesien — Nur 79,3% von diesen erhalten Unterstützung — Die Lohnsumme im Waldenburger Hungerland in vier Jahren um 45,1% gesunken — Verantwortlich ist die SPD.- und Gewerkschaftsbürokratie — Jetzt schmiedet die Einheitsfront der Tat!

In den letzten Wochen ist die Zahl der Erwerbslosen in Schlesien weiter gestiegen. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist bei den schlesischen Arbeitsämtern seit dem 15. Januar von 485 840 auf 492 313 (349 710 in Nieder- und 142 603 in Oberschlesien) gestiegen. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Arbeitssuchenden beträgt 487 789. Die Zunahme bei den Arbeitslosen- und Krisenunterstützten beträgt 16 381 und während des ganzen Monats Januar 34 830. Bei den Wohlfahrtserwerbslosen ist im Monat Januar eine Zunahme von 8050 zu verzeichnen. Von den Erwerbslosen werden gegenwärtig nur 79,3 Prozent unterstützt, alle übrigen sind von jeder Unterstützung ausgeschaltet. Die Zahl der Erwerbslosen in diesem Jahr wird gegenüber der Vorjahrszahl zur selben Zeit bei allen oberschlesischen Aemtern, bei Breslau, Brieg, Hirschberg, Oels, Reichenbach und Waldenburg überschritten.

*

Am schlimmsten ist die Elendslage im Waldenburger Gebiet. Die Zahl der Arbeitssuchenden betrug am 31. Januar im Gebiet des Arbeitsamt Waldenburg 27 024, gegenüber 13 179 am 1. Januar 1931. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger erhöhte sich gegenüber dem 15. Januar dieses Jahres um 550 von 10 942 auf 11 492. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen ergab 13 265. In der Porzellanindustrie kamen in den nächsten Wochen 50 Arbeiter und Arbeiterinnen zur Entlassung. Entlassungen erfolgten ebenfalls in der Metallindustrie. Die Betriebe der Textilindustrie arbeiten zum größten Teil verkürzt.

Die Elendslage im Waldenburger Revier kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß im Bergbau in der höchsten Blütezeit im August 1923 eine Belegschaft von 33 000 Mann gegenüber im Oktober 1932 mit nur noch 14 000 Mann beschäftigt ist. Die Förderung dagegen ist in der gleichen Zeit von 318 000 Tonnen auf 323 000 Tonnen gestiegen. Der Bruttoschichtlohn dagegen betrug im Oktober 1928 im Durchschnitt 6,61 Mark und im Oktober 1932 nur noch 5,42 Mark.

Aehnlich wie im Bergbau sieht es im Waldenburger Hungerland fast in allen Industrien aus. In der Porzellanindustrie ist die Belegschaft im Oktober 1928 mit 3274 auf 1471 Beschäftigte im Oktober 1932 gesunken. In der Glasindustrie ist die Belegschaft in derselben Zeit von 730 auf 264 Arbeiter gesunken und in der Textilindustrie von 4600 auf 2700 Beschäftigte.

Der Rückgang der Beschäftigten und der ungeheure Lohnabbau der in all diesen Jahren durchgeführt wurde, brachte eine

Verminderung der Lohnsumme allein im Waldenburger Revier innerhalb den letzten vier Jahren von 29 auf 16 Millionen, das heißt auf 54,9 Prozent.

An diesem Rückgang der Lohnsumme ist die Gewerkschaftsbürokratie, die den Lohnraub unter Brüning offen unterstützte und jede gemeinsame Kampfhandlung vor allem im Bergbau gegen den Lohnabbau verhinderte, voll verantwortlich. Unter der Kanzlerschaft Hitlers, der Hugenberg zum Diktator über die Löhne ernannt hat, wird ein weiterer Angriff auf die Löhne erfolgen. Dafür, daß es soweit gekommen ist, trägt die Führung der Sozialdemokratie ebenfalls die vollen Verantwortung. Hatte doch die Eiserne Front im vorigen Jahr die Parole herausgegeben: „Wählt Hindenburg und ihr schlagt Hitler". Derselbe Kandidat der „Eisernen Front" hat jetzt diese Regierung der faschistischen Diktatur mit Hitler-Papen und Hugenberg ernannt. Die wachsende Verelendung der Arbeiterschaft und die Entwicklung zur brutalen faschistischen Diktatur, mit Hilfe der Sozialdemokratie, muß eine Lehre für alle Arbeiter, insbesondere für die Bergarbeiter sein.

Jetzt hilft nur noch die Einheitsfront der Tat, das Kampfbündnis zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen.

Schafft diese Einheitsfront in den Schächten der Gruben, in allen Betrieben und auf den Stempelstellen gegen jede weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen. Wählt überall Einheitsausschüsse! Zu dieser Einheitsfront ist kein „Nichtangriffspakt" notwendig, von dem jetzt die SPD.-Führer so viel reden. Dazu ist nur der feste Wille zum gemeinsamen Kampf gegen jeden Lohn- und Unterstützungsraub, gegen die katastrophalen Auswirkungen des Krümpersystems, gegen den faschistischen Terror notwendig! Dazu müssen und werden sich die SPD.-, christlichen und kommunistischen Arbeiter, sowie die Gewerkschaftskollegen auch ohne die SPD.- und Gewerkschaftsbürokratie die Hände reichen!

Das ist der „Nichtangriffspakt" der SPD.-Führer

Barzik vom Baugewerksbund verhinderte gemeinsame Demonstration gegen Hitler

Waldenburg. Durch das vierzehntägige Verbot der „Arbeiter-Zeitung" sind wir erst jetzt in der Lage, über die Generalversammlung des Baugewerksbund Waldenburg zu berichten. Da die Generalversammlung am Tage der Einsetzung Hitlers als Kanzlers stattfand, beantragte Kollege Schröer, die Generalversammlung zu vertagen und sofort eine Demonstration gegen das Hitlerkabinett durchzuführen. Kollege Ernst schloß sich dem Antrag an und erweiterte denselben, da ein bedeutender Teil von Kollegen zu spät oder garnicht benachrichtigt worden ist. Die Abstimmung mußte erst erzwungen werden und ergab nach mehrmaligem Einseifen durch Barzik die Ablehnung des Antrages.

Der Geschäftsbericht des Angestellten Barzik wirkte ermüdend auf die ganze Versammlung. Er verschwieg schamhaft, daß Hindenburg, der Kandidat der „Eisernen Front", der Hitler schlagen sollte, denselben Hitler als Reichskanzler berufen hat. Seine politische Einleitung war bestenfalls ein Gestammel.

Die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter geht immer weiter zurück. Dazu trägt viel bei die Ausführung von Bauarbeiten durch Notstandsarbeiter und den „Freiwilligen Arbeitsdienst".

Allein durch den freiwilligen Arbeitsdienst leisten 554 Mann Arbeiten, die ins Baugewerbe schlagen.

Von der Tatsache, daß die SPD. und das Reichsbanner selbst solche Lager organisieren und fördern, wollte B. nichts wissen. — Die Löhne sind um 36 Pfennig pro Stunde zurückgegangen. Am Streik in Waldenburg waren zehn Betriebe beteiligt. Am Schluß seines Geschäftsberichtes zeigte Barzik den Hoffnungsschimmer, daß es in diesem Jahre wieder Arbeit geben wird. Er sieht also auch einen „Silberstreifen am Horizont". Diese Hoffnung brachte ihm natürlich ein schallendes Gelächter der versammelten Kollegen ein.

Kollege Flegel kritisierte den Geschäftsbericht. Er zeigte auf, daß an der Arbeitslosigkeit nicht zuletzt auch die Organisation Schuld trägt, weil sie keinen Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit geführt hat. Die Arbeiterschaft muß endlich in geschlossener Einheitsfront zusammenstehen und die Organisation nicht ein Unterstützungsverein, sondern eine Kampforganisation werden. Jetzt endlich muß der klare Verstand der Arbeiter entscheiden und wir dürfen uns durch die Bonzen nicht mehr einlullen lassen.

Kollege Friedrich stellte fest, daß am Rückgang der Mitgliederzahl die Verbandsleitung selbst schuld ist, da oppositionelle Kollegen, die für die Interessen der Kollegen eintraten, aus der Organisation ausgeschlossen werden.

Kollege Schröer brandmarkte die Lohnpolitik der Gewerkschaften. Die Führer wollen den kranken Kapitalismus heilen, den Reaktionären Chancen geben und die Arbeiterschaft verrecken lassen. Wenn die Gewerkschaftsführer nicht kämpfen wollen, werden wir uns selbst Streikleitungen, Einheitsausschüsse, wählen.

Kollege Hoffmann erklärte, daß die Stadtrandsiedler an der Vogelkoppe auf dem Leim gekrochen sind und von den 500 Mark nichts haben.

Kollege Günzel machte der Geschäftsleitung den berechtigten Vorwurf, daß sie sich um die Stadtrandsiedler nicht gekümmert habe. Im Schlußwort drehte und verdrehte Barzik die Ausführungen der oppositionellen Kollegen und machte faule Witze wie immer. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Liste der Reformisten 153 Stimmen, Liste der Opposition 76 Stimmen. Das Ergebnis ist durchaus nicht befriedigend. Wie früher, erhielten auch zur diesmaligen Generalversammlung oppositionelle Kollegen die Einladung entweder zu spät oder garnicht. Zurückzuführen ist das unbefriedigende Ergebnis auch auf die Tatsache, daß zur selben Zeit viele revolutionäre Arbeiter gegen die Hitler-Hugenberg-Regierung demonstrierten. Außerdem war es einem Teil der Kollegen infolge wirtschaftlicher Notlage nicht mehr möglich, die Sterbemarke und Maimarke, zusammen 1,50 Mark, zu bezahlen, sodaß sie kein Stimmrecht hatten.

Genosse Schröer brachte zwei Anträge ein, in denen der Leipart-Kurs der Gewerkschaften verurteilt und die Anwendung aller Kampfmittel gegen die Angriffe der Unternehmer verlangt wird. Barzik bezeichnete die Anträge als Illusion und stellte sie nicht erst zur Abstimmung. Ebenso erging es den Anträgen, die Kollege Seidel stellte und begründete. Es wurde beantragt, den Beitrag nur für Sterbemarke und zwar 1 Mark festzusetzen, den Beitrag auf ein Stundenlohn herabzusetzen und die Delegierten zum Kartell in der Versammlung zu wählen. Kaltschnäuzig wurden die Anträge gegen den Protest zahlreicher Kollegen beiseitegelegt.

Kollegen, schart euch um die Opposition und kämpft mit uns gegen die faschistischen Maßnahmen der Gewerkschaftbonzen und helft tatkräftig, aus dem Unterstützungs- und Verhandlungsverein eine Kampforganisation machen.

Alles für die antifaschistische Einheitsfront!

Von Walter Ulbricht.

Das ist das Neue, Gewaltige, daß die Arbeitermassen in den Betrieben in Lübeck, in Staßfurt, in Dresden und in zahlreichen anderen Orten wie ein Mann den politischen Proteststreik gegen faschistischen Terror und Unterdrückung durchführten. In Berlin und an anderen Orten bildeten kommunistische und Reichsbannerarbeiter gemeinsame Selbstschutzformationen zur Notwehr gegen faschistische Ueberfälle, zum Schutz der Arbeiterquartiere, der Arbeiterlokale, des Arbeitereigentums und der Arbeiterversammlungen. Als Genosse Pieck als Vertreter des ZK. der KPD., der Führer einer Reichsbannerformation und ein Funktionär der SAJ. am Grabe des Genossen Werner gelobten, alle Kraft einzusetzen für den siegreichen Kampf der antifaschistischen Einheitsfront, da war nicht von „Vorbedingungen" die Rede, sondern ein Wille durchglühte die kommunistischen und Reichsbannerarbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder und unorganisierten Arbeiter: **Alles einsetzen im Kampf um Brot, Arbeit und Freiheit gegen den Faschismus.** Wenn jetzt in der sozialdemokratischen Presse angesichts des Vormarsches der antifaschistischen Einheitsfront immer mehr Aufsätze veröffentlicht werden über „Vorbedingungen", über „Nichtangriffspakt" und dergleichen, so werden wir Kommunisten demgegenüber alle Kraft einsetzen, um den „Angriffspakt" der kommunistischen, sozialdemokratischen, Reichsbannerarbeiter, Gewerkschaftsmitglieder und unorganisierten Arbeiter und Jungarbeiter und aller Organisationen, die zum antifaschistischen Kampf bereit sind, zu erweitern und zu stärken.

Was ist Einheitsfront — Was ist sofort zu tun?

Einheitsfront heißt gemeinsamer Kampf, Einheitsfront heißt die leuchtenden Beispiele von Lübeck, Staßfurt usw. überall als Vorbilder gemeinsamer Aktionen der Arbeiter zu nehmen. Auch im Streikkampf und bei den Massendemonstrationen in Dresden und Staßfurt bestanden nach wie vor die prinzipiellen Gegensätze zwischen der kommunistischen Politik und der sozialdemokratischen. Aber es war möglich, die Massen der Arbeiter zum gemeinsamen Kampf um die nächsten antifaschistischen Forderungen der Arbeiter zu vereinigen. Das muß überall möglich sein. Die Arbeiterschaft braucht keine Einheitsfront-Philosophie, sondern unmittelbar gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Faschismus. Kein Mitgliedsbuch oder entgegenstehende Anweisungen von Organisationsleitungen dürfen die Arbeiterschaft hindern, angesichts der faschistischen Ueberfälle auf die Arbeiterwohnungen, Arbeiterlokale, in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jeder Straße den gemeinsamen Massenselbstschutz zu organisieren und durch ein gut ausgebautes Verbindungs- und Alarmsystem sich gegen den faschistischen Terror zu schützen. Alle bestehenden Hindernisse müssen überwunden werden, damit in jedem Betrieb, in jeder Betriebsabteilung alle Arbeiter, gleichgültig, welches Mitgliedsbuch sie in der Tasche haben, zu Belegschafts- und Abteilungsversammlungen zusammentreten, um über die Kampfmaßnahmen gegen faschistischen Terror und Lohnabbau zu beraten, die Terrormaßnahmen des Gegners oder das Verbot der KPD. mit dem Streik zu beantworten, für den Betrieb einen Massenselbstschutz zu organisieren und Vertreter in die anderen Betriebe zu entsenden, damit dort dieselben Kampfmaßnahmen eingeleitet werden. Die Stunde ist viel zu ernst, als die Kollegen in den Betrieben etwa warten können, bis Anweisungen von den Organisationsleitungen kommen. Jetzt kommt es vielmehr auf die Kampforganisierung in jedem Betrieb an, und nur, wenn in jedem Betrieb der Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen Zerschlagung der Tarifverträge, gegen Entlassungen wie gegen den faschistischen Terror und gegen die Versammlungs-, Demonstrations- und Presseverbote geführt wird, wird die Welle des antifaschistischen Kampfes steigen und die Arbeiterklasse siegreich ihre Forderungen durchsetzen.

Was tun die Gewerkschaften?

Die von der Arbeiterschaft erkämpften Arbeitsbedingungen und Arbeiterrechte sollen durch die faschistische Politik unmittelbar weggenommen werden. Der faschistische Terror soll die Arbeiter einschüchtern, damit die Unternehmer um so schneller die Zerschlagung der Tarifverträge, Lohnabbau und Massenentlassungen durchführen können.

Leistungslohn und Werkstarife, Beseitigung der Tariflöhne mit Hilfe des Lohndrucks durch die Arbeitsdienstpflicht, Zerschlagung der Sozialversicherung und Verschlechterungen der betrieblichen Arbeitsordnungen, Beseitigung der Rechte der Betriebsräte, um sie zu Organen der Werksgemeinschaft zu machen, das sind die Pläne der Deutschnationalen und der NSDAP. Aber die Gewerkschaftsleitungen schweigen. Der Bundesvorstand des ADGB. erklärt, daß die Periode der Reaktion überstanden werden müsse und daß die Gewerkschaften nicht den grundsätzlichen Kampf gegen die Hitler-Hugenberg-Regierung führen, sondern von Fall zu Fall zu den Maßnahmen der Regierung Stellung nehmen werden. Ist das nicht offene Kapitulation vor dem Faschismus? Die faschistischen Maßnahmen gegen Sozialversicherung und Tarifverträge, wie in der Durchführung der Arbeitsdienstpflicht machen es notwendig, daß die Gewerkschaftskollegen selbst beschließen, was die Gewerkschaftsorganisationen im Kampf gegen den Faschismus tun sollen. Die Kraft der Gewerkschaft muß jetzt endlich gegen den Faschismus eingesetzt werden. Nur wenn die Gewerkschaftsorganisationen die ganze Kraft einsetzen gegen den faschistischen Terror, in der Schaffung des Massenselbstschutzes zur Verteidigung des Arbeitereigentums, zur Verteidigung der Gewerkschaftshäuser, nur dann werden sie imstande sein, die Angriffe auf die Tariflöhne, auf die Sozialversicherung und Arbeiterrechte zurückzuschlagen. Weil aber Leipart und Husemann glauben, durch eine Politik des „Abwartens" Hitler und Hugenberg versöhnlich stimmen zu können, deshalb ist es notwendig, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften zu stärken, damit die Massen der Mitglieder gegen den Willen der Leipart und Husemann die Kraft der Gewerkschaftsorganisationen im antifaschistischen Kampf einsetzen.

Wer soll die antifaschistische Einheitsfront führen?

Die aktivsten und kampferfahrensten Arbeiter, die von den Arbeitern selbst gewählt werden. Wir Kommunisten sind für die proletarische Demokratie, wir sind dafür, daß die Arbeiter in Belegschaftsversammlungen, in Delegiertenkonferenzen der Betriebsvertreter der einzelnen Gebiete, in Erwerbslosenversammlungen selbst die Kampfmaßnahmen beschließen und sich Aktionsausschüsse zur Führung des Kampfes wählen. In diese Aktionsausschüsse sollen die aktivsten und erfahrensten kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter gewählt werden. Die Einberufer der Belegschaftsversammlungen und Delegiertenkonferenzen sollen selbstverständlich die Vertreter der KPD., SPD. und der Gewerkschaftsleitungen einladen, damit deren Vertreter die Vorschläge der Organisation vor den Arbeitern selbst begründen können.

Manche sozialdemokratischen Arbeiter wollen ihre Mitarbeit in der kämpfenden Einheitsfront von den Verhandlungen der Spitzenkörperschaften abhängig machen. Kommt die kämpfende Einheitsfront nicht viel eher zustande, wenn die Arbeiter im Betrieb, an der Stempelstelle oder in den Delegiertenkonferenzen selbst beraten und die gemeinsamen antifaschistischen Kampfmaßnahmen beschließen? Haben nicht gerade jene Streikkämpfe z. B. gegen die Papen-Notverordnung den größten Erfolg gebracht, wo die Arbeiter nicht auf Anweisungen der Gewerkschaftsleitungen gewartet haben, sondern wie ein Mann Schulter an Schulter in den Streik gegen den Papen-Lohnabbau getreten sind. So muß es auch jetzt wieder gemacht werden.

Zersetzendes Gift in den Reihen der Arbeiter

Nicht nur der faschistische Terror und die Maßnahmen der Kapitalsoffensive sind gegen die kämpfende Arbeiterschaft gerichtet, sondern auch die zersetzenden Theorien vom „Abwarten" oder vom „Abwirtschaften lassen" sind Gehilfen Hitlers und Hugenbergs. Es ist die gefährlichste Illusion, daß die Hitler-Regierung auf Grund des Widerspruchs zwischen den Versprechungen und Taten von selbst abwirtschaften würde. Der Glaube an diese Illusion bedeutet Verzicht auf den Kampf, bedeutet Entwaffnung der Arbeiter. Die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung ist nicht eine Regierung, die ebenso leicht beseitigt werden kann wie die Brüning- oder Schleicher-Regierung. Die Verbindung der Staatsgewalt mit den Massenorganisationen der Nationalsozialisten, des Stahlhelms und der Deutschnationalen, die Zusammenarbeit der Staatsgewalt mit diesen Kampforganisationen erfordert die Einsetzung der stärksten Kräfte des Proletariats, erfordert die breiteste Einheitsfront zum Kampf gegen den Faschismus. Nur so kann die Arbeiterklasse den Faschismus überwinden.

Der sozialdemokratische „Nichtangriffspakt"

Während in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeiterstraßen die Arbeiterschaft und Jungarbeiter über die gemeinsamen Kampfmaßnahmen beraten und in der Tat Schulter an Schulter kämpfen, spricht bezeichnenderweise die Sozialdemokratie nicht über Kampfmaßnahmen, sondern über die „Bedingungen" der Einheitsfront und über „Nichtangriffspakt". Der Führer unserer Partei, der Führer der deutschen Arbeiterklasse, Genosse Thälmann, hat bereits vor einem Jahre in der Antwort an die sozialdemokratischen Arbeiter erklärt, daß wir Kommunisten nicht über „Vorbedingungen" diskutieren, sondern daß es für uns nur eine Bedingung gibt, nämlich den Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Klassenfeind. Das Interesse der Gesamtarbeiterschaft erfordert, daß nicht allgemeine Reden über „Einheitsfront" gehalten werden, sondern konkret gesagt wird, was die Kampfaufgaben der Einheitsfront sein sollen. Die Kommunistische Partei hat der Arbeiterklasse vorgeschlagen:

1. **Streik gegen den faschistischen Terror, wie er in Lübeck, Dresden, Staßfurt usw. in vorbildlicher Weise durchgeführt wurde.**
2. **Schutz der Arbeiter-Quartiere, des Arbeitereigentums, der Arbeiterversammlungen und Arbeiterdemonstrationen durch Schaffung von Massenselbstschutzformationen in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jeder Arbeiterstraße.**
3. **Führung des Kampfes durch die von den Arbeitern selbstgewählten Aktionsausschüsse, in denen die aktivsten und erfahrensten Arbeiter, kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter, gewählt werden sollen.**

Wenn die Sozialdemokratie gegen den Faschismus kämpfen will, warum macht sie dann keine konkreten Vorschläge? Warum gibt sie keine konkreten Anweisungen an ihre Organisationen? Die genannten Vorschläge unserer Partei entsprechen dem Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Die Tatsachen, daß in zahlreichen Betrieben Streiks gegen faschistischen Terror durchgeführt wurden, daß der Massenselbstschutz mit kommunistischen, Reichsbanner- und parteilosen Arbeitern gebildet wurde, zeigt, daß unsere Einheitsfrontvorschläge dem Willen der Arbeitermassen entsprechen. Wir schlagen vor, daß in allen Betrieben von den Betriebsräten oder durch Vereinbarung der kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionäre Belegschaftsversammlungen durchgeführt werden, wo zu den Aufgaben der antifaschistischen Einheitsfront Stellung genommen wird, die

Wahl eines Aktions-Ausschusses

erfolgt und die entsprechend weiteren Maßnahmen eingeleitet werden.

Wenn die Sozialdemokratie statt eines Angriffspaktes gegen den Faschismus einen Pakt des „Nichtstuns" oder sogenannten „Waffenstillstand" fordert, so deshalb, weil sie die Einheitsfrontaktion nicht will. Breitscheid hat das offen in der „Berliner Volkszeitung" gesagt, indem er die Befürchtung aussprach, daß die Einheitsfrontaktion weiter getrieben werden könnte. Hat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion keine anderen Sorgen? Keine anderen Sorgen als die Furcht, daß die Arbeiterklasse in der kämpfenden Einheitsfront „zu weit gehen", den Faschismus zu weit zurückschlagen würde? Die Sozialdemokratie fordert, daß die kommunistische Kritik an der sozialdemokratischen Politik eingestellt werde. Wenn wir das getan hätten, dann hätten nicht nur der SA.-Terror schon im Sommer vorigen Jahres der Arbeiterschaft noch blutigere Wunden geschlagen, sondern dann wäre Papens Lohnabbau-Notverordnung durchgeführt worden. Weil wir die Arbeiterschaft im vorigen Jahre nach Einsetzung der Papen-Regierung aufriefen zum Kampf gegen den faschistischen Terror und gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer, die Arbeiterlokale und Gewerkschaftshäuser gegen die faschistischen Anschläge verteidigten, weil wir im Kampfe die Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter zusammengeschmiedet haben, deshalb konnte sich damals der faschistische Terror nicht weiter entfalten. Ohne die Kritik an der sozialdemokratischen Politik „Geht ins Grüne, geht baden" wäre das unmöglich gewesen. Oder glaubt etwa jemand, daß die sozialdemokratischen Appelle an Hindenburg geholfen haben? Als die Papen-Lohnabbau-Notverordnung verkündet wurde, war es ähnlich.

Ohne die kommunistische Kritik an der sozialdemokratischen Theorie, „daß man in der Krise nicht streiken könne", ohne die Ueberwindung dieser Theorie wäre es nicht zu einem einheitlichen Streik gegen den Papen-Lohnabbau gekommen, und ohne den gewaltigen Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, der gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer durchgeführt wurde, wäre die Regierung Papen nicht gestürzt worden.

Ohne die Kritik an der sozialdemokratischen Tarifpolitik, an ihre Theorie, „in der Krise könne man nicht streiken", wäre der BVG.-Streik und damit der Sturz der Papen-Regierung nicht erreicht worden. Als jetzt in Dresden neun Arbeiter erschossen wurden und die Kommunistische Partei zum Streik aufrief, da waren es die sozialdemokratischen Führer und Gewerkschaftsführer, die offen gegen den Streik und gegen die Teilnahme an der Begräbnis-Demonstration auftraten. Sollen die Kommunisten und sollen die Arbeiter etwa auf die Verurteilung einer solchen Dolchstoß-Politik verzichten und damit eine solche Kapitulationspolitik unterstützen? Wenn Stampfer im „Vorwärts" schreibt, daß eine Armee während des Kampfes gegen den Feind sich nicht gegenseitig beschießen dürfe, so vergißt doch Stampfer eine Kleinigkeit, nämlich, daß die Sozialdemokratie wohl gegen den Feind redet, aber nicht kämpft. In der antifaschistischen Kampffront marschiert wohl die Kommunistische Partei, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die Massen der sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeiter und der Gewerkschaftsmitglieder, nicht aber die sozialdemokratischen und Gewerkschafts-Führer. Diese führen vielmehr, während die kämpfende Einheitsfront gegen den Faschismus marschiert, Gasangriffe von der Flanke aus, indem sie predigen: „Abwarten", „Besonnenheit", „Abwirtschaften lassen" und durch Reden über „Einheitsfront" versuchen, die sozialdemokratischen Arbeiter von den unmittelbaren gemeinsamen Kampfmaßnahmen abzuhalten. Es ist kein Zufall, wenn die Sozialdemokratie jetzt bei den Wahlen ebenso wie bei den Wahlen im vorigen Jahre die Einstellung des prinzipiellen Kampfes der Kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeiterschaft gegen die sozialdemokratische Politik fordert. Diese Forderung zeigt nur, daß die Sozialdemokratie nicht die Einheitsfront, sondern nur ein Wahlgeschäft machen will. Sie will verhindern, daß die Arbeiterschaft abrechnet mit der sozialdemokratischen Hindenburg-Politik, die zur Hitler-Hugenberg-Papen-Regierung führte. Vorschläge über gemeinsame Listen oder Listenverbindung bedeuten nur eine Förderung der sozialdemokratischen Hindenburg-Politik statt des Kampfes.

Der Ernst der Lage und der ungeheure faschistische Angriff gegen die Arbeiterklasse und die Massen der Werktätigen erfordern schnelles Handeln. Wir schlagen deshalb der Arbeiterschaft überall vor:

Beruft sofort gemeinsame Belegschaftsversammlungen, Abteilungsversammlungen, Erwerbslosenversammlungen und Häuserblockversammlungen ein.

Beschließt dortselbst die notwendigen Maßnahmen des gemeinsamen Kampfes, wie sie oben angeführt sind, wählt Aktionsausschüsse, faßt die Kampfaktivität der Belegschaft zusammen und organisiert in einzelnen Gebieten Delegiertenkonferenzen zur gemeinsamen Beschlußfassung über die Aufgaben der antifaschistischen Einheitsfront und die Wahl von Aktionsausschüssen. Ladet die Vertreter der KPD., SPD. und des ADGB. zu den Versammlungen und Konferenzen ein, damit sie ihre Vorschläge und Stellungnahme begründen.

Gewerkschaftskollegen, beschließt in Gewerkschaftsmitglieder-Versammlungen, im Betrieb wie in Versammlungen der Gewerkschaftsorganisationen und in den Gewerkschaftsleitungen und in den Tagungen der Ortsvorstände die antifaschistischen, gewerkschaftlichen Kampfaufgaben und fordert von euren Leitungen, daß sie den Organisationsapparat einsetzen für die Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder.

Hoch das Banner der kämpfenden Einheitsfront!
Durch kämpfende Einheitsfront zum Sieg!

Wer ist Reichswirtschaftsminister Hugenberg?

Grundsätzliche Ablehnung von Teuerungszulagen durch Hugenberg

Herr Hugenberg ist den Bergarbeitern aus der Kriegs- und Vorkriegszeit heute weniger bekannt. Denn wenn er selbst den Nazi-proleten etwas bekannt wäre, würden diese Proleten anders über die Freundschaft Hitler-Hugenberg denken.

Am 26. März 1915 richteten die vier Bergarbeiterorganisationen: Hirsch-Duncker, Polnische Berufsvereinigung, Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und der Verband der Bergarbeiter Deutschlands (BAV.) eine „Bitte" an den Vorstand des Zechenverbandes, z. H. des Vorsitzenden Herrn Geheimer Finanzrat Dr. Hugenberg in Essen, zwecks einer Teuerungszulage. Die Lebensmittel sind in dieser Zeit, wie aus der Begründung hervorgeht, um 40—50 Prozent gegenüber vor dem Ausbruch des Krieges 1914 gestiegen. Besonders katastrophal war die Lage der verheirateten Kumpels. Verlangt wurde für Verheiratete 60 Pfg., für Ledige 40 Pfg. pro Schicht mehr.

Der Herrenstandpunkt der Unternehmer und die hündische Unterwerfung der Spitzenorganisationen geht aus folgenden Sätzen sehr deutlich hervor:

„Gewiß verkennen die Unterzeichneten nicht, daß ein völliger Ausgleich des Arbeitseinkommens mit der jetzt herrschenden Teuerung durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne zurzeit nicht möglich ist. Dazu ist die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise viel zu stark vorgeschritten. Die Unterzeichneten sind allerdings der Ansicht, daß in dieser schweren Zeit alle Schichten der Bevölkerung Opfer bringen müssen, halten jedoch die Gewährung der genannten Teuerungszulage für durchaus notwendig und auch für durchführbar."

Das Schreiben endete mit „hochachtungsvollem" Glück-Auf.

Und am 27. April 1915 erhielten die Verbände durch den Zechenverbandsvorstand Hugenberg folgendes Antwortschreiben:

„Gegen die Gewährung einer Teuerungszulage sprechen nach den Aeußerungen, die uns von den Zechenverwaltungen zugegangen sind, grundsätzliche Bedenken schwerwiegender Art.

Zum andern wird auch eine gerechte und billige Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen wegen der Verschiedenheit in der Höhe der verdienten Löhne und der Lebensmittelpreise für unmöglich gehalten und auch darauf hingewiesen, daß das Interesse, aus eigener Kraft für die Möglichkeit gleicher und erhöhter Lebenshaltung zu sorgen, individuell recht verschieden sei.

Schließlich ist es eine bekannte Tatsache, daß derartige schematische Lohnerhöhungen leicht verstärkend auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensunterhaltes wirken."

Glück Auf!

Zechenverband.

Vorstand: gez. Hugenberg. Geschäftsführung: gez. Löwenstein.

So wollen es die „feinen Leute" unter Hitler wieder haben. Teure Lebensmittel und niedrige Löhne.

Zwei Jahre dauerte es, bis die Bergleute es überall begriffen, daß sie nicht betteln und bitten dürfen, sondern sich auf eigene Kraft besinnen müssen. In manchen Zechen organisierten die Bergleute sofort nach den ersten Abschlägen den Kampf und erreichten sofortige Verbesserungen in der Lohn- und Lebensmittelfrage.

Auch jetzt leben wir in solchen „herrlichen Zeiten", wo die Bergleute unter revolutionärer Führung sofort ihre Geschicke in die Hand nehmen müssen und nicht erst abwarten, bis dieselben reformistisch-christlichen Verbandsbürokraten mit ihrem Bitten und Betteln an den Zechenverband herantreten.

In jedem Schacht ein Kampfkomitee zur Durchsetzung der Forderungen, die von der Bezirkskonferenz des EVBD. am Sonnabend, dem 11. Februar 1933, beschlossen wurden.

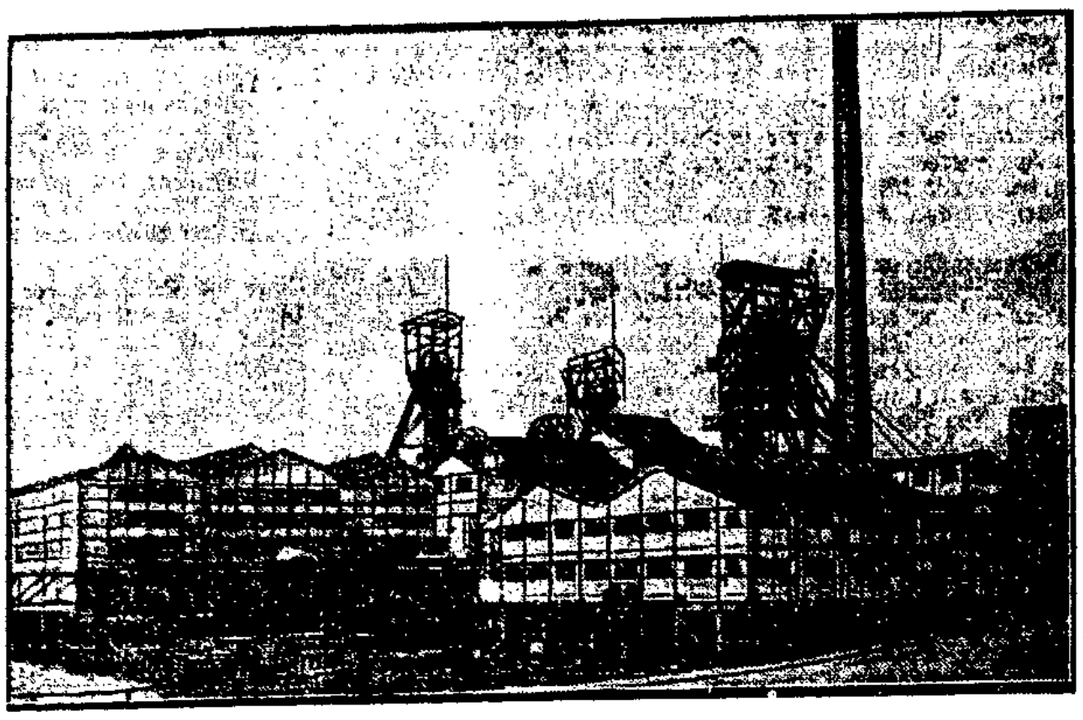
Heute haben wir den Zustand, daß die Löhne der Bergarbeiter ständig sinken, und der Reichswirtschaftsminister Hugenberg erläßt Zollerhöhungen für Fleisch und Schweineschmalz, wodurch das Pfund Schmalz um 15 bis 20 Pfennige verteuert wird. Nicht Lohnerhöhungen wirken verteuernd auf die Preise der Lebensmittel, sondern die kapitalistische Raub- und Profitpolitik der Industrie- und Agrarmagnaten.

Her mit der Kumpeleinheit auf jeder Schachtanlage, an deren Widerstand jeder Angriff auf die Lohn- und Lebensverhältnisse der Kumpels zerschellen muß.

RUND UM DEN ERDBALL

Zehn Bergleute verschüttet

Einsturzkatastrophe auf einer Grube bei Hindenburg — Neue Einstürze drohen



Hindenburg, 15. Februar. Auf der Königin-Luise-Grube Ostfeld bei Hindenburg ging am Dienstagabend in einer Tiefe von 140 Metern ein Pfeiler zu Bruch. Zehn Bergleute wurden verschüttet. Nachdem die Rettungsarbeiten die ganze Nacht über fortgesetzt wurden, ist es bis heute morgen gelungen, drei der Verschütteten noch lebend zu bergen.

Die Unfallstelle ist ein Pfeilerbetrieb in dem etwa fünf Meter mächtigen Pochhammerflöz. Der Pfeiler ist in seiner ganzen Breite gebrochen, glücklicherweise aber blieben die Zuführungsstrecken aufrecht, so daß das Rettungswerk sofort von verschiedenen Seiten aus begonnen werden konnte.

Bis Mitternacht war ein Mann, der nicht lebensgefährlich verletzt ist, halb freigelegt. Mehrere Verschüttete gaben Lebenszeichen von sich. Im Laufe der Nacht gelangte man zu zwei weiteren der lebendig begrabenen Arbeiter, von denen der eine schwer verletzt ist. Die Rettungsarbeiten gehen ununterbrochen weiter und man hofft, bis heute mittag noch zwei Verschüttete lebend bergen zu können.

Die Rettungsarbeiten sind außerordentlich schwierig, weil ständig neue Einstürze zu befürchten sind und unbedingt verhindert werden muß, das die Verschütteten dadurch erneut gefährdet werden. Da auf der Sohle sich eine Anzahl Bergleute und der Steiger vor der Katastrophe retten konnten, war es infolge ihrer Angabe möglich, außerordentlich schnell wenigstens an einige der Verschütteten heranzukommen, weil deren Arbeitsplatz bekannt war.

Im Augenblick ist man bemüht, die zwei Verschütteten, die die ganze Nacht über Klopfzeichen gegeben haben, zu erreichen. Das Schicksal der übrigen fünf ist unbekannt.

Die Aufräumungsarbeiten in Neunkirchen

Noch fünf Tote geborgen

Neunkirchen, 15. Februar. Die Aufräumungsarbeiten wurden auch am Dienstag mit aller Energie weitergeführt. Von den zwölf Vermißten konnten noch am Vormittag fünf als Leichen geborgen werden, die zusammen mit den übrigen Toten am Nachmittag im Rahmen der großen Trauerfeier beerdigt wurden. Die Saarbrücker Straße ist nahezu vollständig geräumt. Man ist zur Zeit mit dem Abbruch der am schwersten beschädigten Häuser beschäftigt. In phantastischen Formen ragen nun noch die Ueberreste der Benzolbehälter und Gasometer hervor. Der ausgeglühte Kondensator droht einzustürzen, so daß gewisse Absperrungen unvermeidlich sind.

Alkohol-Massenvergiftung

Zwölf Tote

Budapest, 15. Februar. Nach einer Meldung aus Szegedin bewirtete in dem Walde bei Sandorfalva der Landwirt Stefan Nemeth, der sich mit dem Destillieren von Alkohol beschäftigt, eine Reihe von Tagelöhnern und Holzhackern mit seinem Erzeugnis. Nach dem Genuß des Alkohols erkrankte eine Anzahl der Leute an schweren Vergiftungserscheinungen. Bisher sind zwölf Personen gestorben, dreizehn liegen in bedenklichem Zustand im Krankenhaus.

In dem Dorfe, aus dem die Holzfäller stammen, mußten noch etwa 80 Personen wegen Alkoholvergiftung ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Branntweinhändler ist verhaftet worden.

Fortschritte der Uraler Industrie

Swerdlowsk, 19. Februar. In der Schmiedepresseabteilung der Uraler Maschinenbauwerke ist Dampf eingeschaltet. Die Dampfleitung weist keine Defekte auf. Der Abdampf dieser Zeche wird durch zwei Dampfleitungen erfolgen, was eine bedeutende Ersparnis an Brennstoff ergeben wird.

In der Gießerei ist ein mächtiger Bagger „Stolz" mit einer stündlichen Leistungsfähigkeit von zehn Kubikmeter Formerde in Betrieb gesetzt. Die Maschine wurde mit den Kräften der Stoßbrigadler montiert. Bis jetzt wurde die Formerde in der Zeche nur mit Heimarbeitsmethoden hergestellt, wodurch der Arbeitsprozeß verlangsamt wurde.

In der Stahlgießerei ist die Prüfung einer mächtigen zahnlosen Säge zur Beschneidung der Gußabgänge durchgeführt worden. Die Säge hat im Querschnitt 1510 Millimeter und der Motor 100 Pferdestärke. In diesen Tagen wird die Säge die Arbeit aufnehmen.

Bei Stauwerkarbeiten in der Nähe von Granada wurden sechs Arbeiter von etwa 500 Tonnen Erde begraben und getötet.

★

Der Untersuchungsrichter von Cherbourg hat das Wrack des Ozeanriesen „L'Atlantique" beschlagnahmt, damit es nicht vor Beendigung der Untersuchung über die Ursachen der Brandkatastrophe vorzeitig abgeschleppt wird.

Kaiserliche Hoheit als Lebensretter

Wie eine Legende entsteht und wie sie aber in Wirklichkeit aussieht

Es war im Herbst des Jahres 1917. Die Zeitungen waren voll mit Berichten über die Heldentaten der kaiserlichen Hoheit an der Front, die das eigene kostbare Leben eingesetzt habe, um einem einfachen Soldaten das Leben zu retten. Die Zeitungen erzählten, wie kaiserliche Hoheit einem Soldaten, der an der Flandernfront in einen Fluß gestürzt war und schon fast ertrunken wäre, das Leben gerettet hätte.

Wie hat sich dieser Vorfall in Wirklichkeit abgespielt? Nach drei Wochen Schützengraben, nachdem unsere Nerven vom andauernden Donner der Geschütze vollständig zermürbt waren, wurden wir endlich abgelöst. Eine Woche lang sollten wir in der Etappe bleiben. Die Etappe befand sich ungefähr 25 Kilometer von der Front entfernt auf einer Anhöhe von 1600 Metern. Es war am zweiten Tag nach der Ablösung. Wir lagen in den Baracken, noch vollständig erschöpft, und der Hunger nagte. Vom schwarzen Kaffee-Ersatz und dem ungenießbaren Dörrgemüse, das ohne Fett zubereitet war, ging uns schon die Galle heraus. Dazu kamen noch die Briefe, die wir von der Heimat erhielten. Hunger, Hunger, nichts als Hunger. Wir lagen in den Baracken, und viele von uns hatten Fieber. Das Wetter war trostlos.

Plötzlich kam die Meldung, daß kaiserliche Hoheit zur Inspizierung komme. Wir mußten das Lager verlassen, wie immer in solchen Fällen wurden uns in Reserve gehaltene Uniformen zur Verfügung gestellt, damit wir schön sauber aussehen. Kaiserliche Hoheit kam in Begleitung mehrerer Offiziere des Generalstabes. Wir alle, die wir vor zwei Tagen von der Front zurückkamen, erhielten den Befehl, uns so zu halten, daß der Herr Prinz den besten Eindruck von uns gewinnen soll. In Wirklichkeit waren wir nach den ausgestandenen Strapazen der letzten Wochen und nach dieser fürchterlichen Kost kaum noch in der Lage, uns auf den Beinen zu halten.

Kaiserliche Hoheit kam. Es war das übliche Bild, wie bei allen ähnlichen Paraden. Die Etappenhengste erhielten Auszeichnungen, über uns wurde eine Ansprache losgelassen vom Heldentod fürs Vaterland. Und dann kam das übliche Gelage. Ein Gelage nicht für uns, sondern für die Offiziere. Man soff bis in die späte Nacht hinein. Währenddessen goß es in Strömen. Alles war aufgeweicht, keine Straße mehr, kein Steg.

Kaiserliche Hoheit wollte wieder zurück ins Hinterland. Bis zur nächsten Bahnstation waren es ungefähr 15 Kilometer. An eine Fahrt mit einem Auto war nicht zu denken. Ein Auto hätte auch nicht einen Schritt weiterkommen können. Die Offiziere waren total betrunken und lagen unter dem Tisch. Nur kaiserliche Hoheit war noch soweit, daß er, wenn auch schwankend, gehen konnte.

Er muß unbedingt zur Bahnstation. Aber wie? Zwei Pferde standen zur Verfügung. Eines wurde für kaiserliche Hoheit gesattelt und das andere für einen Major. Aber der Major lag unter dem Tisch und schnarchte. Alles Wecken nutzte nichts. Also wurden wir zwei Mann aufgefordert, den Prinzen zur Bahnstation zu bringen. Der Prinz auf einem Pferd, wir daneben zu Fuß. Als wir so zwei Kilometer marschiert waren, kamen wir an einen Bach, den wir überschreiten mußten. Normal war es ein kleines Bächlein. Infolge der Regengüsse war dieses Bächlein zu einem reißenden Strom angeschwollen.

Der Prinz ritt mit seinem Pferd in den Bach hinein, verlor das Gleichgewicht und fiel ins Wasser. Während ich und mein Kollege in diesem kalten Wasser schwammen, um ans andere Ufer zu kommen. Plötzlich stürzte sich der Prinz auf meinen Kollegen, packte ihn am Hals und riß ihn mit sich. Er tat dies offenbar, um sich selbst zu halten. Aber dadurch, daß er ihn am Hals packte, raubte er ihm jede Atemmöglichkeit, und es bestand die Gefahr, daß beide ertranken. Mit schwerer Mühe nur gelang es mir, beide aus dem Wasser zu ziehen. Triefend vor Nässe, langten wir am nächsten Morgen bei der Bahnstation an.

Hier versammelte der Prinz um sich die höheren Offiziere und Pressevertreter und erzählte ihnen die Geschichte, daß mein Kollege ins Wasser gestürzt wäre und er unter Einsatz des eigenen Lebens ihn aus dem Wasser gerettet hätte. Und die Zeitungen sangen, wie gesagt, Lobeshymnen auf den tapferen kaiserlichen Sprößling, der an der Front solche Heldentaten vollbracht hätte.

Leo.

Die Turnhalle in Eisleben

nach dem Ueberfall der Nazis. So haben sie dort gehaust.

Flugzeughalle bei Neuyork durch Großfeuer zerstört

Zahlreiche Flugzeuge verbrannt

Neuyork, 15. Februar. Die große Flugzeughalle auf dem Flugplatz Rooseveltfield auf Long Island ist durch ein Großfeuer vernichtet worden. Dabei verbrannten neun wertvolle Amphibien-Flugzeuge und mehrere Lehrflugzeuge. Die Ursache des Brandes ist in Versuchen mit Kalziumfackeln zu suchen. Der Schaden ist beträchtlich, doch soll er größtenteils durch Versicherung gedeckt sein.

Explosionsunglück

Ein Todesopfer

Nürnberg, 15. Februar. Im Holzsägewerk des Baugeschäfts Krämer in Ochsenfurt (Unterfranken) brach am Dienstag Feuer aus, das auf die Maschinenanlage übergriff. Dort explodierte infolge der Hitze der Preßluftbehälter der Motorenanlage. Das Verschlußstück wurde in die Luft gerissen und verletzte beim Niederfallen eine etwa 80 Meter entfernt stehende 66jährige Frau tödlich. Durch die Explosion geriet auch eine mit Futtervorräten gefüllte Scheune in Flammen.

Kohleneisenbahn im Nordpolargebiet der Sowjetunion

Moskau, 15. Februar. Die Vorarbeiten für den Bau einer Eisenbahnstrecke jenseits des nördlichen Polarkreises — von dem Kohlenbecken am Laufe des in das nördliche Eismeer mündenden Petschora-Flusses bis zur Jugorschen Meerenge an der Eismeerküste — sind im Gange. Die Kohle in den an der Petschora entdeckten Lagerstellen steht in ihrer Wärmeergiebigkeit hinter der Donezkohle nicht zurück. Durch den Bau dieser Eisenbahn wird die Kohlenversorgung der Nordhäfen der Sowjetunion stark verbilligt werden können. Aber auch für die Erschließung der übrigen Bodenschätze jenseits des Polarkreises — Kupfer, Eisen usw. — ist diese Eisenbahn von großer Bedeutung.

Die neue Eisenbahnstrecke wird rund 325 Kilometer lang sein und in drei Jahren vollendet werden.

In Lyon wurde wegen Unterschlagungen in Höhe von mehreren Millionen Franken der Inhaber des 1925 gegründeten Bankhauses Patissier, das sechs Filialen unterhält, verhaftet.

★

Der seit 1931 aus Hameln nach Unterschlagung von 30 000 Mark flüchtige Sparkassenrendant Karl Seemann wurde in Wien verhaftet. Er hatte nur noch 30 Mark bei sich.

Befreit die Meerut-Gefangenen!

In London hat sich ein Internationales Komitee zur Befreiung der Meerut-Gefangenen gebildet, das folgenden Aufruf erläßt:

Am 19. März werden es vier Jahre, daß in Indien 31 Arbeiter und Intellektuelle verhaftet wurden unter der Beschuldigung der Mitgliedschaft in Gewerkschaften und kommunistischer Gesinnung.

Am 16. Januar wurden 27 der Angeklagten vom Meeruter Klassengericht zu insgesamt 176 Jahren Kerker und Deportation verurteilt, einzelne darunter zu 10, 12, 15 Jahren und einige zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen.

Das Urteil hat mit Recht in der ganzen Welt Empörung und Entsetzen hervorgerufen.

Die Gewalthaber in Indien gehen in der barbarischsten Weise gegen die indische Freiheits- und Arbeiterbewegung vor.

Nicht weniger als 80 000, unter ihnen viele Anhänger der Bewegung für Gewaltlosigkeit, sitzen in den Gefängnissen, darunter mehr als 400 politische Gefangene, die im Jahre 1915 in Bengalen und Punjab bei den damaligen Freiheitsbewegungen verhaftet wurden.

Arbeiter, Künstler, Wissenschafter, Frauen und Männer in der ganzen Welt, erhebt eure Stimme und euern Protest gegen das barbarische Klassenurteil in Meerut!

Bildet überall Komitees für die Befreiung der Meerut-Gefangenen! Führt Sammlungen durch zur Organisierung der Unterstützung und Verteidigung der Meerut-Gefangenen und zur Entsendung einer europäischen Delegation nach Indien!

Versäumt keine Stunde, fordert in Versammlungen und Kundgebungen die Freilassung aller politischen Verhafteten und Gefangenen Indiens! Fordert die sofortige Freilassung der Meerut-Gefangenen!

Gewaltstreich der Regierung gegen die Sofioter Kommune

Sofia, 15. Februar. Das Sofioter Kreisgericht hat in seiner Plenarsitzung entsprechend dem Antrag des politischen Staatsanwalts die am 25. September 1932 gewählte Arbeitermehrheit der Sofioter Gemeinde suspendiert. Zur Begründung wird Artikel 20 des Staatsschutzgesetzes herangezogen, wonach „Anhänger kommunistischer, anarchistischer und sonstiger Gewaltmethoden des öffentlich-politischen Kampfes nicht Mitglieder von öffentlichen Wahlkörperschaften sein dürfen".

Die Suspendierung betrifft 15 von den 19 Vertretern des Werktätigen-Blocks; vier Arbeitervertreter, für welche das Polizeimaterial nicht ausreichte, um auch ihnen gegenüber das Staatsschutzgesetz anzuwenden, wurden bestätigt, so daß der Gemeinderat aus 20 Mitgliedern statt der gesetzlich vorgeschriebenen 35 bestehen wird. Auch wenn die annullierten Arbeitermandate nicht unter die bürgerlichen Parteien verteilt werden (diese Frage ist juristisch vorläufig noch nicht entschieden), so ist die bürgerliche Gemeindemehrheit — bestehend aus zwölf Mandaten des Regierungsblocks und vier des Zankowschen Sgowors — gesichert.

Die Vorgeschichte dieses unerhörten Beschlusses ist in unserer Presse mehrfach gewürdigt worden. Bekanntlich errang die Arbeiterpartei Bulgariens bei den am 25. September 1932 durchgeführten Gemeindewahlen in der Hauptstadt Bulgariens trotz dem schärfsten Terrorfeldzug gegen sie die absolute Mehrheit, und Sofia wurde die erste rote Balkanmetropole. Es setzten daraufhin seitens der gesamten Bourgeoisie und ihres Machtapparates systematische Treibereien ein, um eine Annullierung des Wahlergebnisses zu zwingen.

Die Arbeiterpartei ruft zu Massenprotestaktionen und Streiks auf!

Die erste Schlacht in Leticia

Bogota (Kolumbien), 15. Februar. Der Krieg zwischen Peru und Kolumbien um das Grenzgebiet von Leticia ist nunmehr in vollem Gange. Der Hafen ist von einem kolumbischen Kriegsschiff bombardiert worden. Das Bombardement wurde von einem peruanischen Flugzeug beantwortet, das mehrere Bomben auf das kolumbische Kanonenboot „Cordoba" abwarf. Angeblich sollen die kolumbischen Truppen die Stadt Tarapaza in unmittelbarer Nähe von Leticia bereits erobert haben.

Riesiger Bankkrach in USA.

600 Banken schließen die Schalter — Enteignung tausender kleiner Sparer — Ungeheure Verschärfung der Wirtschaftskrise in USA. und Deutschland

Neuyork, 15. Februar. In den Vereinigten Staaten ist ein riesiger Bankenzusammenbruch erfolgt, der in seiner Bedeutung nur verglichen werden kann mit dem großen Börsensturz von Wallstreet im Jahre 1929, der das sichtbarste Symptom der damals beginnenden großen Weltwirtschaftskrise war. Sämtliche Banken im Staate Michigan, die insgesamt ein Kapital von 1,6 Milliarden Dollar besitzen — es handelt sich um etwa 600 Banken — haben ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt und die Schalter geschlossen. Der Gouverneur des Staates Michiga hat für sämtliche Banken des Landes einen einwöchigen Zahlungsaufschub verfügt, der sich auf alle Verpflichtungen der Banken bezieht.

Der Bankenzusammenbruch von Michigan hat naturgemäß in allen Teilen der Vereinigten Staaten die größte Panik hervorgerufen. Da diese Banken aufs engste verbunden sind mit der Ford-Motor-Comp., so haben diese Aktien der Ford-Werke und alle anderen Automobil-Aktien einen noch nie erlebten Sturz erfahren.

Selbstverständlich ist der große Bankenzusammenbruch im Staate Michigan nicht die Ursache, sondern das Symptom der sich, trotz aller Prophezeiungen der kapitalistischen Professoren, aufs äußerste verschärfenden Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit ist nach offiziellen Zahlen der bürgerlichen Statistik in den Vereinigten Staaten auf über 17 Millionen gestiegen, wobei man getrost sagen kann, daß es in Wirklichkeit über zwanzig Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten gibt. Die Kapitalisten, und an der Spitze Ford, versuchen durch eine ungeheuerliche Lohnabbau-Offensive, die auch die Ursache der letzten großen Streiks in den Ford-Werken war, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu steigern und die Lasten der Krise restlos auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Besonders ist es die englische Konkurrenz, die nach Verlassen des Goldstandards dem amerikanischen Kapitalismus am meisten zu schaffen macht. Deshalb fordert auch die amerikanische Regierung als Voraussetzung für einen Schuldennachlaß von England die Rückkehr zum Goldstandard. Die Wirtschaftskrise erfaßt jetzt die Finanzen der amerikanischen Hochburg des Kapitalismus und das Symptom der tiefen Erschütterung des Finanzsystems ist der riesige Bankenkrach von Michigan.

Natürlich wirkt sich dieser Bankenkrach in einer weiteren Verschärfung der Krise aus, da durch ihn zahllose kleinbürgerliche Existenzen vernichtet werden. Es ist bezeichnend, daß nach den vorliegenden Nachrichten Ford rechtzeitig seine Einlagen in den Banken von Michigan zurückgezogen, so daß die Leidtragenden des Bankenkrachs in erster Linie die kleinen Sparer sind. Und dieser Ford wird von den Nationalsozialisten als das Vorbild eines „nationalen Wirtschaftsführers" sogar in ihrem Programm gepriesen.

Daß der Bankenkrach seine krisenverschärfende Wirkung nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt, ist selbstverständlich. Besonders Deutschland, dessen kapitalistische Wirtschaft durch das amerikanische Finanzkapital weitgehend durchsetzt ist, wird die Verschärfung der Krise bereits in kurzer Zeit zu spüren bekommen. Neue, furchtbare Angriffe auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen Deutschlands werden die Folge sein. Die Machtmittel der faschistischen Diktatur sollen zur Durchführung des weiteren Lohnabbaus, eines allgemeinen Abbaus aller schon jetzt kümmerlichen sozialen Rechte der Werktätigen Deutschlands eingesetzt werden. Kein Wunder also, daß die Presse des amerikanischen Kapitalismus die Regierung Hitler-Hugenberg äußerst beifällig begrüßt.

Erfolge der streikenden Eisenbahner

Großer Teil ihrer Forderungen bewilligt — Auch Militär ist machtlos — Verschärfung der revolutionären Kämpfe in ganz Rumänien

Bukarest, 15. Februar. Der mit bewaffneten Kämpfen gegen die faschistische Staatsmacht verbundene große Eisenbahnerstreik von Klausenburg hat heute eine weitere Verschärfung dadurch erfahren, daß die Regierung ein Regiment Infanterie und eine Kompagnie Gendarmerie gegen die streikenden Arbeiter aufgeboten hat. Das Militär umzingelte die von den Eisenbahnern besetzten Werkstätten und richtete die Maschinengewehre auf den Eingang der Betriebe. Die Eisenbahner verließen jedoch ihre Stellungen nicht und der Kommandant der Klausenburger Garnison mußte einsehen, daß mit Gewalt der Betrieb nicht zurückerobert werden konnte. Unter diesen Umständen sah sich die Eisenbahnverwaltung gezwungen, die Lohnforderung der Eisenbahner anzuerkennen. Die Forderung der Eisenbahner auf das Recht, einen Betriebsrat einzusetzen, wurde zwar abgelehnt, jedoch erklärte sich die Eisenbahnverwaltung bereit, Vertrauensleute der Eisenbahner anzuerkennen. Die fünf verhafteten kommunistischen Eisenbahner wurden freigelassen, jedoch nicht wieder eingestellt.

Unter diesen Umständen erklärten sich die Eisenbahner bereit, den Betrieb zu räumen und marschierten im geschlossenen Zuge in die Stadt. Dort schlossen sich Tausende und aber Tausende von Arbeitern, fast die Arbeiterschaft der gesamten Stadt, der Demonstration an. Die Demonstranten zogen vor die größte Ledersabrik der Stadt und forderten die Belegschaft dieses Betriebes auf, ebenfalls in den Streik zu treten. Der Betrieb wurde stillgelegt und die Arbeiter der Ledersabrik beteiligten sich an der Demonstration.

Die Kommunistische Partei, die in Rumänien schon seit langem verboten ist und aufs blutigste verfolgt und unterdrückt wird, steht an der Spitze des gewaltigen Kampfes, der weit über den Charakter einer lokalen Streikbewegung hinausgeht und die Bedeutung einer großen revolutionären Aktion erhält, insbesondere angesichts der Tatsache, daß die Kämpfe von Klausenburg den Kämpfen der Arbeiter und Bauern im ganzen Land einen gewaltigen Aufschwung geben.

Arbeitslosendemonstrationen im „Dritten Reich" Mussolinis

Italienische Grenze, 15. Februar. Der große Baumwollbetrieb „Valseriana" in der Proviez Bergamo, der früher über 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte, ist seit einigen Monaten geschlossen. Elend und Hunger sind unter der Arbeiterschaft sehr groß. Einige Tausende Erwerbslose haben eine Protestdemonstration durchgeführt, wobei die Behörden erklärten, um die Unzufriedenheit der Arbeiter zu mildern, der Betrieb werde seine Tore wieder öffnen. Die Manifestanten wollten sich aber nicht mit Versprechungen begnügen und haben danach eine gewaltige Aktion vor dem Stadtgebäude durchgeführt. Aus Bergamo und Mailand wurden große Polizeitruppen geschickt und mehrere Arbeiter wurden verhaftet.

Michael Tschumandrin

Roman aus dem Russischen

Der weiße Stein

16. Fortsetzung

„Ich bin Karaulow, den die Putilowwerke hierher geschickt haben . . ." sagte er, jäh die Faust hochstreckend und etwas von oben herab. „Mit einem Wort, ich bin an diesen Breschen nicht schuld, da ich erst vor drei Tagen angekommen bin, aber ganz egal, ich mache beim Subbotnik mit. Schickt mich, wohin ihr wollt!"

Unter den Versammelten entstand Bewegung.

— Jetzt kommt's . . . dachte Andrej, zwang sich zur Ruhe und knöpfte die Bluse zu. Ihm schien, daß der Umschwung da sei, daß man Mühe haben würde, bei der Registrierung all der Bereitwilligen mitzukommen.

Doch nach wie vor rührte sich niemand vom Fleck. Nur daß im Zimmer Gespräche entstanden, als wäre die Versammlung zu Ende und man könnte nun mal nach Herzenslust plaudern. Zwei Zureicher, die neben Opotschinski saßen, begannen ein lautes und offenherziges Gespräch über ihre Familienverhältnisse, jeden Augenblick in ihren Reden die gemeinsten und gleichgültigsten Flüche einflechtend. Als ob es hier nie eine Versammlung gegeben hätte und man nicht eine bluternste Frage besprochen hätte.

Es hätte nicht viel gefehlt und Andrej wäre wahrscheinlich aufgesprungen, hätte dieser unzuverlässigen Gesellschaft die gröbsten Schimpfworte an den Kopf geworfen und wäre, die Tür voll Verzweiflung hinter sich zuschlagend, aus dem Zimmer gestürzt, um nie wieder hierher zurückzukehren — so einen Charakter hatte er nun mal.

Doch in diesem Augenblick schob sich Lokotew seitwärts in die Mitte des Zimmers und brachte seinen schmalen metallenen Gürtel in Ordnung.

„Was für ein Schuft und Lump muß man sein . . .", sagte er mit Nachdruck, mit der schweren Gürtelschnalle spielend, „um in einer solchen Zeit ruhig vor sich hinzuspucken und gleichgültig die Dinge zu betrachten. Ich gebe hiermit das Versprechen: bis ich die dreifache Norm nicht abtransportiert habe, komme ich nicht nach der Garage zurück! Ich werde mit meinem Hammer kein einziges Mal meinen „Autocar" berühren — er wird ohne Unfall, ohne Fehler die Sache schaffen. Kinder, könnt ihr's denn zulassen? Nehmen wir zum Beispiel Wanja Lissowski . . ."

„Unbedingt . . ." sagte Wanja, ohne zu Ende zu hören.

„Das gibt es einfach nicht, daß wir nicht begreifen, was man von uns verlangt . . ." begann wiederum hochtrabend Karaulow. Es schien, als ob der Ton seiner Worte durch das Bewußtsein seiner Ausnahmestellung eines Putilow-Arbeiters bedingt wäre. „Wir Leningrader, wir werden selbstverständlich alle, wie ein Mann erscheinen."

„Na, und erscheine wie ein Mann!" schrie Salow, der wieder im Zimmer aufgetaucht war, mit hysterischer Stimme. — „Wo hast denn du damals gesteckt, als wir hier litten und beinahe am Skorbut verreckten? Als wir nichts zu fressen hatten als fauliges Kraut? Wo warst du damals, Bürschchen?"

Karaulow unterdrückte rasch die Verwirrung, die ihn überfallen hatte, und schritt auf ihn zu. Aber Malkow streifte den Ellenbogen Karaulows.

„Verzeihung! . . ." sagte Malkow drohend. „Erzähle nicht Dinge, die es nie gegeben hat, Salow!"

Er war wie verwandelt. Etwas war mit ihm vorgegangen, was weder Opotschinski, noch Lokotew, noch die anderen begreifen konnten. Salow begann hastig zu flüstern, aber Malkow schwieg, den Kopf zu Boden gesenkt und seinen Körper leise hin- und herwiegend. Salow fuhr fort, zornig und zusammenhanglos auf Malkow einzureden, doch dieser wahrte sein Schweigen.

„Ich habe natürlich nicht ganz richtig gehandelt . . ." begann abermals Opotschinski, den Lärm im Zimmer überschreiend. „Der General Sidorin hat damit nichts zu schaffen. Nur eins schmerzt mich, daß ich hier solche Worte brauchen muß, als verständet ihr alle nichts und als wäre euch diese Gegend nicht teuer."

„Zum Kuckuck mit dieser Gegend!" . . . brüllte, Händel suchend Salow, aber er fand keinen Anklang. Er begann wieder mit Malkow zu flüstern, aber jener blieb nach wie vor zerstreut und mürrisch.

Da sagte Opotschinski, der bereits seine Bluse in Ordnung gebracht und den Gürtel straff umgeschnallt hatte, mit einer Stimme, aus der man deutlich den Wunsch heraushörte, so bald wie möglich mit der unangenehmen Pflicht zu Ende zu kommen:

„Wer stimmt für die Einberufung eines Subbotniks?"

Nur vereinzelte Hände gingen in die Höhe.

„Die Mehrheit!" rief aufgeregt Lissowski. „Die Sache ist in Ordnung."

Er wollte die Versammlung rasch beenden — er konnte es nicht glauben, daß der Subbotnik durchfalle.

Eine dumpfe Unruhe lief durch die Reihe der Arbeiter.

„Mach keine Dummheiten . . ." unterbrach Lokotew geringschätzig seinen Kameraden. „Bis zur Mehrheit ist es so weit wie bis nach Murmansk."

„Ja, bis zur Mehrheit ist es hier so weit wie bis Murmansk", wiederholte voll Bitterkeit Opotschinski. „Ach, Kinder, Kinder! Was seid ihr doch für Lumpen, und wozu habt ihr mich in diese verfluchte Garage gesetzt?"

Er nahm eilig seine Papiere zusammen, steckte sie, ohne hinzusehen, in die Tasche seiner Bluse und trat, die Arbeiter sanft beiseite schiebend, ins Freie. Sofort bedeckte sich das Gesicht Andrejs mit schweren Schweißtropfen, die zum Kinn herabrannen.

Sidelkin hatte Andrej eingeholt und blickte ihm freundlich in die Augen.

„Nun, was sagst du zu den Burschen?"

„Und du?" — fragte voller Scham, als ob er sich für ewig mit Schmach bedeckt habe, Andrej, „du kommst doch?"

„Wenn alle kommen — gewiß. Aber so — ich hab's nicht nötiger als die andern."

Der Ausdruck seines Gesichts deuchte Andrej so ekelhaft, daß er, wenn nicht seine verantwortliche Stellung gewesen wäre, diesen Sidelkin einfach niedergeschlagen hätte.

Opotschinski bezwang sich und schwieg. Er fühlte, wie er am ganzen Leibe zitterte und wie seine Zähne leicht und klappernd aufeinanderschlugen.

Er hörte einen wüsten Lärm aus der Roten Ecke und blickte durch die Scheiben. Um den Tisch drängten sich die Arbeiter, sie unterzeichneten sich auf einem großen Blatt. Nur wenige standen an den Wänden entlang und blickten abwartend auf die andern.

Andrej war alles gleich. Er machte eine abwehrende Handbewegung, schritt die Stufen hinab und wandte sich zum See, der festumrissen und klar im gleichgültigen Licht der Polarsonne ausgebreitet lag.

Andrej schien es, als ob der Lärm aus der Roten Ecke ihn einhole, daß er immer lauter und wütender wurde, und daß es unmöglich sei, diesem Lärm zu entrinnen.

(Fortsetzung folgt.)

Betrieb und Gewerkschaft

RGO — Brot, Arbeit, Freiheit

Nazi-Streik-Bruch-Organisation und die Betriebsrätewahlen

Trotz der bevorstehenden Reichstags-, Landtags- und Gemeinderats-Wahlen darf die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen keine Benachteiligung erfahren. Die Entscheidung um Sein oder Nichtsein der Hitler-Regierung fällt nach wie vor in den Betrieben. Das weiß auch Hitler. Darum sprach er in seiner inhaltslosen Berliner Rede im Sportpalast davon, daß der deutsche Arbeiter „als zweiter Grundpfeiler unseres Volkstums" wieder zurückgewonnen werden müßte. Die schlesische Nazipresse brachte einen Artikel aus dem „Arbeitertum" von Bziallas zum Abdruck, in dem großsprecherisch angekündigt wird: „Die Betriebsrätewahlen 1933 bringen den Einbruch in den Marxismus." Was alle bisherigen Parlamentswahlen nicht brachten, das sollen also die Betriebsrätewahlen bringen.

Deshalb den gewaltigen Aufwand der Nazis an Phrasen und ganz erbärmlicher Demagogie anläßlich der diesjährigen Betriebsrätewahlen. Die Nazis wollen mit Hilfe ihrer gelben NSBO., mit Hilfe dieser Nazi-Streik-Bruch-Organisation in die Betriebe eindringen. Diese Bestrebungen dürfen von den Anhängern der RGO., insbesondere in Schlesien, nicht unterschätzt werden. Schon die Tatsache, daß es den Nazis möglich ist, in den Betrieben überhaupt Listen aufzustellen, ist eine ernste Gefahr für die Arbeiterschaft, ist eine direkte Gefährdung für die wenigen Rechte, die der Arbeiterschaft noch im Rahmen des Betriebsrätegesetzes geblieben sind. Dagegen gilt es sofort die gesamte freigewerkschaftlich organisierte und die unorganisierte Arbeiterschaft in den Betrieben zu mobilisieren.

Einheitsfront aller Arbeiter gegen den Betriebsfaschismus! Einheitslisten gegen die NSBO.-Listen, deren Kandidaten Lakaien der Lohnräuber sind!

Nazi wollen Betriebsräte zu Handlangern der Unternehmer degradieren

Betriebsräte sind Organe der proletarischen Demokratie innerhalb der Betriebe, die laut dem Betriebsrätegesetz „zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) dem Arbeitgeber (Unternehmer) gegenüber — — — in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen, zu errichten sind". Wie verhält sich die NSDAP. gegenüber den Betriebsräten? Hitler führt in seinem Hauptwerk „Mein Kampf" S. 193 folgendes aus:

„Eine Weltanschauung, die sich bestrebt, unter Ablehnung des demokratischen Massengedankens dem besten Volk, also den höchsten Menschen diese Erde zu geben, muß logischerweise auch innerhalb dieses Volkes wieder dem gleichen aristokratischen Prinzip gehorchen und den besten Köpfen die Führung und den höchsten Einfluß im betreffenden Volke sichern. Damit baut sie nicht auf dem Gedanken der Majorität, sondern auf dem der Persönlichkeit auf."

Die Betriebsräte sind aber im Prinzip Organe gerade dieses „demokratischen Massengedankens", gegen den Hitler zu Felde zieht. Alles Geschrei der NSBO. über ihre „positive Einstellung" zu den Betriebsrätewahlen kann an der Tatsache nichts ändern, daß die Nazis grundsätzliche Feinde der Betriebsrätebewegung sind. Die Betriebsräte sollen, nach dem Programm der NSDAP., ihrer Rechte beraubt und zu bloßen Handlangern des profitlüsternen Unternehmertums degradiert werden. Das geht sehr deutlich aus der Schrift „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich", geschrieben von Dr. Alfred Pfaff, Mitglied des Reichswirtschaftsrats der NSDAP., hervor, in der es heißt: „Wir werden somit innerhalb jeden Betriebes einen Betriebsrat beibehalten, in welchem außer den Arbeitnehmern auch die Arbeitgeber (!) vertreten sein müßen. Eine Parität in der Zahl kommt nicht in Betracht, und ebensowenig können dort etwa Entscheidungen durch Mehrheitsbeschlüsse (!) erfolgen. Denn der Sinn der Ständevertretung liegt ja, neben der freien Entwicklungsmöglichkeit, in erster Linie darin, die heute noch überall wirksame Zerspaltung in den Massen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu beseitigen und an ihrer Stelle deren Verschmelzung zu einer natürlichen, auf Gedeih und Verderb miteinander verbundenen Arbeitsgemeinschaft wieder herzustellen." (Seite 14.)

Hier hören wir aus dem Munde der Nationalsozialisten die alte Phrase von der „Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer" wieder, mit der die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokratie so sehr Bankrott gemacht haben. Die NSBO. will also innerhalb dem Betriebsrat auch den Unternehmer vertreten haben! Das bedeutet

dem Unternehmer das Recht einräumen, die Betriebsräte nach seinem Willen zu kommandieren.

Daß dabei keine „Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer" mehr möglich ist, das wird jedem Arbeiter, auch dem NSBO.-Arbeiter, vorausgesetzt, daß er die wahren Verhältnisse im Betrieb zwischen Unternehmer und Arbeiter kennt, einleuchten.

Die Bürokratie des ADGB. und die Nazi-Ideologie

Damit im Zusammenhang ist die Stellungnahme der Gewerkschaftsbürokratie des ADGB. zu diesen Fragen interessant. Leipart sowohl als auch Nörpel haben auf der zusammengeschobenen Betriebsrätekonferenz des ADGB. und des AfA.-Bundes am 22. Januar erneut den dummdreisten Versuch gemacht, die Kommunisten dadurch vor der Arbeiterschaft zu diskreditieren, daß sie diese im Zusammenhang mit den Nazis nannten. Dabei ist ihnen nur die Ungeschicklichkeit passiert, ihre Verwandtschaft zu der klassenversöhnlerischen Arbeitsgemeinschafts-Ideologie der Nazis allzu offen zu zeigen. Nörpel war es, der in seinem Vortrag „Die Betriebsräte in der Wirtschaftskrise" nicht etwa aufzeigte, daß die Betriebsräte heute nur durch den schärfsten Klassenkampf im Betrieb ihren Aufgaben „zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer" gerecht werden können, sondern der derselben Arbeitsgemeinschaftspolitik wie die Nazis das Wort redete. Nörpel brachte den irrsinnigen Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 wieder ans Tageslicht, der ausschließt, daß „die Betriebsräte die Forderungen und Ziele der Arbeiter zur Durchführung bringen" könnten. Statt dessen spricht Nörpel und auch der Aufruf dieser Konferenz von „rein sachlicher Arbeit", die die Betriebsräte streng im Rahmen des Reichsbetriebsrätegesetzes zu leisten haben, in dem unter anderem auch geschrieben steht, daß der Betriebsrat die Aufgabe habe, „die Betriebsleitung (also den Unternehmer) durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit (also Antreiberei) der Betriebsleistungen zu sorgen".

Indem sich die Gewerkschaftsbürokratie auf diesen Punkt des RBG. beruft, um die Betriebsräte im Rahmen „sachlicher Arbeit" zu halten, stellt sie sich auf den Boden der Ideologie der Nationalsozialisten und liefert die letzten Rechte samt der Arbeiterklasse dem Faschismus aus.

Um das zu verhindern, rufen wir alle Kollegen auf, die gewerkschaftlichen Betriebsrätelisten zu Einheitslisten zu gestalten, auf denen die besten revolutionären Kollegen kandidieren müssen!

Einheitslisten gegen Betriebs-Faschismus

Die Betriebsräte können ihre Aufgaben „zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer" nicht in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmer, sondern nur im schärfsten Klassenkampf um die täglichen Forderungen der Belegschaft erfüllen. Das Betriebsrätegesetz kam zustande in einer Periode der sozialen Reformen, die der Sozialdemokratie zur weiteren Beeinflussung der Arbeiterklasse als Dank dafür gegeben wurden, daß sie den Anprall, den Massensturm der Arbeiterklasse im Jahr 1918/19 gegen das kapitalistische System aufgehalten hat. Dieses Betriebsrätegesetz atmet neben einigen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse den Geist der Wirtschaftsdemokratie, der Arbeitsgemeinschaft. Dieser Geist aber hat angesichts der zu Ende gegangenen teilweisen kapitalistischen Stabilisierung bankrott gemacht. Den Sozialfaschisten wird es auch im Zusammenspiel mit ihren Verwandten vom anderen Lager des Faschismus nicht gelingen, die Klassen in Deutschland „auszusöhnen", um dadurch den Kapitalismus am Leben zu erhalten. Es kann nur einer existieren:

Der Kapitalismus, die faschistische Diktatur oder aber der Sozialismus, die Arbeiterklasse, die proletarische Diktatur. Im Dienst für den Sieg des letzteren müssen auch die Betriebsräte stehen. Das ist die Richtschnur für unseren Betriebsrätewahlkampf, für die Eroberung der gewerkschaftlichen Listen durch die Opposition, für den Kampf um den Sieg der Einheitslisten!

F. DAVID:

IST DIE NSDAP EINE SOZIALISTISCHE PARTEI?

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der NSDAP.
200 Seiten. Organisationspreis 1.60 Mark.

Im Dritten Reich Adolf Hitlers

Hugenberg als Diktator über die Löhne

Mit der Kanzlerschaft Hitlers hat sich die NSDAP. offen als eine großkapitalistische Partei entlarvt. Vorbei ist die Zeit, in der Adolf Hitler von sich sagte: „Ich bin Sozialist, weil es mir unverständlich erscheint, eine Maschine mit Sorgfalt zu pflegen und zu behandeln, aber den edelsten Vertreter der Arbeit, den Menschen selbst verkommen zu lassen."

Hitler hat jetzt dem Großkapitalisten Hugenberg nicht nur das Reichswirtschaftsministerium, sondern auch das Tarifwesen übertragen. Hugenberg ist damit zum Diktator über die Löhne, über die Arbeitsbedingungen und sozialen Unterstützungen geworden. Hugenberg inhaftiert die Schlichter, er hält die Zeit für gekommen, seine Pläne durchzuführen.

In dieser Zeit der Hugenberg-Herrschaft über die Arbeitsbedingungen muß sich Hitler selbst Lügen strafen, wenn er früher im „Völkischen Beobachter" schrieb: „Jeder berechtigte Lohnanspruch muß seine Verteidigung finden. . . . Wenn man heute einen wirtschaftlichen Streik macht, um der deutschen Industrie klar zu machen, daß die Erfüllungspolitik ein Ende zu nehmen hat, dann ist das zu rechtfertigen."

Kann es für die Arbeiterschaft überhaupt ungerechtfertigte Streiks geben? Niemals! Diese Klausel der Nazi führer zeigt deutlich, welchen Zwecken die NSBO. dient. Sie dient niemand anders als dem Großkapitalisten Hugenberg, der von Hitler zum Diktator über die Löhne ernannt wurde. Noch klarer ersehen wir diese Tatsache aus folgendem Absatz aus der Verfügung der Reichsleitung der NSDAP., Hauptabteilung 6, vom 31. Juni 1932:

„Ausgesprochene politische Streiks, die lediglich mit dem Deckmantel wirtschaftlicher Forderungen umgeben sind, lehnen wir in vollster Verantwortlichkeit . . . rundweg ab."

Die Nazis mit ihrer NSBO. lehnen den politischen Streik ab, das heißt, sie verzichten auf den Kampf gegen die Ausbeuter, gegen die Finanzgewaltigen und Bankhyänen. Alle ihre bisherigen „Kampfansagen" waren nichts anderes als demagogische Manöver. Aus diesem Grund wurde den NSBO.-Zellen jedes selbständige Handeln unmöglich gemacht. Nicht die geringste Kampfhandlung dürfen die Nazi arbeiter durchführen. Besondere Bestimmungen rauben den Mitgliedern der NSBO. jedes Recht der eigenen Entscheidung.

Hier der Beweis. Der Gau-Hauptabteilungsleiter 6, Ohling, hat Anweisungen herausgegeben über die Durchführung von Streiks, darin heißt es: „Sobald in einem Werk Lohnkürzungen durchgeführt werden, ist der Gau-Hauptabtl.-Leiter 6, Pg. Ohling, über diese Tatsache unverzüglich zu verständigen. Pg. Ohling allein entscheidet darüber, ob im Einzelfalle der Streik zur Durchführung gelangt oder nicht. Die einzelnen Untergliederungen der Gau-Hauptabteilung 6 (Betriebszellen) haben sich unter allen Umständen der eigenen Herausgabe von Kampfparolen zu enthalten."

Und am allerwenigsten dürfen die Naziproleten irgendwelche Einheitsfront mit den revolutionären Arbeitern bilden. Denn in diesen Anweisungen steht weiter: „Es ist in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen, daß verschiedene Untergliederungen der Hauptabtl. 6 sowie der NSDAP. auf eigene Verantwortung zusammen mit der KPD. bzw. der RGO. einen eigenen Kampfausschuß gebildet haben. Hierdurch sind nicht nur der Bewegung, sondern auch einzelnen Mitgliedern Nachteile entstanden. Diese Vorgänge veranlassen uns allgemein, sämtlichen NSBO.-Mitgliedern zu untersagen, sich in Zukunft an solchen Kampfausschüssen zu beteiligen."

Eindeutiger kann kaum bewiesen werden, daß die Nazi führer ihre Anhänger fernhalten wollen von den Kräften, die wirklich den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür organisieren. Die NSBO.-Mitglieder dürfen nicht kämpfen!

Die einzige Aufgabe, welche den NSBO.-Zellen gestellt wird, ist die Zerschlagung der revolutionären Organisationen der Betriebsarbeiter. Die NSBO. ist die Schutzgarde der Kapitalisten! Sie soll die Kampforgane der Arbeiterschaft zerstören, um dem Unternehmer seinen Raubzug gegen die Werktätigen zu erleichtern.

Das muß die klassenbewußte Arbeiterschaft in den Betrieben verhindern. Sie kann es nur, indem sie die Worte des Reichsleiters der RGO., des Genossen Schulte, befolgt, der auf der letzten Sitzung des Reichskomitees der RGO. zum Kampf gegen die NSDAP. erklärte:

„Dabei müssen wir viel energischer als bisher unseren Kampf um die Gewinnung der proletarischen Elemente der Nazibewegung für die proletarische Klassenfront führen, dabei müssen wir uns im klaren sein, daß auch hier die Aktion gegen den Klassenfeind das beste Mittel zur Loslösung der proletarischen und werktätigen Nazianhänger von ihrer Führung ist. Angesichts großer Aktionen gegen die Bourgeoisie muß die Nazibewegung, trotz der beispiellosen Demagogie der Führung, in Schwierigkeiten kommen, die sie dann nicht mehr zu meistern imstande ist."

Unser Sieg in der Bremen-Delmenhorster Jutespinnerei

In einer Zuschrift an die SPD.-Presse versucht die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes den Sieg der Einheitsliste in den Jutespinnereien Bremen-Delmenhorst abzuschwächen. Sie behauptet, daß die Reformisten im Bremer Betrieb Stimmen gewonnen hätten. In Wirklichkeit ist ein solcher Vergleich gar nicht möglich, weil seit der letzten Wahl im Bremer Betrieb Arbeiter entlassen wurden und Arbeiter aus dem Delmenhorster Betrieb nach dem Bremer Betrieb überführt wurden.

In der Jute, Bremen, hatte die rote Einheitsliste im Jahre 1931 die Mehrheit erobert. Sie bekam 433 Stimmen und 7 Mandate, gegenüber 253 Stimmen und 4 Mandaten der reformistischen Fraktion. In der Delmenhorster Jutespinnerei gelang es der RGO. damals nicht, eine Einheitsliste zu organisieren. Nur die Reformisten reichten eine Liste ein und besetzten damit alle 7 Mandate der Delmenhorster Jute.

Infolge der Wirtschaftskrise wurde die Delmenhorster Jutespinnerei dann stillgelegt, aber bald von der Bremer Jute übernommen, die einen Teil der Delmenhorster Arbeiter nach Bremen übernahm und den Delmenhorster Betrieb wieder eröffnete.

Jetzt, am 30. und 31. Januar 1933, fand die Neuwahl der Betriebsräte statt. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, die ausdrücklich getrennte Wahl von zwei verschiedenen Betriebsräten vorschreiben, ließ die Direktion kurzerhand einen gemeinsamen Betriebsrat für beide Betriebe wählen. Sie ging dabei von dem Gedanken aus, daß die Einheitsliste in Bremen ihre Mehrheit durch die Delmenhorster Stimmen verlieren würde und ein gemeinsamer Betriebsrat mit reformistischer Mehrheit für beide Betriebe zustande käme. Die Reformisten erhoben dagegen selbstverständlich keinen Einspruch und erklärten offen im Betrieb, daß es mit der roten Mehrheit auf der Bremer Jute aus sei. Die Vertreter der roten Einheitsliste erhoben gegen eine derartige Schiebung selbstverständlich den allerschärfsten Protest. Ihren Listenvertretern wurde darauf vom Wahlvorstand sogar erklärt, daß eine gemeinsame Wahl nicht beabsichtigt sei und getrennte Betriebsräte gewählt würden.

Erst am Wahltage selbst wurde den Vertretern der roten Einheitsfront erklärt, daß auch in Delmenhorst die Wahl stattfinde. Durch diese Schwindelmanöver hat man verhindert, daß in Delmenhorst überhaupt Propaganda gemacht wurde. Man organisierte dann von seiten der Unternehmer noch die Aufstellung einer dritten Liste, einer Mischmasch-Liste aus Gelben, Christen und nationalen Elementen, von der man nicht einmal weiß, ob die zur rechten Zeit eingereicht worden ist. Dadurch, daß man die Vertreter der Einheitsliste beschwindelte, hat man auch verhindert, daß der Vertreter der Delmenhorster Belegschaft auf der Einheitsliste kandidiere, während die Reformisten auf dem Laufenden waren und auf ihrer Liste Delmenhorster und Bremer Reformisten vereinigten.

Die Wahl selbst wurde, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, ebenfalls nicht während der Arbeitszeit, sondern nach Arbeitsschluß vorgenommen, um dadurch eine geringe Wahlbeteiligung herbeizuführen.

Alle diese Manöver haben weder der Direktion, noch den Reformisten etwas genutzt. Im Gegenteil!

Die Einheitsliste errang die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen

und damit auch die Mehrheit im gemeinsamen Betriebsrat für beide Betriebe. Sie erhielt im Arbeiterrat 6 Sitze und errang 394 Stimmen, die Reformisten erreichten 284 Stimmen und 5 Mandate, während die Mischmasch-Liste nur 27 Stimmen und kein einziges Mandat erhielt.

Die rote Einheitsliste wird also nach wie vor die Mehrheit und den Vorsitz in der Hand haben, erhält aber durch die gemeinsame Wahl des Betriebsrates jetzt das Recht, auch in Delmenhorst Betriebsversammlungen einzuberufen und wird diese Möglichkeit ausnutzen, um die Einheitsfront der beiden Belegschaften fest zu schmieden.

Die rote Einheitsliste hat den Mut gehabt, einige Kolleginnen und Kollegen, die im alten Betriebsrat ihre Pflicht nur ungenügend ausgefüllt haben, zu entfernen und neue, frischere Elemente auf ihre Liste zu stellen.

Sie wird dafür sorgen, daß jetzt schärfer, zielbewußter und klarer denn zuvor der Kampf gegen den Lohnabbau organisiert wird und beide Belegschaften, die durch ihre Abstimmung den revolutionären Vertretern das Vertrauen geschenkt haben, zu einem festen Kampfblock gegen die Unternehmerwillkür zusammenzuschweißen.

Antifaschisten!
Wählt Kommunisten
Liste 3

Die neue Verordnung gegen die KPD.

Die neue Notverordnung gegen die Kommunistische Partei, die sich „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes“ nennt, können wir wegen des Zeitungsverbots erst heute veröffentlichen. Sie ist selbstverständlich wieder auf Grund des Diktaturartikels 48 der Reichsverfassung herausgegeben worden, jenes Artikels, gegen den Hitler und die Nazis, als er unter Brüning und Papen angewandt wurde, nicht genug wettern konnten. Diese Verordnung übertrifft an Schärfe der Unterdrückungsmaßnahmen alles, was bisher dagewesen ist. Wenn sie sich auch in der Hauptsache gegen die Kommunistische Partei und ihre Presse wendet, so geht sie doch auch schon mit gegen die „verantwortungsbewußte“ Opposition. Selbst die lahmste Politik soll verhindrt werden, damit an der „Gottähnlichkeit“ dieser „autoritären“ Regierung nicht gezweifelt werden kann. Wir bringen nachstehend die wichtigsten Bestimmungen:

Abschnitt I

Versammlungen und Aufzüge

§ 1.

Oeffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

Ausgenommen sind Versammlungen nichtpolitischer Art.

§ 2.

Oeffentliche politische Versammlungen sowie Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden,

1. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetz oder rechtsgültige Verordnungen oder innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird, oder

2. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder

3. wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder

4. wenn in ihnen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird,

5. wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

§ 3 regelt die Befugnis polizeilicher Beauftragter in öffentlichen Versammlungen, § 4 das Verfahren nach deren Auflösung.

§ 5.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein oder mit Einschränkungen für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 6.

Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden,

1. allgemein nur für bestimmt abgegrenzte Ortsteile,

2. im übrigen im Einzelfalle.

Weitergehende Verbote treten außer Kraft.

Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Abs. 1 Nr. 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Aenderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

Abschnitt II

Beschlagnahme und Verbot der Druckschriften

Nach § 9 können periodische Druckschriften verboten werden, aus den gleichen Gründen, aus denen Versammlungen aufgelöst werden können, wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den Paragraphen 81 bis 86, 92 Nr. 1 des StrGB. oder in den Paragraphen 1—4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bezeichneten Handlungen begründet wird,

wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird oder wenn in ihnen Gewalttätigkeiten, nachdem sie begangen worden sind, verherrlicht werden,

wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angereizt wird,

wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden,

wenn als verantwortlicher Schriftleiter dem Verbot des Reichsgesetzes vom 4. März 1931 zuwider jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung odenr Genehmigung strafrektlich verfolgt werden kann.

Die Dauer des Verbotes darf bei Tageszeitungen vier Wochen, in anderen Fällen sechs Monate nicht überschreiten. Diese Beschränkung fällt fort, wenn eine periodische Druckschrift, die auf Grund der Vorschriften dieser Verordnung bereits zweimal verboten war, innerhalb dreier Monate nach dem ersten Verbot erneut verboten wird; in diesem Falle darf die Dauer des Verbots bei Tageszeitungen sechs Monate, in anderen Fällen ein Jahr nicht überschreiten.

Die §§ 10—12 lehnen in Anlehnung an die bisherigen Bestimmungen Zuständigkeit und Rechtsmittel beim Verbot von periodischen Druckschriften und etwaigen Ersatzblättern.

Ist in einer periodischen Druckschrift, die nicht im Inlande erscheint, eine Veröffentlichung der im § 9 bezeichneten Art enthalten, so kann der Reichsminister des Innern ihre Verbreitung im Inlande bis zur Dauer von 6 Monaten verbieten. Gegen das Verbot ist kein Rechtsmittel zulässig (§ 13).

Abschnitt III

Sammlungen zu politischen Zwecken

§ 14.

Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können verbieten, daß Geld- oder Sachspenden zu politischen Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen von bestimmter Vereinigungen beschränkt werden. Sammlungen, die in das Verbot kann auf einzelne Sammlungen oder die Sammlungen belungsstätten oder an anderen öffentlichen Orten eingesammelt werden; Haus zu Haus, auf Straßen oder Plätzen, in Gast- oder Versamm- Versammlungen oder in Zusammenhang mit ihnen am Versammlungsort stattfinden, sowie Sammlungen von Haus zu Haus, die sich auf Mitglieder der sammelnden Organisationen beschränken, sind zulässig.

Abschnitt IV enthält für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der vorhergehenden Abschnitte Strafbestimmungen, die Geld- und Gefängnisstrafen, zum Teil unter Angabe einer Mindeststrafe, vorsehen. U. a. bestimmt § 20,

wer vorsätzlich oder fahrlässig Druckschriften politischen Inhalts herstellt, verbreitet oder zum Zweck der Verbreitung vorrätig hält, auf denen zur Verheimlichung des Ursprungs, die in den §§ 6 und 7 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 vorgeschriebenen Angaben über Drucker, Verleger, Verfasser, Herausgeber oder verantwortlichen Redakteur nicht enthalten oder unrichtig, unvollständig oder unleserlich sind, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, wenn durch die Schrift

1. das Verbrechen des Hochverrats oder

2. ein Vergehen gegen die Vorschriften über verbotene Vereine (§ 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 [Reichsgesetzblatt 1, Seite 548]) oder über verbotene Druckschriften (§ 18 dieser Verordnung) oder

3. eine nach den §§ 110 bis 112 des StrGB. oder nach § 15 dieser Verordnung strafbare Aufforderung oder Anreizung begründet wird.

§ 21.

Wer von dem Vorhandensein eines Vorrats von Druckschriften, deren Inhalt den Tatbestand einer der im § 20 Abs. 1 Nr. 1—3 bezeichneten strafbaren Handlung begründet, zu einem Zeitpunkt glaubhafte Kenntnis erhält, zu dem das Vorhandensein dieses Druckschriftenvorrats der Behörde noch nicht bekannt ist, ist verpflichtet, unverzüglich der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Die in seinem Besitz oder Gewahrsam gelangten Stücke der Druckschrift hat er unverzüglich der der Polizeibehörde abzuliefern.

Wer es unterläßt, dien Anzeige oder Ablieferung rechtzeitig zu bewirken, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

Straffrei sind nur Familienangehörige und Seelsorger.

§ 22.

Wer in dem dringenden Verdacht einer nach den §§ 81—86, 92 Nr. 1 des StrGB. oder den §§ 1—4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse strafbaren Handlung oder eines Verbrechens oder Vergehens steht, das mittels einer Waffe begangen ist oder dessen Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe oder unbefugtes Erscheinen mit einer Waffe begründet wird, kann im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft genommen werden.

§ 23 gibt die Möglichkeit zur Schließung von Räumlichkeiten, die als Stützpunkte für politische Straftaten benutzt werden. Er bestimmt u. a. Räumlichkeiten, von denen aus eine Mehrheit von Personen aus politischen Beweggründen oder zu politischen Zwecken Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen begangen hat, oder von denen nach den Umständen zu besorgen ist, daß sie von einer Mehrheit von Personen als Sammelstätten oder Stützpunkte für Gewalttätigkeiten benutzt werden oder in denen Schriften strafbaren Inhalts hergestellt oder zum Zwecke der Verbreitung vorrätig gehalten werden, können polizeilich geschlossen werden, wenn dies für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Beseitigung der Gefahr der Wiederholung solcher Taten erforderlich ist. Die in solchen Räumlichkeiten befindlichen Waffen können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden.

Handelt es sich um eine Gast- oder Schankwirtschaft, so kann die Erlaubnis zum Betriebe von der Ortspolizeibehörde bis zur Dauer von einem Jahr entzogen werden.

Wer eine polizeilich geschlossene Räumlichkeit vor Aufhebung der Schließung benutzt oder anderen zur Benutzung überläßt, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. Gast- oder Schankwirtschaften, die wegen Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift rechtskräftig verurteilt worden sind, kann für eine bestimmte Zeit oder für die Dauer die Zuverlässigkeit im Sinne des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 abgesprochen werden.

§ 25 enthält als Abschnitt V folgende Schlußvorschriften:

Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern. Er kann, soweit er es für erforderlich hält, Richtlinien für die Handhabung der Vorschriften dieser Verordnung erlassen.

Der Kreis der leitenden Beamten im Sinne dieser Verordnung wird, soweit es sich um Reichsbeamte handelt, von dem Reichsminister des Innern, soweit es sich um Landesbeamte handelt, von den Landesregierungen bestimmt.

Nazisturm auf Arbeiterhäuser in Eisleben

Zahlreiche Tote und Verwundete — Genosse Koenen schwer verwundet

Halle. Am Sonntag, den 12. Februar, hat die SA. in Eisleben ein Arbeiterlokal und Arbeiterhäuser gestürmt, wobei zahlreiche Arbeiter getötet und schwer verwundet wurden. Die faschistische Presse hat über die Vorgänge einen völlig unwahren Bericht veröffentlicht. Es ist nicht wahr, daß von den Arbeitern oder aus den gestürmten Häusern heraus auf die Nazis geschossen wurde.

Am Sonntag nachmittag veranstalteten die Nazis in Eisleben einen Aufmarsch, an dem sich über 500 SA.-Leute, die aus dem ganzen Bezirk zusammengezogen worden waren, beteiligten. Schon während sich die Züge formierten, war ein Trupp ohne jeden Grund in das kommunistische Verkehrslokal „Hohenzollern“ eingedrungen und hatte die Inneneinrichtung des Lokals vollkommen demoliert. Der offizielle Polizeibericht sagt über diesen Ueberfall folgendes:

„In der Kreisfelder Gasse entstanden plötzlich Rufe aus der Menge, daß aus dem Grundstück Nr. 44 geschossen worden sei. Nationalsozialisten waren in das Grundstück eingedrungen, um nach den Tätern zu suchen. Die den Zug begleitenden Polizeibeamten veranlaßten die Nationalsozialisten, das Haus wieder zu räumen, nachdem an Ort und Stelle festgestellt wurde, daß Waffen nicht vorhanden waren.“

Selbst der Polizeibericht muß also zugeben, daß bei diesem ersten Ueberfall nicht aus dem demolierten Lokal geschossen worden war. Nach demselben System erfolgte später die Erstürmung von Arbeiterhäusern in der Breiten Straße. Die Polizei versuchte den Nazizug von der Annagasse in die Graue Gasse zu leiten, damit der Zug nicht durch den Breiten Weg gehen sollte, wo sich das Parteibüro der Kommunistischen Partei befindet. Die Nazis richteten sich aber nicht nach den polizeilichen Anweisungen, sondern drängten die Polizei an die Seite und marschierten durch den Breiten Weg. Mit dem Revolver offen in der Hand, gingen die SA.-Leute die niedrigen Häuserreihen des Breiten Weges entlang und kommandierten: „Fenster zu!“ Wurde dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet, so schossen die SA.-Leute sofort in die Fenster. In der Breiten Straße befindet sich das Geschäftszimmer der kommunistischen Tageszeitung „Klassenkampf“ und die Turnhalle des Arbeiter-Turnvereins „Ludwig Jahn“. Am „Klassenkampf“-Gebäude angekommen, stürmten die Nazis sofort das Haus. Bereitgehaltene Leitern wurden von den Nazis an den benachbarten Häusern angesetzt und die Fensterscheiben der Arbeiterwohnungen eingeschlagen. Möbelstücke flogen auf die Straße. Die Nazis sprangen über Dächer und durch Wohnungen der benachbarten Grundstücke in den hinteren Teil des Gebäudes, in welchem sich die Turnhalle befindet, während in der Filiale des „Klassenkampf“ das gesamte Mobilar vollständig zerstört und zertrümmert wurde.

Es ist nicht wahr, daß die Nationalsozialisten beschossen worden sind. Aus den Häusern wurde kein Schuß abgegeben, aber die Nazis hatten vor dem Sturm ein Schnellfeuer auf die Häuser eröffnet. Dabei sind offenbar auch Nazis von eigenen Leuten getroffen worden. Die Turnhalle wurde vollkommen demoliert. Nicht ein einziges Gerät ist ganz geblieben, sogar der Fußboden ist vollkommen aufgerissen. Die 30 schwerverletzten Arbeiter, mehr waren auf dem Grundstück nicht anwesend, weisen sämtlich furchtbare Verletzungen durch Spatenhiebe auf. Sogar noch die am Boden liegenden wehrlosen Menschen wurden von den Nazis mit Füßen getreten. In dem Gebäude befand sich auch Genosse Bernhard Koenen, der von den Nazis überwältigt wurde und blutüberströmt zu Boden sank. Wie im offiziellen Polizeibericht mitgeteilt wurde, hat Genosse Koenen außer mehreren sonstigen schweren Verletzungen die rechte Hand verloren.

Ueber die Zahl der Opfer konnten noch keine endgültigen Feststellungen getroffen werden. Der Polizeibericht meldet, daß ein Nationalsozialist aus Halle getötet und ein anderer schwer verletzt wurde. Weitere vier Nazis und 24 Kommunisten seien verletzt. Bei drei Kommunisten bestehe Lebensgefahr. Wahrscheinlich ist aber die Zahl der Opfer noch viel größer.

Außerdem ist mit Bestimmtheit bereits der Tod des Arbeiters Erwin Glocke eingetreten, ihm ist mit einem Spaten der Schädel gespalten worden.

Die Polizei war angeblich während der blutigen Aktion der Nazis machtlos. Der Polizeikommissar Ueberschär, der den Nazis Einhalt gebieten wollte, wurde mit Fußtritten beiseite befördert. Wie die faschistische Presse meldet, soll Ueberschär bereits von Göring seines Amtes enthoben sein.

Die Nazis standen unter dem Kommando des Nazi-Gauleiters Jordan, der auch den schon schwer verwundeten Genossen Koenen persönlich schwer mißhandelt hat.

Bereits Sonntag abends sowie während der Nacht erfolgten polizeiliche Haussuchungen bei Mitgliedern proletarischer Organisationen. In den heutigen Morgenstunden wurde ganze Straßenzüge von der Polizei besetzt und die Wohnungen der Arbeiter nach Waffen durchsucht. Die Aktion wird von mehreren Hundertschaften der Halleschen Schutzpolizei durchgeführt. In der Polizeiwache vor dem Rathaus werden ständig Verhaftete eingeliefert. Uniformierte SA.-Leute patrouillieren durch die Stadt.

In Eisleben herrscht bis in die Kreise des Kleinbürgertums hinein eine unbeschreibliche Empörung über die Nazis. Es rissen auf der Straße Eislebener Nationalsozialisten ihre Parteiabzeichen ab, warfen sie zu Boden und riefen immer wieder: „Das kann ja kein anständiger Mensch mitmachen!“

In ganz Deutschland müssen diese Vorgänge die Arbeiter, die Werktätigen zur breitesten antifaschistischen Einheitsfront zusammenschweißen.

Protestiert in ganz Deutschland. Es ist genug! Schützt durch eure Geschlossenheit, durch den Zusammenschluß zur kämpfenden Einheitsfront euer Leben und eure Freiheit!

Freigewerkschafter!

„Die Arbeiterbewegung wählt Hindenburg . . . unter allen denkbaren Kandidaten den aussichtsreichsten . . . dessen Persönlichkeit und Amtsführung die Gewähr bieten, daß sich die Verfassung von Weimar, die Voraussetzung für die Entfaltung der Arbeiterschaft, in der Zukunft bei ihm in treuer Hand befindet . . .“

(Gewerkschaftszeitung, Bundesorgan des ADGB., in Nr. 10, 1932.)

Wohlgemerkt, es heißt ausdrücklich, daß „in der Zukunft“ Hindenburg der Garant für die „Entfaltung der Arbeiterschaft“ sei.

Kollege, sozialdemokratischer Arbeiter,

so wurdest du betrogen

Hindenburg war es, der das Hitler-Kabinett berief. Vergeßt diesen unerhörten Betrug der ADGB.-Führer nicht! Zieht gerade jetzt die Lehren und reiht euch ein in die Antifaschistische Aktion! Helft mit in allen Betrieben für die Betriebsratswahlen oppositionelle Gewerkschafts- und Einheitslisten aufzustellen. Formiert die kämpfende Einheit gegen den Faschismus in den Betrieben!

MAGGI's Fleischbrüh-Würfel zur Bereitung vorzüglicher Fleischbrühsuppen

A Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Breslau u. Umgebung

Zentrum

Albert Gutsche, Reuschestr. 32-33
bekannt als leistungsfähig in
Leder- und Schuhbedarfs - Artikeln
Zweigstellen: 9186
1. Gräbschener Straße 19-21 2. Moltkestraße 14
3. Bohrauer Straße 43 4. Poststraße 7
Einkaufsquelle sämtl. Werktätigen

9013 **Schuh Vogel**
Friedrich-Wilhelm-Straße 66
Scheitniger Straße 12, Ecke Adalbertstraße

Adler, Phönix und Dürkopp
Nähmaschinen für Hausgebrauch, Heimarbeit u. Gewerbe
Geringe Anzahlung, kleine Wochenraten — Nadeln, Ersatz- und Zubehörteile, sowie Reparaturen aller Fabrikate
Josef Grenlich, Mechanikermeister, Herrenstr. 24
9542

9997

Reserviert R. 64
9917

Radio Reim
stets der Allerbilligste
An der Hauptpost
Eingang Katharinenstr. 9921

Stoff-Schufftan
Herren- und Damenstoffe
bekannt billig, reell 9283
Herrenstraße Nr. 28

8% Lebensmittelhaus
Alfred Koller
Herrasgasse 4 - 5 **8%**
9281

Möbel jeder Art
Gebr. Milde
Neumarkt 9 9278

Leder nur von
A. M. Remak
Kupferschmiedestraße 37
9104

Damenmäntel, Mädchenmäntel
Kleider, Blusen 9374
Erich Krebs, Am Rathaus 16/17, I.
Ring, Goldarbeiterseite

Achtung! 30221
Händler und Wiederverkäufer
kaufen Trikotagen, Strümpfe, Woll- und Kurzwaren am besten bei
Martin Israel, Karlstraße 36

Käse Eier, Schmalz 9636 **Butter** Margarine nur bei
CARL JOS. KESSLER, INH. O. KLEIN
da kaufen Sie billig und gut
Fr.-Wilh.-Str. 28, Klosterstr. 47, Markthalle Gartenstr., Stand 125-126, Bismarckstr. 27

Wirtschaftswaren
am billigsten
Kaufhaus am Dom
Adalbertstraße 20 9888

Theodor Buchall
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vogelfutter
Vogelkäfige
30018 **Käfig-Utensilien**

ff. Fleisch- und Wurstwaren bei
Larisch, Neue Sandstr. 13
Sonntags und abends geöffnet!
9748

Trinkt
Nitschke-
Crem
30216

Wer mit TIETZ rechnet, kann sich mehr leisten!
Tietz, das bekannte Haus in der Ohlauer Straße
9519

Zigarren - Spezialgeschäft
Georg Gorille 9186
Sandstraße 13

Billige Möbel Große Auswahl
Martha Schmidt, Nikolaistraße 54-55
Teilzahlung gestattet!
9387

Lederjacken . . von Mk. 19.— an
Ia Aufarbeitung . nur Mk. 8.—
Gebr. Tischler
Gartenstraße 37 u. Alte Taschenstr. 1a
30151

Beerdigungs-Institut
Heinrich, Klosterstraße 26
Reichhaltiges Lager
Niedrigste Preise
Bestattungs-Versicherung
Fernruf Nr. 572 98
9379

9869

Milch- und Molkerei - Produkte
Agnes Schindler
Oderstraße 18 - 19
9743

G. Schrenk, Ring 56
Billigste und beste **Damenhüte**
30280

Richard Karsunky & Co.
9516 **MÖBEL**
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

Zentrum

Menen zu jeder Gelegenheit
Friedrich Jauke, Poststraße 6
30278

Allerbilligste Bezugsquelle für
Stoffanzüge u. Arbeiterbekleidung
Siegmund Sander, Neumarkt 8
Herrenkleiderfabrik 30272

Die billigste Einkaufsquelle
für das arbeitende Volk ist
die Firma
Radio-Schen, Oderstr. Ecke Ring
30276

Fleisch-Zentrale
Messergasse 25
30355

Genossen, kauft eure Sport-Artikel im **kleinen**
D.-Sport-Haus, Katharinenstr. 5
zu kleinen Preisen
gegen Ausweis 5 Proz. Kassen-Rabatt
Sportlehrer Dönau, Inh. Wilh. Müller
30348

Reserviert G. P.
9575

Kauft Schwarzwälder Uhren
Preis 2.50 Mark
Schwarzwälder Uhren-Vertrieb
Lehmgrubenstraße 9 30149

Damentaschen
Reisekoffer — Lederjacken
extra billig bei 30219
Nelken, Reuschestr. 8–9
Ecke Büttnerstraße
Händler erhalten Extra-Preise

Brauerei-Ausschank
„Zur goldenen Marie“
Frühstückstube
Breitestraße 39, Telefon 57185
9528

Rittermarkthalle ■ **Gartenmarkthalle**

Rind- und Schweineschlächterei
E. Heide
Rittermarkthalle
Stand 26/27
30150

Ernst Tiroke
Stand 252-258
30351

Nord

Besucht die beliebten
Odertor-Lichtspiele
Weinstraße 33-35 9376
Die billigsten Eintrittspreise
Die besten Tonfilm - Programme

West

Besucht das **Zentral-**
9512 **Theater**
Westendstraße 50–52

Lokale

Verkehrslokal der Arbeiterschaft im
Kipke-Ausschank
Gertrudenstraße 15 9646

30275 **Treff ● aller Werktätigen**
bei **Fritz Kippe**
Gastwirtschaft „Langes Holz“
Kupferschmiedestraße 54

Südost

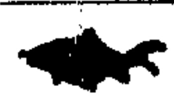
Reserviert 42

Ost

M. Zadek
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Herren- u. Damen-Wäsche
Vorwerkstraße
Ecke Grünstraße
9747

Spirituosen und Weine
billigst bei
Hannach
Vorwerkstr. 58
9870

Josef Thomas, Inhaber J. Heilig
Edeka-Geschäft 9865
Kolonialwaren, Mauritiusplatz 2

Fischhaus Max Höse
Klosterstraße 45 9514
empfiehlt sich bestens


Reserviert 17
30218

Reserviert 39
30215

Nordost

Brot- u. Feinbackwaren bei
Emil Menzel Schwenkfeldstraße 31 9103

Kolonialwaren — Obst — Gemüse
Georg Neimann
9279 Schwenkfeldstraße Nr. 32

Milch- und Molkereiprodukte
bei **Bressem**
9280 Brigittenthal 12

Molkereiprodukte und Lebensmittel
E. Maiwald 9518 Fürstenstraße 15

Fisch-Spezialgeschäft A. Faltin
Gellhornstr. 43
9649

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
9650 bei **J. Hauer** Paulstraße 14

Achtung Händler! 9867
Kohlenhandlung u. Meltich
Kleine Fürstenstraße 20
Holz zum Wiederverkauf

Fleisch- und Wurstwaren bei
Paul Scholz
Scheitniger Str. 54 9866

Milch- und Molkereiprodukte
A. Müllers Nachf.
Inh. Paul Katzer
Laurentiusstr. 13
30157

Rauchfischwaren-Geschäft
Hildegard Schmidt
Laurentiusstraße 12
30347

Reserviert F. M.
30270

Süd

Achtung Hausfrauen! 9377
Kauft Eure Lebensmittel in der
Lebensmittel - Zentrale
Neudorfstr. 25, Ecke Sadowastr.
zu den enorm niedrigen Preisen

Molkerei und Milchgroßhandlung
Christoph Hömmer, Lehmgrubenstr. 5
9744

Kurt Neffen
Radio
Schallplatten
Höfchenstraße 71
Telefon 31666
30154

Hartlieb

Bäckerei Franz
Hartliebstraße 22
9639

Fleischerei Heinze
Hartliebstraße 21
9640

Lebensmittel bei
Seliger 9637
Hartliebstr. 17

Consumwarenhaus
Fritz Riedel
Hartliebstraße 16
Filiale: 9641
Herschelstraße 19

Kolonialwaren
Milch bei 9638
Fritz Schimmel
Hartliebstraße 20

Fleisch- und Wurstwaren 9642
Karl Jaskulla
Hartliebstraße 13

Brot- und Feinbäckerei
Joseph Keller
9643 Hartliebstraße Nr. 13

Strehlen

Schuhe und Reparaturen
nur bei
Paul Geisler
Steinweg
9645

Oels

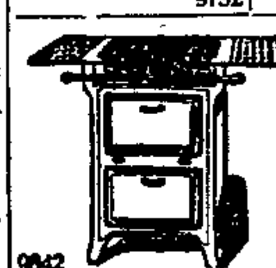
Palast-Theater
Dienstag u. Freitag: Programmwechsel
Stets die neuesten **Tonfilme** 9841

Capitol-Lichtspiele
bringt nur **erstklassige Tonfilme**
30001

9730 **Zieh' Schuhe an von Dannemann**

Reserviert
9733

Frisier-Geschäft
Conrad Fink
...er Straße 17
9732


Koche brate und backe nur mit Gas!
9842 **Städt. Gaswerke**

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei 9843
Max Schapke, Ring 54

Brieg

Kaufhaus „Merkur“
Langestraße 12
Alles für d. Dame
den Herrn 9657
und das Kind!

Das Verkehrslokal aller Werktätigen
Lokal „Zum Oderstrand“
9651 Mühldamm

Reserviert
9653

Beerdigungs-Institut 9652
Rich. Gottschlich, Burgstr. 17

Nord

B. Pohl **Schokoladen — Kakao**
Zuckerwarenfabrik
Filialen in allen Stadtteilen 9749

Else Klötzel
Elektrische
Waschanstalt
Niedergasse 4/6
Telefon 40987
30019

Fleischerei und Wurstfabrik
Paul Berndt / Weißenburger Straße 4 9099

Kolonialwaren, Spirituosen
Heinrich Titze Nachfolger
Trebnitzer Straße 52 9187

A. Kallinich 9100
St. Vincenz-Drogerie
Rosenthaler Straße 43 — Ruf 41657

Paul Herrmann
Bäckerei und Konditorei
Trebnitzer Straße 64 9101

Geld auf Pfänder
jeder Art
Leihhaus Grundmann
Trebnitzer Str. 21
Jederzeit Gelegenheitskäufe
9102

Kolonialwaren
Joh. Lubinsky
Matthiasstr. 89
9918

Möbel aus eigener Werkstatt
Erich Senftleben, Kreuzstraße 40
9526

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
R. Otto
Adolfstraße 9
9527

Kolonialwaren
bei
Karl Lorenz
Inh. Fr. Schwalbe
Blücherstraße 21
9647

Schuh-Reparatur-Betrieb
Engel Kreuzburger Straße 1, Ecke Matthiasstr. 9521

Leder-Ausschnitt 30158
kauft man am billigsten bei
Karl Kionka, Matthiasstraße 80

Milch- und Molkereiprodukte
bei **F. Hoffmann, Paulinenstr. 1**
und **Hummerei 32** 30017

Kolonialwaren
Erich Weber
Lehmdamm 48
30269

Arbeitsschuhe
Filzschuhe
Leder und Leder-Ausschnitt
Fritz Bauch
Gneisenauplatz 3
30273

Selbstgefertigte Möbel, Moderne Küchen
Einzel - Möbel 9380
Tischlermeister G. Strauß
Breslau, Michaelisstraße Nr. **20**

Elektro-Wäscherei
Odertor
Seitengasse 1-3 — Ruf 444 44
9522

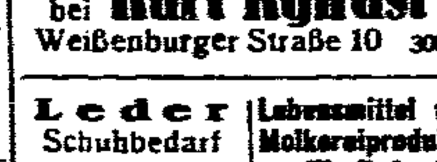
Wollen Sie Ihre Schuhe schonen?
Dann lassen Sie nur handbesohlen!
in der **Hand-Besohlerei** 9515
P. Prützmann Oelsnerstraße 19

Kohlenhandlung
Em. Franke
Schießwerderplatz 4
Telefon 40353 9517

Damen- und Herrenfriseur
E. Pech, Oelsnerstr. 22
Spezialität: 9663
Dauerwellen, Wasserwellen, Haarfärben

Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei **W. Michallek, Enderstr. 20**
30277

Lebensmittel, Obst und Gemüse
bei 9864
Fritz Regahl, Weinstr. 10

9378


Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei **Kurt Kynast**
Weißenburger Straße 10 30015

Leder
Schuhbedarf
K. Becker
Gneisenaustr. 5
30152

Lebensmittel und Molkereiprodukte
bei **M. Heinrich**
Kreuzburger Str. 2
30217

Felix Jacob, Gellhornstr. 39
empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren zu niedrigsten Preisen
Fürstenstraße 2, Ecke Brigittental
Leuthenstr. 49 Matthiasstr. 125
30016

Zentrum

Treff ● der Werktätigen bei
Thaler
Hummerei 36
30279

West

Werktätige, kauft Kolonialwaren, Obst Gemüse bei
Hedwig Kühnel
Westendstraße 33
9544

West

Schmelz ist und 9385
bleibt billig!
Friedrich-Wilhelm-Str. 25

Besucht das **Herrenfrisiergeschäft**
Erich Gude, Bärenstr. 22
im Hause des 9543
„Liegnitzer Brauerei-Ausschanks“

Bäckerei und Konditorei
Paul Mandel, Alsenstraße 11
9745

Wild, Geflügel, Obst u. Südfrüchte
A. Gabel, Friedr.-Wilh.-Str. 61
Telefon 34976 30352
Gartenhalle Stand Nr. 178–179

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei **Adolf Walkuß**
Alsenstraße 68 30156

Frieda Drägert, Molkereiprodukte
Friedrich-Wilhelm - Straße **61**
9389

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei **Fritz Pauke, Hildebrandstr. 26**
9919

Fischgeschäft
Friedrich l'Hiver
9195 Leuthenstraße 27

Emanuel Ksoll
Molkerei
Breslau 6, Alsenstraße 21
9735

Kolonialwaren
Alfred Köppert, Westendstr. 56
30271

Lebensmittelhaus 9282
Heinrich & Co.
Frankfurter Str. 154

Gotthard Völkel
Gute Berufskleidung u. Wäsche
Friedrich-Wilhelm-Straße 51
Albrechtstraße 56 30220

Vogelfutter nur bei **Ritter**
Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.
9190

Paul Pusch, Friedr.-Wilh.- Str. 108
Feinkost- und Molkereiprodukte
Sämtliche Kolonialwaren 9191

Bäckerei und Konditorei
Paul Moczko
Leuthenstraße 63 9194

Oskar Laqua
Kolonialwaren 9193
Anderssenstraße 31

Kauft beim
selbstständigen
9196 **Kleinhändler!**

Kolonialwaren
R. & J. Lux
Anderssenstraße 2
Leuthenstraße 52
9192

Paul Gebauer
Kolonialwaren u. Lebensmittel
Posener Straße 27 und
Frankfurter Straße 31
9189

9386 Molkerei-Produkte
Maria Klaß, Leuthenstraße 64
Fil. Schwertstr. 13 u. Nikolaiplatz 2

9388 **Fahrräder, Motorräder**
Reparatur - Werkstatt
Walter Kunze, Hildebrandstr. 17-19

Kauft beim Inserenten!
9382

Paul Frühauf
Kolonialwaren
Bergstraße 24
9381

Kolonialwaren
Obst u. Gemüse
Karl Hellmich
Pöpelwitzstr 26
Tel. 568 22
9383

Die billigsten
und besten
Lebensmittel bei
Egon Kraus
Schweitzerstr. 9
9384

Krietern

Kolonialwaren, Delikatessen, Weine
bei **Luise Sattler, Kriefernstr. 3**
30354

Landbrot-Bäckerei, Konditorei, Café
Fr. Benke, Treulinstraße 12
30353

Klettendorf

Brot- und Feinbäckerei
Arthur Nitschke
9644 Schweidnitzer Straße Nr. 9

Kolonialwaren, Delikatessen, Weine, Liköre
9645 **Martin Land** Schweidnitzer Straße 8

Fleisch- u. Wurstwaren bei
Eduard Pilz Schweidnitzer Straße 8 9646

Trebnitz

Kolonialwaren, Weine, Spirituosen
Zigarren, Zigaretten u. Tabak bei
Karl Kirste, Trebnitz
9844 Likörfabrik und Gaststätte

Schottwitz bei Breslau

Schlesische Mühlenwerke A.-G.
Hervorragende gute Weizen- u. Roggenmehle
Spezialität: Auszugsmehl „Schneeflocke“
erhältlich 30274
in allen Verkaufsstellen des Konsumverein „Vorwärts“

Breslau-Rosenthal

Rosenthaler Mühlenwerke
Aktiengesellschaft
Breslau-Rosenthal
Gersten-, Reis-, Buchweizen-, Hirse-, Hafer-Fabrikate
30148

Friseur
Karl Thiel
Gartenstraße 1
empfiehlt sich bestens 30147

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren
Hermann Kühn
Edeka - Geschäft
30153 **Gartenstraße Nr. 2**

Drogerie Rosenthal
30144 Trachenberger Str. 70

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
bei **Robert Krause**
Inh.: **Otto Neugebauer**
30146 Trachenberger Straße 79

Milch- und Molkereiprodukte
Kolonial- und Backwaren
Obst und Gemüse, bei
Alice Völkel, Trachenberger Str. 87
30143

Rosenthal-Metropol
Jeden Sonntag großer Tanz
Großer Saal zu Vereinsfestlichkeiten
Paul Kunert
30145

Sie haben einen Plan

Magnitogorsk, die von den Bolschewisten neben ungezählten anderen Städten und Werken aus der Erde gestampfte Industriestadt.

4000 Pläne und Plänchen

Ach, der Pläne gibt es viele in Deutschland! Plänemacher ebenso viele. Die Oeffentlichkeit weiß ja gar nicht, was alles in den letzten drei Jahren der Krise „zwecks Rettung des Volkes" zusammengesponnen wurde, wieviel Rezepte, ganze Bücher füllend, mit ungeheurem Fleiß niedergeschrieben wurden und wieviel darüber ins Irrenhaus geraten sind. Nicht ein Tag vergeht, an dem nicht die Reichstagspost irgendeiner Fraktion, die das Vertrauen des jeweiligen „Retters" genießt, ein solches „Werk" ins Haus bringt. Professoren und Irre beteiligen sich in gleicher Weise daran.

Wie wir auf Erkundigung erfahren, liegen allein bei den Berliner Reichsbehörden 3000 bis 4000 solcher Pläne, von denen jeder für sich in Anspruch nimmt, der einzig wahre, hundertprozentig richtige, das Wunder vollbringende zu sein.

Wie solch ein Plan aussieht, davon konnte man sich dieser Tage überzeugen. Ein Berliner Abendblatt druckte den Rettungsplan eines Dresdner Kaufmannes ab. Was schlägt er vor? Es ist frappierend einfach! Die Arbeiter haben doch bestimmte Bedürfnisse, sogar zur Zeit sehr große, nicht wahr? Also bestellen sie diese Waren, die ihnen fehlen, bei einem Unternehmer. Der stellt sie daraufhin ein, damit sie selbst den jeweiligen Artikel herstellen, und entlohnt sie dafür. So wird jeder Konsument sein eigener Produzent, sozusagen im Mietsvertrag beim Unternehmer. Bald baut er eine Nähmaschine, bald einen Anzug, bald ein Paar Filzpantoffel oder eine Nachtmütze. Nichts einfacher als das. Das Ei des Kolumbus! Entdeckt in Dresden im Jahre des „Heils" Hitler.

Wenn ein bürgerliches Blatt mit allem Ernst einen solchen Plan zur Diskussion stellt, dann können wir nur ahnen, welch höheres Blech erst diejenigen enthalten, die nicht das Licht der Oeffentlichkeit vertragen.

*

Bemerkenswert ist, daß an dieser Projektemacherei diejenigen, von denen man meinen sollte, daß sie als erste dazu berufen wären, nämlich „unsere" kapitalistischen „Wirtschaftsführer", sich nicht beteiligen. Warum wohl? Weil sie sich vollkommen darüber im Klaren sind, daß jedwede Planwirtschaft in ihrem System unmöglich ist. Sie wenden sich sogar gegen Teilpläne, wie die Arbeitsdienstpflicht, und akzeptieren sie nur, insofern sie andere, nämlich wehrpolitische Ziele verfolgt. Aber als produktive Arbeitsbeschaffung lehnen sie diesen Plan entschieden ab, denn sie sind überhaupt prinzipielle Gegner jeder Planwirtschaft, unter Hitler nicht weniger als unter Hermann Müller. Gäbe es wirklich einen Plan zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaft, dann hätten „unsere" Hochschulprofessoren ihn längst entdeckt und „unsere" Industriellen längst verwirklicht, denn schließlich hat die herrschende Klasse ja nicht aus Bosheit die Krise heraufbeschworen und wäre selbst froh, wenn sie aus dem Zustand ständiger Bedrohung ihrer ökonomischen und politischen Existenz herauskäme.

*

Natürlich haben sie alle, die Industriellen sowohl als auch die Junker, ihr „Plänchen". Der neue Reichsernährungsminister Hugenberg mußte bereits vor seinen Freunden die Flucht in die Oeffentlichkeit antreten, indem er amtlich durch die Presse alle, die es anging, bat, die sich häufenden „Besuche einzelner Persönlichkeiten, die Wünsche und Ratschläge vorzubringen haben", einzustellen. Es ist unter Hitler genau so, wie es unter Schleicher, Papen und Brüning war:

die Agrarier fordern die Drosselung des Exports und die Industriellen die Förderung des Exports. Die Agrarier haben dafür ihren Plan und die Industriellen haben dafür ihren Plan.

Und dazwischen stehen wir, das werktätige Volk, auf dessen Rücken nunmehr schon seit Jahren der Konflikt zwischen Industrie- und Agrarkapital ausgetragen wird; der sinnlose Streit, wessen Plan nun der planvollste, planmäßigste und planwirtschaftlichste zur „Rettung des Volkes" ist. Herr Rust, der neugebackene nationalsozialistische Volksbildungskommissar, hat seinerseits richtig begriffen, worin der Vierjahresplan seines Herrn und Meisters besteht, als er bei der Begrüßung der Beamten im Kultusministerium erklärte: „Heute stehen wir in erbitterten. Existenzkampf gegen den Bolschewismus." Worauf er seinen Plan entwickelte. Ihr dachtet, die Nazis kämpfen gegen den Kapitalismus? Das war eben ein Irrtum und nicht zuletzt deshalb gibt es auch keinen nationalen und sozialistischen Plan der Nationalsozialisten gegen den Kapitalismus.

★

Das Mutterland der ersten großzügigen Planwirtschaft ist die Sowjetunion. Das ist kein Zufall, denn nur nach der Beseitigung der kapitalistischen Anarchie durch die proletarische Diktatur konnte eine planvolle sozialistische Ordnung in Angriff genommen werden.

Planwirtschaft ohne Sozialismus ist blanker Unsinn. Planwirtschaft und Kapitalismus sind Gegensätze wie Feuer und Wasser. Erst wenn das gesamte Nationaleigentum in den Händen der siegreichen Arbeiterklasse und der mit ihr brüderlich verbundenen Bauernschaft sich befindet, erst dann kann an Stelle der anarchistischen kapitalistischen Profitwirtschaft die in gleicher Weise zentralistische wie föderalistische planvolle sozialistische Bedarfswirtschaft in Angriff genommen werden.

Wie stellten die Bolschewisten ihre Fünfjahrpläne auf und wie führten sie sie durch? Sie haben es sich nicht so einfach gemacht, wie Herr Hitler,

dessen Presse bemerkenswerterweise, trotzdem sie jetzt Regierungspresse ist, über die sogenannten Vierjahrpläne sich ausschweigt, als hätten sie niemals die Luft (vermittels Rundfunk) bewegt. Die Bolschewisten gingen an das Werk bolschewistisch heran. Die Millionen des Volkes wurden zur aktiven Anteilnahme aufgefordert und durch den Elan der Bolschewisten mitgerissen. Die ersten Fragen, die es zu beantworten galt, waren: Was fehlt der Volkswirtschaft? Was fehlt den werktätigen Massen? Worin haben wir Ueberfluß und worin haben wir Mangel? Nachdem der Bedarf des 160-Millionen-Volkes festgestellt worden war, woran sich alle Betriebe und alle Sowjets beteiligten, wurden die ersten Voranschläge des jeweiligen Produktionsplanes in den einzelnen Betrieben zur Diskussion gestellt. Nicht irgend jemand, sondern die Belegschaften selbst nahmen Stellung und brachten ihre Produktionsziffern mit denen des zentralen Produktionsplanes in Uebereinstimmung. So wußte jeder Betrieb, was er zu produzieren hatte und mit derselben Begeisterung, mit der der Fünfjahrplan bei seiner Verkündung begrüßt wurde, vollendeten die Millionen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, getragen vom Enthusiasmus der befreiten Arbeit, geführt von den „nihilistischen" Bolschewisten, den Plan in vier Jahren.

Das Geheimnis des Sieges und der erfolgreichen Planwirtschaft in der Sowjetunion ist ja nicht nur die wissenschaftliche Ueberlegenheit der Bolschewisten, die allen anderen die bessere Einsicht in den Ablauf der Dinge voraushaben, sondern die von den Bolschewisten entfesselte Anteilnahme der breitesten Massen der bis dahin unterdrückten Klassen. Welch lächerliches Unterfangen, Bolschewiki auf kapitalistische Manier zu imitieren! Dieselben Bolschewisten, die man im gleichen Atemzuge verdammt.

Das Zauberwort „Vierjahresplan" genügt nicht, wenn man sich gleichzeitig gegen die „Zauberformel" mit Händen und Füßen wehrt, trotzdem sie kein Geheimnis ist. Diese „Zauberformel" Lenins lautet: Alle Macht in die Hände der Arbeiterklasse!

So wird in Deutschland alles bleiben wie es war. Die Kapitalisten werden herrschen und das werktätige Volk wird ausgebeutet. Nicht alle Tage ist Fackelzug und die antikapitalistischen Mitläufer der faschistischen Konterrevolution, die aus Irrung und Verwirrung an den „Sozialisten" Hitler geglaubt haben, werden bald erkennen, daß auch der Hitler'sche Alltag grau in grau ist, hoffnungslos, wie die Tage zuvor. Was immer geschehen wird, was immer die Konterrevolution gegen die Kommunisten unternehmen wird, die deutsche Arbeiterklasse läßt sich nicht niederzwingen, und über allen Plänchen und aller Plänemacherei bleibt das große Ziel der Arbeiterklasse und der große Plan des Aufbaues eines sozialistischen Deutschlands in den Herzen und Hirnen der Millionen lebendig, bis aus Idee und Sehnsucht dieses gequälten, herrlichen deutschen Arbeitervolkes die befreiende Tat wird.

Wie die Breslauer Straßenbahner über die Einheitsfront denken

Am 31. Januar, am Tage nach Hitlers Regierungsantritt, waren in den Mannschaftsräumen der Straßenbahner durchgehend erregte Diskussionen zu verzeichnen. Die Mehrzahl der Kollegen diskutierte in der Richtung, daß es notwendig sei, an die Herstellung der Einheitsfront zu gehen. Indem ein großer Teil die Losungen der Kommunistischen Partei als richtig anerkannte, kam aber trotzdem zum Ausdruck, daß sie abwarteten, was die Führer der Gewerkschaften und der SPD. in dieser Situation tun würden.

Von den revolutionären Arbeitern befragt, auf was sie denn eigentlich warten wollen, wo sie doch sehen, daß sich der faschistische Terror von Tag zu Tag steigert, antworteten dieselben:

„Wir warten auf die Einigung der Führer der SPD., KPD. und des ADGB."

Als ihnen darauf unsere Genossen erwiderten, daß dieses niemals eintreten wird, sondern die Einheitsfront der Tat von unten geschaffen werden muß, erhielten sie zur Antwort: **„Da müßt Ihr eben auf Eure Führer einwirken, daß sie auch etwas nachgeben."**

Die Diskussion steigert sich

Eine noch stärkere Diskussion setzte am Montag, dem 6. Februar, ein. Anlaß zu dieser Diskussion hatte der Massenaufmarsch der Breslauer Arbeiter am Sonntag, dem 5. Februar, gegeben. Viele sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiter erklärten: **„Jetzt sei der Weg zur gemeinsamen Kampffront gegen den Faschismus beschritten, jetzt sei auch der Weg frei zur Einheitsfront der Betriebsarbeiter und den Betriebsrätewahlen."** Sehr richtig wurde von unseren Genossen die Frage gestellt, indem sie den Kollegen klarmachten, daß es jetzt um so notwendiger sei, eine breite Kampagne im Betrieb einzuleiten, die es ermöglicht, auf der Grundlage eines gemeinsam besprochenen Kampfprogramms die Aufstellung der Kandidaten auf der Einheitsliste vorzunehmen. Aufgabe der Belegschaft der Straßenbahn müsse es natürlich sein, nur solche Kandidaten aufzustellen, zu denen die Kollegen das festeste Vertrauen haben und von denen sie erwarten, daß sie ihnen Führer im Kampf gegen betriebliche Verschlechterungen und Faschismus sein werden. Diese Herstellung der Einheitsfront wäre immerhin schon eine Tat, nämlich die Tat der revolutionären Bekenntnis zum Klassenkampf. Diese Tat aber lehnen alle Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ab. Sie haben ja wie Scheidemann in der „Volkswacht" vom Dienstag, dem 14. Februar, schreibt:

„Deutschland vor dem Schicksal Rußlands bewahrt."

Was sagen die Nazis im Betrieb?

Welche Stellung die Nazis bei den Straßenbahnern auf Grund der Tatsache, daß Hitler Reichskanzler geworden ist, einnahmen, das zeigte sich folgendermaßen: Einzelne von ihnen verzogen die Gesichter, indem sie meinten, daß sie nicht einverstanden sind mit dem Bündnis, welches Hitler mit Papen, Hugenberg und Seldte geschlossen hat. Sie versuchten aber sich dadurch herauszureden, indem sie erklärten, daß Hitler nur dieses Bündnis als Mittel zum Zweck benütze, um überhaupt die Macht in die Hand zu bekommen. Im übrigen erklärten sie, abwarten zu wollen, bis die Erhöhung ihrer Löhne und ihre Beförderung ins Angestelltenverhältnis in nächster Zeit vorgenommen werden würde. Von seiten der fanatischen Anhänger des Faschismus, die sich ohne jede nüchterne Ueberlegung noch im Siegestaumel der Fackelzüge befinden, wurde unseren Kollegen sogar gedroht, daß sie nicht zuviel sagen sollten, denn die Zeit sei vorbei, in welcher das Volk gegeneinander gehetzt werden könne. Hier tritt die Pinkertonrolle dieser Helden deutlich zutage.

Die Front gegen den faschistischen Mordterror

Die Tatsache des verstärkten faschistischen Terrors, der auch in Breslau in einer Woche vier Opfer forderte, löste unter den Straßenbahnern eine starke Empörung aus. Wohl haben sich die Straßenbahner noch nicht dazu entschließen können, mit den erforderlichen Kampfmaßnahmen zu antworten, aber die Anfänge der Verbundenheit der Straßenbahner mit der Arbeiterschaft Breslaus kam immerhin dadurch zum Ausdruck, daß dieselben zu den Beerdigungen der ermordeten Klassengenossen Betriebsdelegationen, zusammengesetzt aus Arbeitern aller Richtungen, zur Teilnahme entsandten. Hier erhoben sich die Hände der Betriebsproleten mit den Händen der Erwerbslosen zum gemeinsamen Schwur, in roter Einheitsfront dem faschistischen Terror ein Ende zu bereiten. Bei diesem Bekenntnis darf es natürlich nicht bleiben, sondern hier müssen die Kollegen erkennen, daß der beste Kampf gegen den Faschismus und gegen alle Angriffe des kapitalistischen Systems der gemeinsame Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen um Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ist.

Die Nazis provozieren!

Inwieweit die Nazis im Betrieb sich bereits als Herren der Situation betrachten, das zeigt ein Vorkommnis in dem Warteraum „Am Wäldchen". In diesem Warteraum rissen die Nazischaffner das Bekanntmachungskästchen des freigewerkschaftlichen Betriebsrates ab. Eine Beschwerde, welche an den Magistrat gerichtet wurde, soll sehr kühl von demselben abgetan worden sein. Auch hier sehen wir, daß die Kollegen sich nicht mit dem Beschwerdeweg begnügen können. Die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, die immer mehr und mehr begreifen, daß sie nur in gemeinsamer Front mit allen antifaschistischen Arbeitern diese Uebergriffe abwehren können, werden vorläufig immer noch mit den Zügeln der Ruhe und Besonnenheit von ihren Führern zurückgehalten. Aber trotz alledem, es gärt und brodelt auch immer mehr unter den Straßenbahnern. Daß sie nicht gewillt sind, sich weitere Provokationen und neue Verschlechterungen gefallen zu lassen, geht aus ihren Diskussionen hervor. Eines steht fest, daß die Straßenbahner sich immer mehr und mehr mit dem Gedanken des gemeinsamen Kampfes befassen, und an uns wird es liegen, sie davon zu überzeugen, daß es gar keinen anderen Ausweg aus diesem Hungerdasein gibt, als durch die Herstellung der gemeinsamen Kampffront die Voraussetzung zu schaffen, um gegen alle Angriffe, sei es auf den Lohn, auf die Arbeitszeit, oder seien es sonstige Verschlechterungen, gerüstet zu sein. Die Forderung auf sofortige Einberufung von Belegschaftsversammlungen, in welchen zur Frage der Einheitsfront auf der Grundlage eines Kampfprogramms und zu der Aufstellung der Einheitslisten zur Betriebsrätewahl Stellung genommen wird, muß der nächste Schritt der Straßenbahner sein, um ihren einheitlichen Willen, welcher in der Diskussion zum Ausdruck kommt, auch in die Tat umzusetzen.

An unsere Abonnenten!

Nach vierzehntägigem Verbot kann unsere Zeitung, der ihr schon jahrelang trotz öfterer Verbote die Treue gehalten habt, wieder erscheinen. Allerdings sind wir auf Grund der Pressenotverordnung sehr geknebelt. Gerade deshalb, weil unser Organ aus Arbeitergroschen aufgebaut ist, glauben unsere Gegner, uns durch Verbotsmaßnahmen finanziell zu schädigen. Aber die unzerbrechliche Treue, welche unsere Abonnenten mit ihrer Zeitung verbindet, kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß dieselben trotz Verbotsmaßnahmen ihren Abonnementsbeitrag abliefern. Wir geben auch weiter der Hoffnung Ausdruck, daß ihr auch in dieser Woche den Kolporteuren bei der Einkassierung bereitwilligst euren Abonnementsbeitrag entrichtet.

Mit kommunistischem Gruß!

Verlag und Redaktion.
Bezirksleitung der KPD.

Die Volksfürsorge zahlt aus!

Bei der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, laufen gegen Ende dieses Jahres die ersten Versicherungen regulär ab. Ueber 50 000 der sofort nach Beendigung der Inflation auf die Dauer von zehn Jahren umgestellten früheren Papiermarkversicherungen mit einer Gesamtversicherungssumme von rund 8,5 Millionen Reichsmark werden ausgezahlt und sicher bei den in Frage kommenden Personen große Freude auslösen. Der Wert einer Lebensversicherung wird durch diese bevorstehenden Auszahlungen bei Lebzeiten besonders sichtbar. Mit den vereinbarten Versicherungssummen werden auch die im Laufe der Jahre aus dem Gesamtüberschuß gutgeschriebenen und aufgezinsten Gewinnanteile überwiesen.

Zu erwarten ist, daß durch diese Auszahlungen der Volksfürsorge zahlreiche neue Freunde entstehen, die durch Abschluß eines Versicherungsvertrages sich in absehbarer Zeit ebenfalls einen entsprechend größeren Betrag sichern wollen.

Nun erst recht Werbung für die Arbeiterzeitung!

Nachdem die „Arbeiter-Zeitung" nach vierzehntägigem Verbot wieder erscheint, müssen unsere Genossen in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Wohngebieten eine breite Werbekampagne für die einzige revolutionäre Zeitung in Schlesien entfalten. Jedem Arbeiter muß klar gemacht werden, daß die „Arbeiter-Zeitung" eine ständige Waffe im revolutionären Klassenkampf ist, weil sie nicht wie die bürgerliche Presse und die sozialdemokratischen Zeitungen dazu da ist, die Arbeiter zu verwirren, sondern ihnen den Weg zu zeigen, der gegangen werden muß. Gerade deswegen, weil die „Arbeiter-Zeitung" diese klare Sprache führt, wird sie von allen Feinden der Arbeiterklasse so gehaßt.

Weil die Arbeiterschaft immer mehr und mehr erkennt, daß sie sich gegen die wachsende faschistische Diktatur zur Wehr setzen muß, wird sie sich auch stärker denn je für die Unterstützung und die Verteidigung ihrer Presse interessieren. Deshalb, Genossen der Partei und der proletarischen Massenorganisationen, werbt mit allen Kräften für eure Presse, die „Arbeiter-Zeitung", zeigt, daß ihr gegen die Verbotsmaßnahmen mit einem starken Zustrom von neuen Abonnenten antwortet.

Nützt jede Gelegenheit aus, um eure Kollegen im Betrieb, an der Stempelstelle und im Wohngebiet als Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung" zu gewinnen.

Bestellschein

Bestelle hiermit ab.....

„Arbeiter-Zeitung"

mit der zweimal monatlichen Beilage „Der Rote Stern"

Vor- und Zuname: .....

Ort: .....

Postbestellbezirk: .....

Vorderhaus — Seitenhaus — Quergebäude — ..... Treppen

Kauft bei Blasse, Blasse ist billig, **Breslau, Graupenstraße 6/10**

Circus Schneider
im Circus-Busch-Gebäude Tel. 29135
Heute Premiere
Täglich 2 x 4⁰⁰ u. 8¹⁵ Uhr
HAGENBECK'S tanzende jonglierende, musizierende
Elefanten
100
Löwen
und das neue artistische Sensations-Programm
Erwerbslose an allen Werktagen nachmittag 4 Uhr Einheitspreis 50 Pf. außer Loge und Parkett
Vorverkauf: Circuskasse, Barasch, Wertheim und Kaiserwaden

Pfänderversteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, dem 23. Februar 1933
vormittags 9 Uhr
gelbe Scheine bis Nr. 10000
Bietungskaution Rm. 10.—
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau, G. m. b. H.
Schubert

Achtung! Achtung!
Ia helles Roggenbrot
4 Pfund 43 Pfg.
Verkauf Oderstraße 13 im Hof
Inhaber Fredy Blume, Breslau

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

VOLKSFÜRSORGE
2,3 MILL. VERSICHERUNGEN
835 MILL. RM VERSICHERUNGSSUMME
180 MILL. RM VERMÖGENSBESTAND
118 MILL. RM PRÄMIENRESERVEN
44 MILL. RM GEWINNANTEILE DER VERSICHERTEN
Die Zahlen sind überzeugende Beweise für die Güte des Lebensversicherungsunternehmens der Werktätigen / Entscheiden Sie sich deshalb für einen Lebensversicherungsabschluß, aber nur bei der
2,3 Millionen Versicherung
Weitere Auskunft durch die Vertrauensleute in allen Orten und die Rechnungsstelle:
Breslau, Margaretenstraße 17, Telefon 50281 — Oppeln, Malapaner Straße 87

B Führer „Der Weg zum Kunden" im Erscheinungsgebiet von Schlesien

Ohlau
Motorräder — Fahrräder
Reparatur-Werkstatt
sowie alle Ersatzteile 9656
Adalbert Ettel, Ring Nr. 14

Die Hausfrau, die
nur mit Gas
kocht, bäckt und bügelt,
spart viel Zeit und Geld
Rat u. Gasapparate-Ausstellung im Gaswerk Ohlau 9658

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Elise Melde, August-Feige-Str. 4
9537

Brot- und Feinbäckerei 9538
Richard Gebhardt Oderstr. 48

Alle Lebensmittel bei
E. Ulbrich Nachf.
9539 Oderstraße 44

Hausfrauen, eure Fleisch- u. Wurstwaren kauft bei 9540
Walter Metzner, Ring 16

E. Richter, Likörfabrik
9541 Brieger Straße 8-10

Fraustadt
Central-Kaufhaus
Größte Auswahl Niedrigste Preise
Zweieimerstraße 9/11
30418

Breslau-Zentrum
Radio
Lautsprecher-Anlagen
Sämtliche Einzelteile
Posener
Nikolaistraße 13
30349

Steinau a. O.
Schuhhaus Nowak
30283
Verkehrslokal der Werktätigen
Gasthaus 30282
„Zum Kronprinzen"

Reserviert N.
30284

Kaufhaus Müller, Oderstr. 29
Arbeitskleidung für alle Berufe
30285

Reserviert OS.
30281

Bernstadt
Reserviert
9734

Peisterwitz
Kauft bei Klaus 9654
denn er ist billig und gut

Die sparsame Hausfrau kauft ihren Bedarf an Lebensmitteln und Wirtschafts-Artikeln bei
Hans Kern, Quelldorfstraße 37
9655